



Vierteljährliche Abonnementspreis in Breslau 1 1/2 Thlr., Wochen-Monats 5 Sgr., außerhals pro Quartal incl. Post 2 1/2 Thlr., Annoncenpreis für den Raum einer halbspaltigen Zeile in der ersten 2 Sgr., zweite 1 Sgr., dritte 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Beförderungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 509. Morgen-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 31. October 1874.

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition ladet zum Abonnement für die Monate November und December ergebenst ein.

Der Abonnements-Preis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 1 Thlr. 5 Sgr., bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1 Thlr. 12 1/2 Sgr., auswärtig incl. des Portozuschlages 1 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf., und nehmen alle Post-Anstalten Bestellungen hierauf entgegen. Breslau, den 22. October 1874.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Die Eröffnung des Reichstages.

Nur im napoleonischen Frankreich war es Sitte, jede Thronrede zu einem sensationellen Ereigniß zuzufügen. Eine Präsidentenbotschaft in Amerika, eine Thronrede der Königin von England ist regelmäßig ein streng geschäftsmäßiges, nicht selten ein absolut langweiliges Aktensstück. Bei uns wurden die Thronreden stets mit besonderer Spannung erwartet, wenn wir in unregelmäßigen Zuständen lebten, in der Conspiration, im Kriege. In gewöhnlichen Zeiten erwarten wir von einer Thronrede keine Emotion, und die beiden letzten Abschnitte der Rede, mit welcher am Donnerstag der Reichstag eröffnet wurde, sind geeignet, lebhaftes Ueberraschung zu erregen.

Es sind in der Presse, der inländischen wie der auswärtigen, über die deutsche Politik seit Monaten, ja seit Jahren die absurdesten Verdächtigungen verbreitet worden. Gegen solche Verleumdungen pflegt man sich nicht mit schwerem Geschütz zu vertheidigen und vom Thron herab läßt man sich nicht in eine Polemik mit kleinen Wochenblättern ein. Auch kann der böse Wille der englischen oder französischen Presse gegen das deutsche Reich nicht ohne weiteres zu „Thaten“ übergehen; es muß schlechterdings eine ganz bestimmte Veranlassung sein, welche das Quos ego! am Schluß der Thronrede hervorgerufen hat. Worin dieselbe bestanden? Wir wissen es nicht und können nur wünschen, daß wir es nicht erfahren. Als neulich die Nachricht verbreitet wurde, Fürst Bismarck habe auf dem Stettiner Bahnhof erklärt, er sei seit langer Zeit nicht so wohl gewesen, wie eben jetzt, waren wir schon sehr geneigt, diese Nachricht über zu deuten. Der Reichskanzler pflegt nur dann sein Wohlsein zu betonen, wenn bedeutende Ereignisse in der Luft liegen. Wir unterdrückten diese Bemerkung, weil es uns frivol erschien, Beunruhigung zu erregen, wo sichere Thaten noch nicht vorlagen. Der Schluppsatz der Thronrede ist aber eine solche Thatensache. Derselbe wäre schlechthin unerklärlich, wenn nicht irgend eine diplomatische Verwicklung vorläge. Gelingt es, wie wir mit Sicherheit hoffen, derselben Herr zu werden, dann werden wir in vielen Jahren nicht erfahren, was jener Satz bedeutete und wollen von Herzen gern unsere Neugier zügel.

Wir werden aber doch einmal wieder recht lebhaft daran erinnert, wie wir, formell mitten im Frieden, uns dennoch der Sache nach in Zuständen befinden, die kriegerisch genannt werden müssen. Seltener hat ein Staatswesen mit inneren und äußeren Feinden so zu ringen gehabt, wie das Reich. Mag man über das Wort „Reichsfeindlichkeit“ noch so sehr spotten, es ist eine Thatensache, daß es Parteien giebt, welche lieber das Vaterland dem Feinde preisgeben, als ihren Kampf gegen dessen gegenwärtige Verfassung und Regierung einstellen wollen. Ein Schandblatt, wie das Münchener „Vaterland“ spricht dies täglich in der frechsten Weise aus. Allerdings lebt es mit einem großen Theil seiner eigenen Partei im Hader und wirft selbst der Berliner „Germania“ ihre allzugroße Preußenfreundlichkeit vor. Wir wissen sehr gut, daß die ungeheure Majorität derjenigen, welche bei den Wahlen ihre Zettel für den katholischen Candidaten in die Urne warfen, in ernster Zeit ihre Pflicht als Bürger des deutschen Reiches voll und ganz erfüllen würden. Aber wir wissen nicht, jetzt die Grenze zu ziehen zwischen den Reichsfeinden, die zum Aeußersten entschlossen sind, und denjenigen, die halb gedankenlos der Fahne der Führer folgen.

Genau ebenso liegt die Sache bei anderen Parteien. Es giebt groblose Anhänger des Bismarck, die zu jeder Conspiration mit einer feindlichen Macht geneigt sind, und Andere, die es für schädlich halten, gelbesäuren Sand zu streuen. Dabei aber um keinen Preis Etwas thun würden, was dem Vaterlande zum wirklichen Nachtheil gereicht. Genau ebenso liegt die Sache mit den sächsischen, den schwebischen Particularisten, mit der Volkspartei, ja selbst mit den Socialdemokraten. Man würde sich sehr täuschen, wenn man glaubte, daß Jedermann der in Glauchau oder Meerane für die Herren Bebel und Liebknecht gestimmt hat, ein überzeugter Anhänger ihrer politischen Ansichten ist. Es ist sehr viel hohle Demonstration in der socialdemokratischen Bewegung.

Vorwurfsfrei ist aber ein Liebgelien mit den entschlossenen und überzeugten Reichsfeinden nicht. Lebten wir mit der gesicherten Aussicht auf dauernden Frieden, hätten wir nicht an unseren verschiedenen Grenzen Polen, Dänen und Franzosen sitzen, war nicht unser Staat gerade derjenige, gegen welchen die Curie von jeher ihre stärksten Waffen gerichtet hat und jederzeit richten wird, dann könnten die kleinen Plänkelen und Mörgelen gegen die Regierung als eine berechnete Eigenthümlichkeit des deutschen Volkscharakters respectirt werden, wie denn ja auch eine sachliche Opposition gegen einzelne Maßregeln nie verkommen darf. Aber wir halten es für Pflicht jedes Patrioten, dafür zu sorgen, daß der Zusammenhalt zwischen Volk und Regierung nicht schwächer erscheint, als es wirklich ist.

Der Briefwechsel zwischen Graf Arnim und der Reichskanzlei.

Der Hausdurchsuchung in Rastenburg und der Verhaftung des Grafen Arnim ging bekanntlich ein Briefwechsel zwischen ihm und dem Herrn v. Bülow voran, in welchem der Graf zur Herausgabe der im Archiv der Pariser Botschaft fehlenden Actenstücke aufgefordert wird. Der „Newyork Herald“, welcher diesen Briefwechsel enthält, begleitet ihn mit einer Einleitung, worin er sagt, „daß das Verfahren gegen Graf Arnim das Symptom einer Krankheit im Deutschen Reich ist, welche schon häufig merkwürdige Erscheinungen zu Tage gefördert, aber noch in keinem Falle so unheilvoll gewirkt habe, wie bei dieser Gelegenheit.“

Wir lassen hier den Wortlaut der Briefe folgen:

Herr v. Bülow an Graf Arnim.

Berlin, 6. Juli 1874.

Nachdem Eure Excellenz durch Vermittlung des Grafen Arnim Schlagschiffen im Ganzen 14 Erlasse und Concepte zu Verichten die dem Archiv der kaiserlichen Botschaft in Paris entnommen waren, hierher zurückgeschickt haben, ist von dem kaiserlichen Botschafter Fürsten Hohenlohe die abschließliche anliegende Liste der nach Vergleichung der Nummern im Botschafts-Journale daselbst nicht vorhandenen amtlichen Schriftstücke eingereicht worden. Hieraus ergibt sich, daß noch eine bedeutende Zahl von politischen Erlässen und Verichten aus den Jahren 1872 bis 1874, sowie anderer auf den Geschäftskreis der dortigen Mission bezüglicher Mittheilungen überhaupt nicht im Journales der Botschaft eingetragen und im Archiv nicht mehr aufzufinden ist. Die Inhaltsangaben sind, soweit es noch geschehen konnte, aus den hiesigen Registraturen ergänzt worden.

Die Verantwortung über den Verbleib dieser Schriftstücke trifft in erster Linie selbstverständlich den bisherigen Chef der Botschaft. Eure Excellenz fordern ich daher auf, gefälligst sich amlich darüber zu äußern, was Ihnen über das Fehlen dieser wichtigen Schriftstücke bekannt ist, eventuell umgekehrt diejenigen unter den im vorliegenden Verzeichnisse aufgeführten Piecen, welche sich etwa noch in Ihren Händen befinden, dem Auswärtigen Amte zurückzustellen.

In Vertretung des Reichskanzlers:

gez. v. Bülow.

Graf Arnim an Herrn v. Bülow.

Rastenburg, 20. Juli 1874.

Eurer Excellenz geneigtes Schreiben vom 6. d. M. habe ich, wie ich bereits mittheilen mich beehrt habe, am 9. zu erhalten die Ehre gehabt. Dasselbe giebt mir zunächst zunächst zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

Seit meiner Veretzung in den einstweiligen Ruhestand habe ich nicht mehr die Ehre, mit dem Auswärtigen Amte und Eurem Excellenz in irgend welchen dienstlichen Beziehungen zu stehen. Die Beziehungen, welche aus meinem früheren Verhältnisse zum Reich übrig geblieben sind, beschränken sich auf diejenigen, über welche die §§ 23 und 84 bis 118 des Reichsbeamten-Gesetzes Bestimmungen getroffen haben. In allen diesen Gesetzes-Paragraphen ist nichts enthalten, was ein dienstliches Verhältniß zwischen dem Auswärtigen Amte und mir begründen könnte. Ich stehe zur Disposition Se. Majestät des Kaisers, nicht zur Disposition des Auswärtigen Amtes. Meine Unabhängigkeit kann ich nicht durch das frühere, eventuell wieder ausstehende Dienstverhältniß in höherem Grade beschränken lassen, als sie nach den bestehenden Gesetzen beschränkt ist.

Es ergibt sich hieraus, daß das Auswärtige Amt nicht in der Lage ist, „amtliche“ Aeußerungen von mir zu fordern. Andererseits bin ich nicht verpflichtet, „amtliche“ Erklärungen abzugeben. Ich bin meines Erachtens dazu nicht einmal berechtigt. Verantwortlich bin ich indessen für jede Aeußerung, welche ich thue, möge dieselbe nun eine „amtliche“ in dem mir freilich nicht ganz klaren Sinne sein, in welchem Eure Excellenz das Wort gebrauchen, oder eine „außeramtliche“.

Unter den Vorbehalten, welche sich aus dem Obigen ergeben, habe ich nicht das mindeste Bedenken, mich über den Inhalt des geehrten Schreibens vom 6. Juli zu äußern. In dieser Beziehung muß ich zunächst ganz ergebenst darauf aufmerksam machen, daß ich die Schriftstücke, welche Graf Arnim-Schlagschiffen dem Auswärtigen Amte übergeben hat, nicht aus dem Archiv der Botschaft „entnommen“ habe. Ich hatte aus Gründen, welche ich die Ehre gehabt habe, Eure Excellenz vorzutragen, jene Schriftstücke dem Archiv überhaupt nicht einverleibt. Das Wort „entnommen“ ist einer Deutung fähig, gegen welche ich mich verwehren muß.

Ich kann ferner nicht zugeben, daß ich in erster Linie dafür verantwortlich sei, wenn in dem Archiv der Pariser Botschaft Schriftstücke fehlen, auf welche das Auswärtige Amt ein Recht hat.

Die Revision des Archivs, welche in Paris vorgenommen worden zu sein scheint, hat zwei Monate nach meiner Abreise stattgefunden. Selbst wenn der Chef der Botschaft für jedes amtliche Schriftstück verantwortlich sein sollte, welches bei derselben seit mehreren Jahren eingegangen oder von ihr expedirt worden ist, so dürfte doch in vorliegendem Falle schwer sein, den Beweis zu erbringen, daß die fehlenden und nicht nachweisbaren Stücke vor meiner Abreise eingegangen sind. Ueberdies sind, während ich Botschafter war, verschiedene Herren Geschäftsträger gewesen und die Möglichkeit, daß die Piecen während ihrer Amtsführung abhanden gekommen sind, scheint mir nicht ausgeschlossen.

Zu der Liste übergehend, welche mir Eure Excellenz übersendet hatten, bemerke ich in Bezug auf die in derselben verzeichneten Piecen folgendes:

Erlasse des Auswärtigen Amtes aus dem Jahre 1872.

Nr. 10. Ein Privatbrief des Fürsten, welcher in einem besonderen Couvert an mich gelangte. Dies Schreiben befindet sich indessen nicht bei den eigenhändigen Briefen des Reichskanzlers aus früherer Zeit.

Nr. 17, 18, 34. Ich kann darüber keine Auskunft geben. Es dürfte eine weitere Nachforschung zu der Entdeckung führen, daß dieselben, wie Nr. 10, nur verlegt sind.

Nr. 35 war ein Erlaß des Fürsten, in welchem er mir, wenn ich mich recht erinnere, den Vorwurf machte, der Entwicklung der Dinge im Vaterlande zu wenig gefolgt zu sein, daß ich die „Kreuzzeitung“ für ein Regierungsorgan halte. Dieser Erlaß würde zu meinen Personal-Acten gehören. Er findet sich aber nicht bei denselben.

Nr. 76, 91, 94, 99. Unbekannt.

Nr. 186 war, wenn ich nicht irre, eine an den Herrn K. K. von der Botschaft gerichtete Klage. Der Herr K. wird diese Piece bei seinen Personal-Acten haben.

Nr. 210, 273, 281. Unbekannt.

Erlasse des Jahres 1873.

Nr. 15, 59. Unbekannt.

Nr. 157. An Herrn K. K. von der Botschaft gerichtet und ist mir nicht ganz erinnerlich.

Nr. 295 würde meines Erachtens zu meinen Personal-Acten gehören. Die Piece ist indessen nicht bei denselben.

Erlasse des Jahres 1874.

Nr. 26, 39. Unbekannt. In meiner Abwesenheit angekommen. Concepte politischer Berichte aus dem Jahre 1872.

Nr. 10. Unbekannt.

Nr. 61, 70. In meiner Abwesenheit von dem Herrn K. K. expedirt. Ich glaube, daß die Concepte von Herrn v. Holstein herrühren.

Nr. 97, 99, 155, 158. Ich bin überzeugt, daß diese Piecen in Paris verlegt sind.

Concepte aus dem Jahre 1873.

Nr. 13, 21, 24. Ich vermute, daß diese Piecen sich gleichfalls in Paris noch finden werden.

Nr. 30. Wahrscheinlich ohne Concept expedirt.

Nr. 131, 132, 133 sind lediglich durch ein von mir sehr bedauerndes Versehen unter meine Privatpapiere gerathen. Ich beehre mich, diese Piecen anlegend zu überreichen.

Nr. 105, 150, 156, 161 sind mir gänzlich unbekannt.

Politische Berichtsconcepte aus dem Jahre 1874.

Ueber diese Piecen kann ich keine Auskunft geben. Es bleibt mir nur noch übrig, mich über folgende Piecen zu äußern.

Nr. 96 war ein Transmittirale zu einem eigenhändigen a. h. Handschreiben. Ueber seinen Verbleib kann ich keine Auskunft geben.

Die Erlasse Nr. 224, 239, 271, 281 aus dem Jahre 1872, sowie die Nr. 90, 102, 103, 104 aus dem Jahre 1873, und die Nr. 2, 6, 14, 33, 68, 69, 74, 93, 193 gehören meines Erachtens sämtlich zu meinen Personal-Acten.

Es sind zum Theil Piecen, welche meine Ernennung betreffen und auf welche ich eventuell einen verhältnismäßigen Anspruch begründen kann, zum Theil Erlasse, welche in dem persönlichen Conflict, in welchen ich mit dem Herrn Reichskanzler gerathen bin, ihren Ursprung haben, soweit jener Conflict nicht durch dieselben hervorgerufen ist. Sie sollen constatiren, daß ich bei Führung der Geschäfte Teuzenzen verfolgte, welche der Politik des

Herrn Reichskanzlers entgegenstehen. Wenn diese Erlasse auch an politische Fragen antworten, so geschieht es doch nur, um gewisse Anlagen zu begründen, welche der Herr Reichskanzler gegen mich persönlich erhebt und bei anderen actenmäßig feststehenden Vorgängen erhoben hat.

Es darf wohl behauptet werden, daß mehrere jener Erlasse nicht geschrieben worden wären, wenn der Herr Reichskanzler nicht von der Ansicht ausgegangen wäre, daß ich bemüht gewesen sei, seiner Politik Schwierigkeiten zu machen, und mit einer der Person des Kaisers verwandtschaftlich so nahe als möglich stehenden Person gegen ihn „conspirirt“ habe. Es sind dies alles schwere Anschuldigungen, bei denen mein Ruf auf dem Spiele steht. Ich bedarf zu meiner Vertheidigung der Piecen, welche ich als mein Privat-Eigenthum ansehe. Sie konnten nie zur Kenntniß des Botschaftspersonals gebracht werden, da sie durch Form und Inhalt geeignet waren, meine Autorität zu untergraben.

Wenn das Auswärtige Amt anderer Meinung ist und die Rückerstattung seiner Schriftstücke verlangt, so reicht meines Erachtens jene Meinungsäußerung über diesen Punkt nicht aus, um meinen Anspruch zu entkräften. Glaubt das Auswärtige Amt ein Recht auf alle oder einige jener fraglichen Piecen zu haben, so wird es einer richterlichen Entscheidung und einer Prüfung jeder einzelnen Piece bedürfen, um die Frage zum Austrag zu bringen. Ich würde meinerseits versuchen, die Anerkennung meines Rechtes durch eine Civilklage zu erstreiten, wenn ich nicht Bedenken trüge, schon jetzt die Initiativen zu einem für den Dienst immer nachtheiligeren Verfahren zu nehmen. Ich muß daher dem Auswärtigen Amte überlassen, die Mittel zur Anwendung zu bringen, über welche es disponiren zu können glaubt, um eine seinem Verlangen entsprechende Rechtsentscheidung zur Geltung zu bringen.

Genehmigen Eure Excellenz bei diesem Anlaß den ernehmen Ausdrück ausgezeichneter Hochachtung. (Geg.) v. Arnim.

A. 2949/2512.

III.

Herr v. Bülow an Graf Arnim.

An den k. k. wirklichen Geheimen Rath Herrn Grafen v. Arnim, Rastenburg.

Berlin, den 5. August 1874.

Eurer Excellenz unterm 20. d. d. Monats als Privatbriefe an den ergebenst unterzeichneten Staatssecretär gerichtete gefällige Erwiderung auf den diesseitigen Erlaß vom 6. Juli hat mir als ein amtliches Schreiben entgegengekommen und behandelt werden können.

Wenn nämlich Eure Excellenz davon ausgehen, daß Ihre Beziehungen zum Auswärtigen Amte vollständig gelöst seien, so entspricht diese Annahme nicht dem Reichsbeamten-Gesetz, dessen Anwendbarkeit für diese Frage selbstverständlich ist und überdies von Eurem Excellenz ausdrücklich eingeräumt wird. Eure Excellenz sind durch die a. h. Ordre vom 15. Mai d. J. einseitig in den Ruhestand versetzt, hiernach also „bei Verlust Ihres Wartegeldes“ verpflichtet, ein Ihnen übertragenes anderweitiges Reichsamt unter den gesetzlichen Voraussetzungen anzunehmen. Bis Ihnen ein Reichsamt unter einem anderen Ressort a. h. übertragen oder Ihre Entlassung aus dem Reichsdienst a. h. verfügt wird, verbleiben Eure Excellenz, was Sie bis zur Verfügung in den Ruhestand waren, Beamter des Auswärtigen Amtes, so mit dessen amtlicher Aufsicht und Disciplinargewalt untergeben. Auch wenn Eure Excellenz nicht das bei Veretzung in den Ruhestand gesetzliche Wartegeld angenommen oder weiter erheben wollten, würde in Ihren amtlichen Beziehungen zum Auswärtigen Amte eine Aenderung nicht eingetreten sein, welche weiter ginge, als daß in Gemäßheit a. h. Bestimmung das Auswärtige Amt einseitig auf Eure Excellenz Dienste verzichtet hat.

Diese Auffassung der Stellung eines in den Ruhestand versetzten Reichsbeamten ist seit Erlaß des Reichsbeamten-Gesetzes in Theorie und Praxis anerkannt und durch das Gesetz selbst schon durch die von Eurem Excellenz selbst citirten §§ 84 bis 118 über jeden Zweifel erhaben. Wären letztere möglich, so würde § 119 dieselben heftigen, da ein Reichsbeamter nicht außer Beziehung zu der Behörde sein kann, welcher er disciplinär unterstellt ist. Eure Excellenz wollen ferner erwägen, daß die §§ 29 bis 31 des maßgebenden Gesetzes den in Ruhestand versetzten Reichsbeamten als „Beamten“ in den mannigfachen Beziehungen ausdrücklich anerkennen. Andere Beamte ohne eine denselben übergeordnete, Sr. Majestät dem Kaiser verantwortliche Behörde kennt das Gesetz nicht. Wenn Eure Excellenz andeuten, daß Sie ohne Zwischenbehörde lediglich zur Disposition des Kaisers, unter dessen allgnädigsten Herrn, ständen, so wird eine nähere Prüfung der Reichsverfassung, wie derjenigen des Königreichs Preußen, Sie überzeugen, daß jeder Beamte zunächst den verantwortlichen Ministern, beziehungsweise dem Reichskanzler beziehungsweise unterstellt ist. Die Behörde aber, zu welcher der in Ruhestand versetzte Reichsbeamte solche Beziehungen behält, ist und bleibt, bis eine allerhöchste Ordre anderweitig verfügt, die frühere Behörde des Beamten.

Das Auswärtige Amt bedauert, hinzufügen zu müssen, daß noch ein anderer Grund vorliegt, aus welchem Eure Excellenz rechtlich behindert sind, Ihre Unabhängigkeit als durch das frühere Dienstverhältniß nicht beschränkt zu betrachten.

Eure Excellenz haben es nicht für erforderlich erachtet, beim Verlassen der Ihnen anvertrauten Botschaft deren Archive dem interimistisch Herr Geschäftsträger zu übergeben und dabei zu constatiren, daß dieselben in pflichtmäßiger Vollständigkeit und Ordnung von Ihnen abgeliefert wurden. Eure Excellenz bleiben somit für die Vollständigkeit der Ihnen im a. h. Dienste anvertraut gewesenen Archivalien dem Auswärtigen Amte nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen verantwortlich und verhaftet.

Wenn nun Eure Excellenz zwar in Folge der bei der ersten Entdeckung des Fehlens wichtiger Actenstücke an Sie ergangenen Aufforderung die damals benannten ausgeliefert, auch jetzt wieder einige vermiste Concepte zurückgeschickt haben, nummehr aber die Behauptung aufstellen, daß die politischen Erlasse Nr. 224, 239, 271 und 281 von 1872, Nr. 90, 102, 103 und 104 von 1873 und Nr. 2, 6, 14, 33, 68, 69, 74, 93 und 193 von 1874 als Personal-Acten Ihr Eigenthum seien, so ist weder diese Behauptung, noch diejenige, daß eventualiter hierüber die Civilgerichte zu entscheiden haben, mit den maßgebenden Gesetzen vereinbar.

Was zu dem Bestandtheil eines amtlichen Archivs gehört, wird, wo Zweifel entstehen, nicht der Beamte, dem dasselbe anvertraut war, sondern diejenige Oberbehörde zu entscheiden haben, welcher derselbe für seine Amtsführung verantwortlich war und bleibt.

Schriftstücke, welche in amtlicher Veranlassung und Form den Inhalt einer amtlichen Verhältnisse und Pflichten berührenden Correspondenz bilden, sind nicht Personal-, sondern vielmehr amtliche Acten, somit Bestandtheile des Archivs.

Im vorliegenden Falle ist diese Eigenschaft um so weniger zu bestreiten, als die oben aufgeführten Stücke nummerirt sind, d. h. für Absender und Empfänger in gegebener Reihenfolge als amtliche bezeichnet.

Diese Betrachtungen sind so einfach, daß das Auswärtige Amt für jetzt auf die von Eurem Excellenz angeführten Motive nicht eingeht und nur bemerkt, daß einem Missions-Chef unter Umständen gestattet sein mag, einzelne Actenstücke ihrer politischen oder anderweitigen Verhältnisse halber zu secretiren, diese Befugniß aber nicht länger dauert, als seine officielle Eigenschaft, somit dem Nachfolger oder Stellvertreter bei Veretzung amtlicher Pflicht das gesamte Archiv abzuliefern ist. Wenn nun aus den Registraturen des Auswärtigen Amtes, resp. der Botschaft in Paris, und den Anlagen der betreffenden Beamten nachgewiesen werden kann, übrigens theilweise von Eurem Excellenz selbst eingeräumt wird, daß die noch fehlenden Schriftstücke dem Archiv der Botschaft entnommen oder gar nicht einmal zugestellt, somit vorerhalten sind, so werden Eure Excellenz bei näherer Erwägung nicht verfehlen, daß Ihr diesfälliges Verhalten geeignet ist, nicht bloß ein disciplinartisches, sondern auch ein strafrechtliches Verfahren nach sich zu ziehen.

Was eine Eörderung auf dem Wege des Civilprocesses angeht, so ergeben die nach § 19 des Reichsbeamten-Gesetzes im vorliegenden Fall maßgebenden Vorschriften des preussischen Rechtes über die Competenz der Gerichte und Verwaltungsbehörden, daß die Cognition des Richters über das Eigenthumsrecht an den fraglichen Schriftstücken unbedingt ausgeschlossen ist. Da gegen begründet schon die Vorenthaltung, respective Entnahme amtliche

Actenstücke aus dem Archiv der Botschaft, wie solche hier vorliegt und unerachtet amtlicher Aufforderung fortgesetzt wird, die Einleitung des im Reichsbeamten-Gesetz vorgesehenen, auch gegen in den Ruhestand versetzte Beamte zulässigen Disciplinar-Verfahrens. Außerdem ist nach den Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs, § 348, ein Beamter strafbar, welcher eine ihm amtlich anvertraute Urkunde bei Seite schaffte, nach § 350, wenn er Geld oder andere Sachen unterschlägt. Auch wenn es fraglich sein sollte, ob die Depeschen und Actenstücke einer Gesandtschaft „Urkunden“ in der technischen Bedeutung des Wortes seien (was das königlich preussische Obertribunal annimmt), so kann es nach dem § 133 und § 246 des genannten Gesetzbuchs nicht bezweifelt werden, daß jeder Gegenstand, der einem Beamten anvertraut war, zu denjenigen gehört, deren Unterschlagung ihn strafbar macht.

Wenn also die Strafbarkeit der Beiseiteschaffung von Schriften objectiv feststeht, so sind Eure Excellenz nicht dem Civil-, sondern dem Strafrichter für die vollständige Ablieferung der in Ihrem Gewahrsam befindlichen gewissen Archivalien verantwortlich. Indem das Auswärtige Amt für die in dieser Veranlassung zu fassenden Entschlüsse die Bestimmung des Herrn Reichsjustizrathes in alle Wege vorbehält, bestätigt dasselbe Eurer Excellenz den Eingang der bereits erwähnten Concepte zu Ihren Berichten aus Paris Nr. 131, 132, 133 aus dem Jahre 1873.

Der Staatssecretär des Auswärtigen Amtes:
g. v. Bülow.

IV. Graf Arnim an Herrn v. Bülow.

Rastenheide, 11. August 1874.

Eurer Excellenz vom 5. August datirend, von mir bei meiner Rückkehr vorgefundenes geneigtes Schreiben habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Ich würde dasselbe unerwidert lassen, wenn ich nicht besondere Gründe hätte, über meine Stellung zur Sache keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Eure Excellenz haben mein Privat Schreiben als ein amtliches entgegen zu nehmen und behandeln zu müssen geglaubt.

Ich kann Eure Excellenz daran nicht hindern. Ich habe indessen die Ehre, zu erklären, daß meine Auffassung unserer gegenseitigen Beziehungen nicht geändert werden kann. Ich habe fort zu behaupten, daß das Auswärtige Amt nicht eine mir vorgelegte Behörde ist.

Die in den einstweiligen Ruhestand versetzten Reichsbeamten sind eine Kategorie von Personen, welche auf Grund ihrer früheren Functionen und im Hinblick auf die Functionen, zu welchen sie berufen werden können, dem Reiche gegenüber Rechte und Pflichten haben, deren Umfang durch das Gesetz vom 31. März 1873 genau bezeichnet ist.

Außerhalb der von dem Gesetze gezogenen Linie sind diese Personen vollständig freie Staatsbürger. Namentlich geht dies hervor aus dem § 119. Eure Excellenz berufen sich auf denselben, um nachzuweisen, daß meine Auffassung unbegründet ist. Ich aber bin der Meinung, daß der § 119 meine amtlichen Beziehungen zum Auswärtigen Amt für vollständig gelöst erscheinen läßt, und daß namentlich jede disciplinäre Gewalt des Auswärtigen Amtes mir gegenüber vollständig aufgehört hat.

Der § 119 stellt fest, daß die §§ 84–113 auch auf den in einstweiligen Ruhestand versetzten Reichsbeamten Anwendung finden.

Die §§ 72–83 finden aber auf denselben keine Anwendung. Es sind dies die einzigen Paragraphen, durch welche die vorgelegte Behörde mit Mitteln zur Verhängung ihrer Disciplinargewalt ausgerüstet wird.

Das preussische Disciplinar-Gesetz stellt die Beamten in dieser Beziehung unangeführt, und ich glaube, daß die Aenderung, welche in dem Reichsbeamten-Gesetz stattgefunden hat, ihren Ursprung dem Zwecke verdankt, den Reichsbeamten nach seiner Verlegung in den Ruhestand gegen tendenziöse Verfolgung seitens seiner früheren Vorgesetzten zu schützen.

Eure Excellenz suchen die Unzulässigkeit meiner Auffassung durch die Behauptung nachzuweisen, daß das Gesetz keine Beamten ohne eine denselben übergeordnete Behörde kenne und daß die Behörde, zu welcher der in Ruhestand versetzte Beamte solche Beziehungen behält, die frühere vorgelegte Behörde des Beamten sei.

Dieser Anspruch steht mit den klaren Bestimmungen des Gesetzes in Widerspruch, und ich brauche kaum darauf hinzuweisen, wie unmöglich es sein dürfte, eine vorgelegte Behörde zum Beispiel für den in einstweiligen Ruhestand versetzten Reichsbeamten ausfindig zu machen. Nach den Bestimmungen des Reichsbeamten-Gesetzes ist die Disciplinargewalt über den in einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten auf die Disciplinar-Rammern und den Disciplinarhof übergegangen, auf deren Thätigkeit die obere Reichsbehörde und in einem Ausnahmefalle (§ 85) auch die im § 80 h genannten Behörden einen theils verbindenden, theils in die Verhandlung eingreifenden Einfluß üben.

Ein Verhältnis, wie es zwischen Vorgesetzten und Untergebenen besteht, wird hierdurch zwischen der genannten Reichsbehörde und den Reichsbeamten nicht begründet. Hierin wird auch dadurch nichts geändert, daß das Auswärtige Amt glaubt, Ansprüche an mich geltend machen zu können, welche aus der Zeit herrühren, wo ich im activen Dienste war. Denn selbst wenn ich bereits pensionirter Beamter war, würde das Recht des Auswärtigen Amtes, seine Reclamation auf dem Rechtswege zu verfolgen, nicht aufgehoben werden können.

In Betreff der übrigen Rechtsauffassungen, welche ich in dem geehrten Schreiben vom 3. d. M. fand, habe ich nur zu erklären, daß ich dieselben nicht für richtig halte.

Ich verzichte aber auf jede Polemik, weil ich kein Interesse habe, einem

disciplinaren oder einem eventuell einzuleitenden Strafverfahren vorzugreifen.

Ich benütze auch diesen Anlaß u. s. w.

Arnim.

Breslau, 30. October.

Wir haben bei den vielfachen Mittheilungen über den Arnim'schen Proceß viel abenteuerliches und lächerliches Zeug mit in den Kauf nehmen müssen, aber das Sonderbarste liefert heute eine naghelnde Enthüllung, welche der „Trf. Ztg.“ aus London und zwar, wie der Verfasser selbst sagt — denn sonst würde es ja Niemand glauben — „aus der authentischsten Quelle, die dem Grafen Arnim nahe steht“, zugesandt wird; ja die „authentischste“ Quelle genügt dem Einsender noch nicht, sondern er meint, für die von ihm mitgetheilten Thatsachen könne Arnim selbst als Zeuge dienen. Nach dieser Enthüllung hatte „Fürst Bismarck das Bedürfnis, den Grafen Arnim unschädlich zu machen“, und um dieses Bedürfnis zu befriedigen, mußten dem Allgewaltigen das Berliner Stadgericht und Kammergericht und wer weiß wer sonst noch zu Diensten sein. Denn Bismarck fürchtete Arnim; Bismarck ist bekanntlich ein sehr furchtsamer Mann; Arnim war nämlich der Einzige, der ihm gefährlich werden konnte; und so mußte der Graf etwa so, wie man früher in der Türkei verfuhr, beseitigt werden. Die seidene Schnur paßt nicht mehr, also wird er eingekleidet. Das ist das Bequemste. Wer's nicht glaubt, der lese es in der „Frankf. Ztg.“; wir geben folgende Probe:

„Neben und vor dem Kampfe über das Promemoria (Arnim's während des Concils) fand zwischen Arnim und Bismarck ein heftiger Federkrieg statt. Das Wesen desselben bestand darin, daß der Fürst aus jedem Verichte Arnim's das Gegenheil von dem herauszulesen sich bemühte, was dieser geschrieben oder gemeint hatte, und in einer überaus harten Weise den letzteren zurecht wies. Es war dies ein bequemes Mittel, um zu dem Vorwurfe gegen Arnim zu gelangen, daß dieser für seine Person eine andere Politik als Fürst Bismarck befolge. Dieser Vorwurf ist von dem Reichstangle so oft erhoben worden, daß es interessant wäre, genau zu erfahren, wie er ihn begründen kann. Fürst Bismarck fürchtet, wie es scheint, die Veröffentlichung dieser polemischen Correspondenz mit Arnim. Vielleicht auch mit gutem Grund.

Gerade diese Correspondenz ist es, deren Herausgabe Graf Arnim verweigert. Derselbe begründet sein Anrecht auf dieselbe theils damit, daß es allgemeiner Usus ist, Zurechtweisungen vorgelegter Behörden, die oft in amtlicher Form und numerirt den Betreffenden zugestellt werden, als Privateigenthum des Adressaten anzusehen, und daß es in dieser Hinsicht ganz gleichgültig ist, ob der Betreffende die Möglichkeit hat, diese dienstlichen und amtlichen Schriftstücke in ein Archiv zu legen; theils auch damit, daß er diese Schriftstücke zu seiner Rechtfertigung bedarf.

„Es scheint, daß Bismarck in der That den Grafen Arnim fürchtet, und zwar nicht nur, weil er befürchtet, daß er denselben mit Unrecht auf das Vergehe beleidigt und gequält habe, sondern auch, weil derselbe der einzige Mann ist, der den Muth, die Fähigkeiten und die Beweismittel besitzt, die ihm gefährlich werden könnten.

„Die gegenwärtige Lage der Sache ist einfach die, daß Bismarck seinen Gegner dauernd unschädlich zu machen sucht. Es entspricht durchaus seinem Charakter, wenn er versucht, Arnim in jeder Weise zu ruiniren, ihn um Reputation und Stellung zu bringen. Gelingt dies nicht, so hält er seine Stellung für dauernd gefährdet.

„Bismarck hat den Kampf mit den ihm geläufigen Mitteln und auf demjenigen Gebiete begonnen, auf dem Arnim am wehrlosesten ist, nämlich auf dem der Gewaltthätigkeit, für die sich doch immer leicht eine gesetzliche Form finden läßt, und die auch in diesem Falle gefunden wurde; das Berliner Stadgericht ist dabei der gleichsam bewußtlose Helfer gewesen.

Nun vergleiche man damit den obenstehenden Briefwechsel zwischen Arnim und Bülow. Welche Unordnung muß in dem Archive der Pariser Botschaft geherrscht haben, und welche Mühe giebt sich Bülow im Auftrage des auswärtigen Amtes, die vermißten Schriftstücke ohne Einschränkungen der Gerichte vom Grafen Arnim zu erhalten! Aber thut nichts — Arnim muß vertheidigt werden, denn er ist ein Gegner Bismarck's. Das allein genügt.

Der letzte Abschnitt der Thronrede wird auch von der „Nat.-Ztg.“ als eine Warnung“ aufgefaßt. „Wir rufen — schreibt dieselbe — unseren Gegnern zu, daß wir vollen Frieden zu haben wünschen und nicht durch fortwährende Redereien gestört sein wollen. Das deutsche Reich — das darf uns Europa glauben — ist genügend mit Werken des Friedens beschäftigt; die Thronrede selbst legt ein Zeugniß dafür ab, wieviel wir zum inneren Ausbau des Reiches noch zu thun haben. Viele Jahre werden wir mit der Arbeit beschäftigt sein, die uns stets als höchstes Ziel gegolten hat. Nicht kriegerische Erfolge, sondern eine feste Begründung des Reiches, welche uns

gehalte, die idealen Ziele der Nation zu erfüllen, sind es gewesen, welche selbst den großen Vorgängen der Jahre 1870 und 1871 in den Augen der Nation den höchsten Werth verliehen haben.“

Der „Pester Lloyd“ bestätigt, daß die Botschafter Oesterreich-Ungars, Deutschlands und Russlands der Pforte am jüngsten Donnerstag eine identische Note überreichten, welche das Begehren, mit den Donaufürstenthümern „Handelsconventionen“ abzuschließen, neuerdings formulirte. Der Bescheid, den sie erhielten, betraf sich auf die bekannte Rechtsanschauung der Pforte, stellte übrigens besondere Antworten im Wege der türkischen Vertretungen zu Wien, Berlin und Petersburg in Aussicht.

Wir haben bereits erwähnt, daß das Organ der Jungtschechen die Nichtbescheidung des Reichsrathes durch die jungtschechischen Abgeordneten ankündigt, offenbar um dem Vorwurfe der Altschechen zu begegnen, die Jungtschechen hätten daran, die Rechte der böhmischen Nation preiszugeben.

Als der Souverän dieses Staates — schreiben die „Moravni Listy“ — das geschickte Volk, im Jahre 1526 mit den übrigen österreichischen Ländern sich einen gemeinsamen Herrscher erwählte, da bedang es sich durch einen zweiseitigen Vertrag die vollkommene Unabhängigkeit von den übrigen Ländern und Völkern des habsburg'schen Reiches, so daß außer den Bewohnern des Königreichs Niemand über geschickte Angelegenheiten berathen oder entscheiden durfte. Einzig und allein was die böhmische Landtag beschloß und der böhmische König bestätigte, das war in Wömen Gesetz und Recht. Wir verwalten uns selbst, wir geben uns selber Gesetze, wir selbst bewilligen die Beiträge zu den Bedürfnissen der übrigen Länder des Hauses Oesterreich. Das war und ist unser mit der Dynastie vereinbarte Recht. Dieses Recht haben wir uns niemals begeben bis auf den heutigen Tag; das Bewußtsein, daß uns dieses Recht gebührt, lebt bis heute in den Herzen von Millionen Tschechen, das ganze geschickte Volk beruft sich mit Nachdruck darauf — darum geht unser staatsrechtlicher Kampf mit dem Cisleithanismus. Wenn wir aber schlechtweg in den Wiener Reichsrath gingen und dort die cisleithanische Verfassung beschwören würden, was thäten wir? Hierdurch allein schon erkennen wir allen außerböhmisches Ländern und Völkern das Recht zu, über unsere böhmischen Angelegenheiten zu entscheiden; hierdurch anerkennen wir eine außerböhmisches Körperschaft als berechtigt, uns Gesetze zu geben über alle jene von unseren Angelegenheiten, welche ein fremder Wille ohne uns ihm zuerkannt und zugeeignet hat. Indem wir den Eid auf die December-Verfassung leisten, machen wir sie rechtsgültig für uns, und indem wir uns an den parlamentarischen Verhandlungen betheiligen, anerkennen wir dadurch allein schon Alles als rechtsgültig, was die zufällige Majorität dieses Parlaments beschließt; heute kann dies etwas Gutes sein, morgen aber kann es auch sein die Theilung Böhmens in ein deutsches und in ein geschicktes Departement oder die abermalige Annexion Böhmens an irgend einen deutschen Bund. Mit Einem Worte: an jenem Tage haben wir aufgehört, eine staatsrechtliche Opposition zu sein; wir können unsere Nationalität schützen, wir können uns auf unsere angeborenen Rechte berufen, aber von einem böhmischen Staate dürfen wir nicht mehr sprechen.“

Und so werden denn die Tschechen im Reichsrathe fehlen und sich dadurch das Recht bewahren, auch fernerhin von einem böhmischen Staate — zu sprechen.

Die italienischen Blätter bringen noch fortwährend Nachträge zu den Berichten über die in Rom erfolgte Festnahme des carlistischen Werbecomite's. Es ergibt sich daraus immer unzweifelhafter, in wie nahem Zusammenhang die Bestrebungen dieses Comite's mit denen der Gesellschaft für die katholischen Interessen gestanden haben. Auf Grund der Schriftstücke, welche bei den jüngst wegen carlistischer Umtriebe verhafteten Individuen und in ihrem Versammlungslocale aufgefunden wurden, ist, wie bereits gemeldet, auch der „Verein von Krieger, welche aus den Schlachten zur Vertheidigung des Papstthums heimgekehrt sind“, aufgelöst und seine Papiere mit Beschlag belegt worden. Der Proceß der oben erwähnten Personen wird sehr eifrig betrieben und verspricht interessant zu werden, weil, wie die liberalen Zeitungen behaupten, mehrere sehr hochgestellte Personen der clericalen Partei nach den aufgefundenen Papieren mit in die carlistischen Umtriebe verwickelt sind. „Die Carlistenwerber“, sagt der Mailänder „Pungolo“, „müssen sich Hoffnung gemacht haben, sehr viele Anhänger um ihre Fahne zu sammeln; denn es sind bei Gerbruder Bocconi in Mailand von Rom aus große Bestellungen von grobem, grauem Tuch zu Jagdanzügen gemacht worden. Die genannten Herren verwunderten sich zwar nicht wenig, daß sich alle römischen Jagdliebhaber so gleichmäßig kleiden wollten, sie dachten aber nicht im Entferntesten daran, daß sie die Ehre hätten, Lieferanten für die Carlisten zu sein.“

Der Papst — schreibt man der „D. A. Z.“ aus Rom — hält wenig von dem Sprichworte „Timeo Danaos et dona ferentes“, denn er nimmt Geschenke von vornehmen Fremden an, auch wenn sie nicht zur alleinigen Machen-

Stadt-Theater.

(Eiane, die zweite Frau.)

Die zweite Novität des Stadt-Theaters eine dramatisirte Novelle, das scheint kaum ein günstiges Omen. Aus der Fülle guter Novitäten, die der Aufführung harren, hätte eine andere den Reigen eröffnen sollen, die dem Range des Stadt-Theaters mehr entspricht und weniger auf Speculation berechnet ist. Im Vorjahre hat uns gewöhnlich das Lobe-Theater mit den Erzählungen der „Gartenlaube“ regaliert; indes geschah dies meist im Selbstkommer oder wenn durch den Mangel eines Gastes eine Stodung im Repertoire eingetreten war. Aber im Stadt-Theater, das die Pflege des guten Lustspiels auf seine Fahne geschrieben und mit Erfolg begonnen, hätten wir ein anderes Stück als zweite Novität gewünscht. Für den Verlauf der Saison wäre es immerhin erfreulich, wenn wir wüßten, daß der Director des Theaters von dieser „Eiane“ sagen kann: „Es war nicht meine Wahl!“

Ueber das Stück selbst in einem Momente, wo Arnim und Kullmann Interesse und Raum der Zeitung vollständig in Anspruch nehmen, ein Langes und Breites zu sagen, wäre überflüssig. Ueber die Dramatisirung der Erzählungen aus der „Gartenlaube“ ist das Urtheil des Publikums und der Kritik vollständig abgeschlossen; es hat jetzt nur noch der Strafrichter zu sprechen. Was aber speciell diese „zweite Frau“ anbelangt, die ein Herr H. W. Merle für die Bühne „bearbeitet“ hat, so ist sie ohne Frage geschickter und passender zusammengestellt, als die früheren „Bearbeitungen“ derartiger Romane. Sie vermag wenigstens etwas Interesse oder Spannung zu erregen, während jene für die mit der Erzählung Unbekannten absolut unverständlich waren.

Zum Theil gilt dies allerdings auch von der „zweiten Frau“, die in der Composition selbstverständlich die gleichen Fehler aufzuweisen hat. In der Novelle wird das psychologische Werden und Wachen der Liebe eines Mannes zu seiner Frau geschildert; im Stücke ist dies natürlich nicht gut möglich. Denn der Roman verlangt Entwicklung, das Drama aber Handlung. So kommt es natürlich nun dahin, daß die Personen einfach vor die Rampe treten und die Erzählung vortragen, wobei immer noch ein Theil unverständlich bleibt. Ganz verständlich und interessant können daher solche „Bearbeitungen“ nur für die Leser der „Gartenlaube“ werden, und aus diesen Kreisen rekrutirt sich auch das Publikum an solchen Abenden, das dann je nach der Beliebtheit des Romans an der Aufführung mit größerem oder geringerem Interesse theilnimmt. Dauernd hat sich keine einzige auf dem Repertoire erhalten, nach zwei oder drei Vorstellungen war das Interesse gewöhnlich erschöpft.

Unter solchen Umständen ist auch in Bezug auf die Darstellung „der Liebe Mäh“ umsonst. Im Stadttheater verdient sie diesmal im Ensemble aufrichtiges Lob und ebenso aufrichtiges Bedauern, daß sie

nicht würdigeren und besseren Stücken zugewendet ward. Die Einzelleistungen zu besprechen, sei mir erlassen, es ist in diesem Falle wirklich nicht von solchem Belange und das künstlerische Schaffen der einzelnen Kräfte variiert in der That nicht so oft, als daß es jedesmal in eingehender Weise kritisiert werden müßte. Würde es einmal der Zufall fügen, was aber recht unwahrscheinlich ist, daß Hr. Bland nicht „unsagbar lieblich“ in ihrem Auftreten erscheinen oder Frau Gröber ihren Part schlecht spielen, oder Herr Zomann ungewöhnlich deutlich sprechen, oder Herr Raberg seine Rolle vortrefflich gelernt haben sollte, so werde ich nicht anstehen, diese Ereignisse meinen Lesern so schnell wie möglich mitzutheilen.

G. K.

Die Erbschaft eines Schmarogers.

Roman von Eugène Chavotte.

(26. Fortsetzung.)

Rehtes Kapitel.

Als Kluges, vorsichtiges Mädchen war Bertha zu ihrem Vormund gegangen, um von den Paragraphen des Contractes Kenntniß zu nehmen, durch den ihr die drei verlangten Millionen verschrieben wurden. Zu ihrer größeren Sicherheit hatte sie gewollt, daß dieser Paragraph von Herrn von Jozères selbst redigirt und dann nach Paris zum Notar des Grafen Gabrino geschickt werde, um denselben mündlich in den Contract einzufügen.

Zehn Tage später langte Herr von Gabrino mit seinem Notar, der den Heirathcontract mitbrachte, von Paris an.

Die Heirath war auf acht Tage nach seiner Ankunft festgesetzt.

Am fünften Tage vor der Trauung wurde Francis krank. So leicht an und für sich dieses Unwohlsein war, sprach Bertha doch schon von einem Aufschub der Hochzeit, aber Herr von Jozères beehrte sich, sie zu beruhigen.

„Lassen Sie doch den jungen Arzt kommen“, sagte er, „der sich seit Kurzem in Donchery niedergelassen hat. Man lobt ihn sehr. Wir werden von ihm dann hören, ob die Erkrankung eine so bedenkliche ist, daß wir die Hochzeit verschieben müssen.“

„Wie nennt sich Ihr junger Günstling?“

„D, mein Günstling? Das ist er nicht!“ protestirte Herr von Jozères. „Ich habe ihn noch gar nicht gesehen; ich wollte ihn nur in Vorschlag bringen, weil er sich bereits durch einige sehr glückliche Kuren einen Namen gemacht hat. Er heißt Doktor Perrier.“

Nach Verlauf einer Stunde kam Doktor Perrier. Sein Ausspruch lautete günstig. Er versprach den kleinen Kranken binnen vierundzwanzig Stunden wieder herzustellen.

So blieb es also bei dem für die Trauung bestimmten Tage.

Am Vorabend desselben, unmittelbar vor der Unterzeichnung des Contractes, nahm Herr von Gabrino seine Braut auf die Seite.

„Mein Fräulein“, sagte er zu ihr, „werden Sie mir wohl gestatten, daß ich Ihnen ein eigenhändliches Geschenk mache?“ Dabei öffnete sie seine Hand, in der Bertha eine Uhr bemerkte.

Dies war keines jener kleinen, fein elisirten, mit Perlen und Diamanten besetzten Damenuhren von Email, wie jenes andere, welches Herr von Gabrino in einem prachtvollen Etui für seine Braut aus Paris mitgebracht hatte. Es war im Gegentheil eine sehr plumpe, alte, gewöhnliche Uhr mit einem schweren Gehäuse von Platina.

Dagegen hing sie an einer langen, goldenen, mit Perlen und Smaragden reich besetzten Kette, die eben so prächtig als geschmackvoll war.

„So häßlich diese Uhr ist, bitte ich Sie dennoch, sie zu tragen“, fuhr der Graf fort. „Ich habe nämlich eine abergläubische Verehrung für sie; denn meine Mutter und meine Großmutter, die sie nach einander besaßen, lebten glücklich und geest.“

Nach diesen Worten hatte der Graf den Deckel der Uhr geöffnet und indem er mit dem Finger auf vier in russischer Sprache auf der inneren Deckelfläche eingravirte Zeilen deutete, sagte er hinzu:

„Ich rechne so sicher schon in Voraus auf ihre Zustimmung, daß ich mir erlaube, diese Inschrift eingraviren zu lassen, die überseht also lautet:

„Am 4. August 1817, dem Tage ihrer Vermählung hat Ivan von Gabrino seiner Gemahlin Bertha von Balnac diese Reliquie zum Andenken an zwei tugendhafte Frauen gegeben.“

Statt aller Antwort streckte Bertha ihren Hals vor, um welchen der Graf die goldene Kette schlang.

Am andern Morgen wurde die Trauung in der Schloßkapelle vollzogen, nachdem der Civilact im großen Saale, wohin der Maire des Dorfes das Civilstandsregister mitgebracht hatte, vorgenommen worden war.

Herr von Jozères und noch ein anderer Justizbeamter waren die Zeugen der Braut. Jene des Herrn von Gabrino waren erst am Trauungstage selbst mit vierspänniger Extrapost von Paris angekommen. Der Eine war ein vornehmer Kutscher, der mürrisch darsah, weil er die Heirath Gabrino's mißbilligte. Der Andere hingegen ein Mann von sechsundvierzig Jahren, war in seiner ganzen Erscheinung das Gegentheil seines moskowitzischen Begleiters.

Keußerst elegant und geschmackvoll gekleidet, von freundlichem Wesen, ein Lebemann mit allen Präensionen eines verwöhnten Frauenliebings, zeigte sein Aeußeres noch jezt trotz seiner vorgerückten Jahre, daß er ein vollendet schöner Mann gewesen sein mußte.

Als der Maire ihn um Angabe seiner Namen und Titel bat, nannte er sich Louis René de Croisvel, Chevalier von Saint Dutasse, Unterleutnant in der Compagnie de Noailles bei der Leibgarde Seiner Majestät des Königs.

den Kirche gehören, spendet ihnen auch dafür ebenso wie den wahren Gläubigen den apostolischen Segen. Da er Vorliebe für die unbefleckte Jungfrau Maria und deren Cultus hat, so ist es seit längerer Zeit das Bestreben der Jesuiten gewesen, in den meisten Diöcesen des In- und Auslandes alle Frauen und Jungfrauen, welche auf den Namen der Mutter Gottes getauft sind, zu bestimmen, Vereine zu bilden, welche den Namen „Verein der Töchter der Maria“ führen. Abgesehen davon, daß besonders den jüngeren Geistlichen das Verben und Belehren von Töchtern der Maria eine angenehme Beschäftigung gewährt, machen sich dieselben auch durch Sammeln von Beiträgen zum Peterspfennig nützlich und verdient. In der vergangenen Woche hatten die Vereine zweier Pfarreien, geführt von einem Abbe, die Ehre, von dem Papste empfangen zu werden und ihm eine ansehnliche Zahl schöner Goldstücke zu überreichen. In Ober-Italien hat aber kürzlich ein Priester abgesetzt werden müssen, weil er die Marienköpfe überreden wollte, er sei der König Salomo und sie seien seine Weiber.

Wie groß das Verderben ist, von welchem nach der Ansicht des „Univers“ Frankreich jetzt von Seiten Preußens bedroht wird, geht unter Anderem aus einem Briefe des Herrn von Lorgeril hervor, welchen das genannte Jesuitenblatt eben veröffentlichte und in welchem ein Bund C...s (Gambetta's) mit B...s (Bismarck) besprochen wird. Genannte Verbündete wollen nämlich — so lautet die schöne Offenbarung — im Verein mit Internationalen, Freimaurern und Republikanern Frankreich an Preußen ausliefern! Und was das Schlimmste dabei ist: das jetzige Ministerium sei unfähig, dieser Verschwörung zu wehren, so daß Alles mit einem schauerlichen Durcheinander endigen werde! Der Verfasser dieses Schreibens, ein frommer Deputirter der Gotes du Nord, erblickt namentlich in der Haltung der liberalen Blätter die Indicien dieses Bundes: „Bei der Abberufung des Drenoque und in den spanischen Angelegenheiten hören wir von allen Seiten mit Beifallrufen dieselbe Politik begrüßen; französische Hände klatschen Beifall zu Frankreichs Erniedrigung, die Reclamationen Preußens werden beglückt, das Cabinet wird bestimmt, neue Acte der Schwäche zu liefern und sich in eine Politik zu stürzen, die der Würde unseres Landes zuwider ist. Ueberall kommt dasselbe Gold zum Vorschein, überall dieselbe Arbeit wie einst... Die revolutionäre Presse tabelt, was Preußen tabelt, sie will, was Preußen will, sie ist sclavisch, wenn sie — wie jene zu Luther's Tagen schrieen: Lieber Türken als Papisten! — in zwar etwas verschleierte, aber vollkommen verständlichen Worten ruft: „Eher Preußen, als die Gerechtigkeit und unsere wahren Interessen in Italien, Spanien und hauptsächlich in Frankreich unterstücken!“

Der „Moniteur“ hat dem bekannten About vorgeworfen, daß er Krokodilstränen über das Unglück der annectirten Landesheile weine; About erwidert darauf: „Da ich nicht officiöser Journalist bin, erhalte ich keine Krokodil-Confidenzen, aber ich habe allen Grund zu glauben, daß der Saurier des Nils aufrichtig weint, wenn er aus seinem Vaterland verbannt und dem, was er in seiner krokodillischen Weise liebt, entzissen wird.“ Dazu bemerkt das „Univers“: „Herr About würde einen großen Erfolg erzielen, wenn er den Pariser auf dem Boulevard eine Vorstellung: „Das verbannte Krokodil“, geben wollte. Mit dem, was die Thränen des unglücklichen Sauriers einbrächten, könnte man irgend ein patriotisches Werk stiften.“ Voss hat kann das „Univers“ schon sein. Um übrigens im Ernst von den „Leiden der annectirten Provinzen“ zu reden, so hat sich die „Republique Francaise“ sehr beleidigt gefühlt durch die Mittheilung der „Daily News“, welche schließen läßt, daß die Heimkehr der Eläser zu Deutschland bedeutende Fortschritte mache. Sie protestirt mit Ingrim gegen. Zu gleicher Zeit aber erscheint im „Gaulois“ ein Bericht seines militärischen Mitarbeiters, der sich augenblicklich nach Kijingen begibt, um dem Proceß Kallmann anzuwohnen. Dieser hat alte Freunde in Straßburg aufgesucht und kommt auf Grund dessen, was er beobachtet und von diesen vernommen hat, zu Schlüssen, die zwar etwas französischer gefärbt sind als die der „Daily News“, aber im Grunde auf dasselbe Ergebnis hinauslaufen.

Die englische Presse wird gegenwärtig sehr stark von den Freunden des Grafen Arnim in Anspruch genommen. Sämmtliche Londoner Morgenblätter brachten am 27. d. Mts. den Abdruck eines Briefes, der angeblich von einem dem Grafen Arnim Nahestehenden an den „New-York Herald“ gerichtet wurde. (Es ist derselbe Brief gemeint, den auch die „Frankf. Ztg.“ bringt, und den wir oben in seiner Lächerlichkeit dargestellt haben. D. Red.) Der Erfolg desselben wird auch in England selbst mit Recht sehr bezwei-

felt. „Die heftige Anklage gegen den Fürsten Bismarck“, sagt eine Londoner Correspondenz der „R. Ztg.“ vom 28. d. Mts., „ist wirkungslos, beinahe unbeachtet verhallt. Einige der mit dem Schriftstück beglückten Londoner Zeitungen haben auf die ihnen gewährte Vergünstigung verzichtet, andere — darunter der gute „Standard“, der doch sonst keine Gelegenheit verläßt, um dem deutschen Reichskanzler etwas am Zeuge zu flicken — geben nur einen kurzen Auszug wieder und weisen mit sichtlich Mißbilligung auf den gereizten und stark persönlichen Ton der Anklage hin. Mit solchen klöbigen Waffen ist die englische Meinung nicht zu gewinnen. Man fragt sich, was der Brief eigentlich soll? Eine auch nur anscheinende Rechtfertigung des Grafen Arnim enthält er nicht. Höchstens fährt er mildernde Umstände an, indem er den Beamten des auswärtigen Amtes harsche und beleidigende Aeußerungen zur Last legt, die den Grafen Arnim gereizt und aufgebracht haben sollen. Was Arnim hierdurch möglicherweise gewinnt, das verliert er zehn Mal wieder durch das persönliche Geschnipps seines Verfassers — „brutale Gewalt“, „ganz dem Charakter des Fürsten Bismarck gemäß“, und wie die Ausdrücke noch lauten. Greifen die Freunde des gefangenen Grafen zu diesen Waffen, so dürfen sie sich nicht wundern, wenn man hier zu der Annahme gelangt, daß es mit ihren Beweisen mißlich stehe, denn zu Schimpfsworten nimmt man bekanntlich nur dann seine Zuflucht, wenn die Gründe fehlen. Bisher traute man dem Grafen Arnim solche zu; seit gestern ist man hierüber zweifelhaft geworden.“

Deutschland.

△ Berlin, 29. October. [Die Eröffnung des Reichstags. — Die Präsidentenwahl. — Die Analphabeten.] Die Reichstagsöffnung war heute besonders feierlich, — der Kaiser in voller Kraft und Gesundheit, — der Kronprinz, Prinz Friedrich Karl, die bewährten Feldmarschälle des deutschen Reichsheeres, ferner der Reichskanzler, munterer und anscheinend wohler wie seit Jahren; und dazu der Schlußsatz der Thronrede von den ungerechten Verdächtigungen der Regierungspolitik und von dem Uebelwollen und der Parteileidenschaft, zu denen erst Stellung zu nehmen, „wenn sie zu Thaten übergehen sollten.“ Unter den Reichstagsabgeordneten vom Lande haben Manche die letzten Tage hindurch nicht Zeit gefunden, ihre Zeitung gründlich durchzustudiren; diese hatten aus der Thronrede den Eindruck gewonnen, als müßten auswärtige Verwickelungen drohen, und sie waren erstaunt, von ihren Kollegen, die sich besser informiert dünkten, zu vernehmen, daß es sich wohl nur um die Märchen fremdländischer Officiösen handeln könne. Auch gegen den übrigen Inhalt der Thronrede hatte man manches auszuweisen; die Aufzählung aller der Vorlagen, mit denen sich der Reichstag zu beschäftigen habe, wurde vielfach für zu trocken, geschäftsmäßig erklärt; mit der Vorlesung einer solchen registerartigen Darstellung hätte man den Kaiser nicht behelligen sollen. Im Gegenfatz zu dieser Auffassung wurde von Fortschrittsmännern gerade an der Thronrede gelobt, daß sie sich, abgesehen vom lezten Absatz, aller Phrasen enthalte und sich im nächsten Schritt in die Geschäftspolitik bewege. Die Geschmäcker sind eben verschieden. — Die Eisenbahn-Freikarten haben nur ein einziges Mal sich völlig bewährt; ein von vornherein beschlußfähiger Reichstag wird wohl vor Einführung der Diäten nicht wieder zusammentreten. Heute waren von 397 nur 170, also 29 Abgeordnete zu wenig vorhanden. Auf allen Seiten des Hauses zeigten sich große Lücken, die Socialdemokraten und die Elsaß-Lothringer fehlten sämmtlich. Auch von den Polen schien Niemand da zu sein, dahingegen saß der Däne Krüger wie immer auf seinem Platz. Der stenographische Bericht wird gegeben, ob die allgemeine Annahme, daß die clericalen Partei weit größere Lücken als die liberalen und conservativen Parteien zeigte, begründet war oder nicht. Im ersten Falle ist es befremdlich, weshalb der sehr wohl aussehende ultramontane Wortführer Windthorst-Meynen gegen den ersten Vorschlag des Präsidenten protestirte und dadurch den Namensaufruf erzwang. Trieb ihn wirklich nur das Interesse an einer correct geschäftsbürokratischen Verhandlung? Der Ausweg, den Forderbeck nach der Constatirung der Beschlußunfähigkeit des Reichstags fand, läßt sich jedenfalls nicht anfechten: „Auf eigene Verantwortlichkeit“, — also vorbehaltlich der Indemnität seitens eines, die Geschäftsordnung anders auslegenden beschlußfähigen Reichstags — läßt er, „weil

die Geschäftsordnung nicht entgegensteht“, die Verlesung der Abgeordneten in die Abtheilungen durch das Bureau vornehmen, dahingegen wird er, wiederum auf eigene Verantwortlichkeit, die Abtheilungen zur Constituirung erst berufen, wenn die Beschlußfähigkeit des Reichstags constatirt ist, denn Abtheilungen eines unbeschlußfähigen Reichstags können sich nicht constituiren. — Was die Präsidentenwahl anlangt, so ist die Nachricht, daß Simson die Präsidentschaft wieder zu übernehmen bereit sei, völlig aus der Luft gegriffen; Forderbeck wird also erster Präsident bleiben. Auch der zweite Vicepräsident, Dr. Ganiel von der Fortschrittspartei, wird ohne Zweifel wiedergewählt werden, noch dazu da er in den Fällen, wo er fungirte, allgemein befriedigt hat. Statt des Fürsten von Hohenlohe wird vermuthlich Stauffenberg erster Vicepräsident. Er ist derjenige von den liberalen Bayern, gegen den von keiner Seite Einwendungen bevorstehen. — In meinem neulichen Briefe über die Analphabeten Preußens ist mir bei einer Ziffer ein Schreibfehler untergelaufen, dem zu Folge die Kunst des Lesens und Schreibens bei den Katholikinnen weit mehr heimisch zu sein scheint, als es in der That der Fall ist. Die Gerechtigkeit gegen meine evangelischen und israelitischen Landsmänninnen erfordert eine Berichtigung: Unter 10,000 Katholikinnen, die über zehn Jahr alt sind, befinden sich in Preußen durchschnittlich, je nachdem sie männlichen oder weiblichen Geschlechts sind, 1516 beziehungsweise 2181 (nicht 1255) Lesens und Schreibens Unkundige, dahingegen unter der gleichen Zahl Israeliten nur 665 beziehungsweise 1255; bei den Evangelischen verringern sich diese Zahlen gar auf 660 bei den männlichen und 1137 bei den weiblichen Individuen. Wenn ich bei dieser Gelegenheit auch auf die weder katholischen noch evangelischen noch israelitischen Preußen zurückkommen darf — auf eine ziemlich bunte Gesellschaft, die ich neulich gar nicht erwähnte, da sie mir zu gemischt erschien (Buddhisten, Muhammedaner, Zigeuner, Heiden, Atheisten, Griechen, Presbyterianer, Quäker, Dissidenten, Freireligiöse u. s. w. u. s. w.) — so muß ich anerkennen, daß diese Gesellschaft die drei Hauptconfectionen in Betreff der Bildung übertrifft. Unter ihnen befinden sich nämlich 995 männliche und 1851 weibliche Analphabetinnen; das macht unter je 10,000 bei den Männern nur 496, bei den Frauen nur 902, welche im Alter von zehn Jahren und darüber die Kunst des Lesens und Schreibens nicht verstanden.

* [Vor dem allländischen Criminalsenat des Obertribunals] wurde am 28. d. M. in der Anklagesache gegen die Banquiers Jacob, Simon und Rosenthal in Königsberg verhandelt, die in zweiter Instanz waren, und zwar Jacob wegen einfachen Bankerotts und Unterschlagung resp. Veruntreuung zu 4 Jahr Gefängniß, Simon wegen Theilnahme an dem Bankerott und aus § 257 zu 1 Monat Gefängniß und 200 Thaler Geldbuße, Rosenthal aus § 257 zu 200 Thlr. Geldbuße. Der Thatbestand der Anklage selber ist seinerzeit in dem Bericht über die Verhandlung, des ostpreussischen Tribunals mitgetheilt worden. Es handelt sich darum, daß Jacob das Vertrauen mehrerer Personen, des Grafen Dönhoff unter anderen, insofern gemißbraucht, als er deren bei ihm niedergelegte Gelddepots in bedeutender Höhe mit in seinem Geschäft verwendet hatte, jedoch dieselben bei ausgebrochenem Concurse nur an der Concursumasse participiren konnten. Hierin ist das Vergehen der Unterschlagung resp. der Veruntreuung gefunden worden. Was das Vergehen aus § 308 der Concursordnung betrifft, so ist festgestellt worden, daß Jacob an die Actiengesellschaft der „Ostpreussischen Zeitung“ zur Kasse Simon's nach dem Tage der Zahlungsstellung an Stelle von Actien dieser Gesellschaft Werthpapiere ausgehändigt hatte, die zur Concursumasse gehörten. Simon hat sich durch Annahme dieser Werthpapiere der Theilnahme aus § 308 schuldig gemacht, indessen waren bei ihm, da er nicht sein eigenes Interesse, sondern das der Actiengesellschaft bei Annahme dieser Werthpapiere im Auge gehabt hatte, mildernde Umstände angenommen worden. Was endlich das Vergehen gegen § 257 des Strafgesetzbuchs anbelangt, so waren Simon und Rosenthal zu je 200 Thlr. Geldbuße verurtheilt worden, weil sie durch die beabsichtigte Wiederherstellung der veruntreuten Depots das Vergehen Jacobs nach dieser Richtung hin zu verdecken gesucht haben sollten. In der Wichtigkeitsbeurtheilung sind verschiedene Formfehler und rechtliche Bedenken herangezogen worden, auf die wir hier, da sie sämmtlich als un wesentlich anzu sehen sind, nicht weiter zurückkommen brauchen. Nur den letzten Punkt haben wir etwas genauer ins Auge zu fassen, weil uns dieser die Ueberzeugung verleiht hat, daß Jemand wegen einer an und für sich durchaus guten Handlung, deren Zweck ebenfalls ein guter ist, verurtheilt werden kann. In Bezug hierauf ist der Thatbestand nämlich folgender: Als den Herren Simon und Rosenthal bekannt wurde, daß bei den Speculationen Jacobs auch die bei denselben angelegten Depots mit angegriffen worden waren, facten sie den eben Entschluß, die Ehre des Banquiers überhaupt und speciell auch die Jacobs durch Wiederherstellung dieser Depots zu retten. Sie wandten sich

Sobald er Bertha gesehen, wandte sich der Chevalier von St. Dutasse entzückt an Gabrino und sagte, indem er ihm mit den Fingerspitzen von seinen Lippen einen Kuß zuwarf:

„Reizend, auf meine Ehre! Mein Compliment, bester Graf. Ein so anmuthiges Wesen, wie Ihre Braut, macht es begreiflich, daß Sie unsern fröhlichen Pariser Leben entsagen.“

Denn mitten im Strudel des tollsten Lebens hatte der Graf den Chevalier in Paris kennen gelernt.

Nachdem der Chevalier rasch sein sehr ansehnliches väterliches Erbe durchgebracht hatte, sah er sich auf seinen einfachen Sold eines Unterleutnants angewiesen. Das hieß zwar noch lange nicht der Noth und dem Glende verfallen sein, denn der Rang eines Unterleutnants in der Leibgarde des Königs entsprach dem Grade eines Oberleutnants in der Armee. Er war so bezahlt, daß Herr von St. Dutasse recht gut anständig und ohne Schulden machen zu müssen, hätte leben können. Allein, wie bereits erwähnt, war er ein Lebemann und als solchem fehlte ihm jegliches Talent und vor Allem der gut Wille, sich zu bescheiden, wogegen ihm der Himmel die dreifache Eigenschaft eines Spielers, Feinschmeckers und Fraueneroberers verliehen hatte.

Um sein gewohntes Leben fortsetzen zu können, hatte der Chevalier zu dem genialen Mittel seine Zuflucht genommen, sich zum Satelliten irgend eines reichen Gefinnungsgegnossen zu machen und in treuer Hingebung und unzertrennlicher Freundschaft an dessen irdischen Freuden Theil zu nehmen.

St. Dutasse zahlte als Revanche für die Vortheile, die er dabei in materieller Hinsicht hatte, mit seinem guten Humor, mit kleinen Dienstleistungen und, wenn es sein mußte, sogar mit seinem Degen, den er seinen Freunden bereitwillig zur Verfügung stellte, wie sich dessen z. B. Herr von Gabrino rühmen konnte, für den der Chevalier erst kürzlich im Zweikampfe einen Herrn getödtet hatte, der unbesonnen genug war, sich in seiner Gegenwart auf Kosten des Russen lustig machen zu wollen.

Er war mit einem Worte der lustigste Gesellschafter und fröhlichste Begleiter, den man an seiner Tafel haben konnte, ein sorgloser Theilnehmer, noch häufiger aber ein kühner Anführer muthwilliger Streiche, ein gewandter Arrangeur von seinen Soupers, zu welchen er seine ausgebreitete Bekanntheit im Balletcorps der großen Oper beizog, außerdem aber auch ein Mann von erprobten Erfahrungen, der in allen schwierigen Angelegenheiten den besten Rath zu erteilen wußte. Dieser Vorzüge wegen verzieh man ihm denn auch gerne, daß er nie selbst den Wirth machte.

So hatte Herr von St. Dutasse das seltene Glück, überall mit offenen Armen empfangen, gepflegt und begeszt zu werden und in jeder fröhlichen Gesellschaft für unentbehrlich zu gelten.

Bei diesem pippigen und dabei so wohlfeilen Freudenleben hatte der Chevalier die große Klugheit, einen verhängnißvollen Fehler zu

vermeiden, in welchen die gewöhnlichen Schmarozker so leicht zu verfallen pflegen, nämlich den, bei seinen Freunden zu borgen.

Er spielte die Rolle eines Schmarozkers nicht als Dilettant, sondern als Künstler mit der ganzen Vollenbung, zu der es nur die angeborene Genialität zu bringen vermag. Hatte er einen neuen Amphitryon gefunden, so war er weit entfernt, die alten zu vernachlässigen, wobei er gleichzeitig stets darauf bedacht war, sich schon im Voraus für spätere Zeiten weitere Gastfreundschaft zu erwerben. Kam ihm die Lust, dieses oder jenes seine Diner mitzumachen, so wußte er es geschickt so anzustellen, daß der betreffende Festgeber von selbst zu ihm kam und ihn bei der Hand nahm, um den sich scheinbar Sträubenden mit freundschaftlicher Gewalt an seinen Tisch zu führen. Kurz, wenn St. Dutasse an eine Thüre klopfte, so hatte es fast immer den Anschein, als komme er, Denjenigen einen Dienst zu leisten, die ihm öffneten.

In Folge seiner zahllosen Bekanntschaften war der Chevalier, den man als guten Rathgeber und als einen Mann von großer Verschwiegenheit kannte, in den Besitz einer beträchtlichen Anzahl kleiner und großer Geheimnisse gekommen. Zur Zeit, von der wir sprechen, hatte indessen diese Mittheilung so vieler den Augen der Öffentlichkeit entzogenen Dinge für ihn keinen anderen Werth, als daß sie ihm Spaß machte, da er damals noch nicht daran dachte, sie zu seinem Vortheil auszunutzen.

Während der Trauung hielt Bertha, wie wenn sie das Bedürfnis gefühlt hätte, sich Muth einzuspielen, unablässig den Blick auf ihren jungen Bruder gerichtet, dem sie im Chor der Kirche seinen Platz angewiesen hatte.

Als sie am Arme des Chevalier St. Dutasse, der sich ungestüm vorgedrängt hatte, um allen Andern zuvorzukommen und ihren Cavalier zu machen, die Kapelle verließ, sank sie plötzlich an seiner Seite, in dem Augenblicke, als er ihr seine Glückwünsche darbrachte, in Ohnmacht.

Doctor Perrier, der gelegentlich seines ersten Besuches bei dem kranken Francis zur Hochzeit eingeladen worden war, ließ die Bewußtlose auf ihr Zimmer tragen, indem er weiter nichts als zwei Stunden vollständiger Ruhe für sie verlangte.

Nachdem sich die erste Verwirrung gelegt hatte, beauftragte Gabrino den Chevalier mit Fragen:

„Sie hatten ihr den Arm gegeben... waren an ihrer Seite... Wie kam sie zu dieser plötzlichen Ohnmacht?... Was war Schuld?“ rief er in höchster Bestürzung.

„Sie wollen also, daß ich es Ihnen sage, Sie Ueberglücklicher?“ erwiderte der Chevalier mit einem beruhigenden Lächeln.

„Gewiß!... Neben Sie!...“

„Nun, ich gebe Ihnen mein Wort darauf, ich glaube, es war nichts Anderes als die Freude, aus der sie in Ohnmacht fiel. Denn ich sagte ihr weiter nichts als: Madame, ich schätze mich glücklich, der

Erste zu sein, der Ihnen in Ihrer neuen Stellung als Gräfin Gabrino seine Huldigungen darbringt, als sie, jedenfalls von dem Gefühle ihres Glückes übermannt, das Bewußtsein verlor.“

Diese schmeichelhafte Auslegung des seltsamen Ereignisses hatte die Angst des Grafen beschwichtigt und ihn wieder ganz als Herrn des Hauses der Erfüllung seiner Pflichten gegen seine Gäste zurückgegeben.

Als sich derselbe beruhigt vom Chevalier wieder abwandte, sah dieser ihm mit einem etwas spöttischen Blick nach, indem er sich sagte: „Es ist sonderbar, die schöne Neuvermählte sah gar nicht so entzückt von ihrem neuen Namen und Titel aus, als ich es dem Grafen versichert“, worauf er sich unter die übrigen Gäste mischte, die sich unterdessen in den zwei großen Sälen des Schlosses vertheilt hatten.

Eine halbe Stunde später kam Perrier aus den Gemächern der neuen Gräfin, um anzukündigen, daß dieselbe zwar zu sich gekommen, aber noch sehr angegriffen sei, weshalb sie bitten lasse, sich zu Tisch zu setzen, ohne auf sie zu warten. Sie habe, sagte der junge Arzt hinzu, versprochen, sobald sie sich ganz erholt, zur Tafel kommen zu wollen.

„So hat die Ohnmacht also keine weiteren Folgen?“ fragte mit großer Theilnahme der Chevalier den Arzt.

„Nicht die geringsten“, versicherte Perrier. „Als sie wieder zu sich gekommen war, hat die Gräfin ihren jungen Bruder verlangt und denselben sodann unter einem Strom heißer Thränen an ihre Brust gedrückt und unzählige Male abgeküßt. Nach diesem heftigen Weinen fühlte sie sich erleichtert und wenn sie sich jetzt noch ein bißchen Ruhe gönnt, so werden wir sie schon und blühend wiedersehen, wie sie vor der Trauung war.“

Während die Gäste der Aufforderung des Wirthes entsprochen, und sich in den Speisesaal begaben, blieb St. Dutasse, nachdem auch der Doctor von ihm weggegangen war, noch einige Augenblicke in tiefes Nachdenken versunken allein zurück.

„Meiner Frau! Sie interessiert mich, diese kleine schöne Frau“, murmelte er. „Ich werde mich jedenfalls bemühen, mich bei ihr einzufügen.“

Um alle Bedingungen eines Schmarozkers von Profession zu erfüllen, muß man unter andern unentbehrlichen großen Eigenschaften auch das seltene Talent besitzen, sofort die Stärke und die Schwäche des Pläzes zu erkennen, in welchen man zum ersten Male eindringt.

St. Dutasse besaß dieses Talent, welches man „die Kunst, allen Leuten zu gefallen“ nennen könnte, im hohen Grade. Sein erster Anfang im Hause seines neuvermählten Freundes Gabrino war denn auch ein Meisterstück.

Als Brautführer gebührte ihm bei Tische einer der ersten Plätze.

„Chevalier, setzen Sie sich hierher... zur Linken meiner Frau, die uns ja sagen ließ, daß sie bald erscheinen wird“, sagte Gabrino, als er ihn eintreten ließ.

„Mein lieber Graf“, entgegnete St. Dutasse beschiden, „an der

in dieser Beziehung an den Banquier Meyer Sohn in Berlin, der selbst in diesem Ansehn die Hergabe einer Summe von 20,000 Thal. ersuchend. Meyer Sohn erklärte sich dazu bereit, wenn Jacob dadurch vollständig gerettet werden könne. Das erschien indessen nicht möglich, in Folge dessen gerichtliche die Sache, wie denn auch die Deduction der Kosten, die ärmere Leute hinterlegt hatten, unmöglich wurde. Die Staatsanwaltschaft hatte angenommen, daß durch diese eben bezeichnete Handlungsweise der Versuch gemacht worden sei, die Spuren des Vergehens der Unterschlagung zu verwischen und deshalb aus § 257 des Strafgesetzbuchs Anklage erhoben, der Denziger wegen Begünstigung bestraft werden will, der nach Begehung eines Verbrechens der Verhinderung des Thäters oder Teilnehmer Beistand leistet, wofür derselben die Befreiung zu entziehen ist. Der Justizrat Kommer, als Verteidiger Simons, hob hervor, daß dieser bei Annahme der Vertheilung nur das Interesse der Actiengesellschaft gewahrt und für die nur die Deduction angenommen hätte, welche derselben vollständig zustand, daß ihm also jeder Dolus einer strafbaren Handlung fehle. Der Oberstaatsanwalt Schuler trat dieser Ansicht allerdings nicht bei, dagegen war er mit dem Verteidiger der Ansicht, daß das Vergehen des § 257 des Strafgesetzbuchs nicht vorliege und beantragte in Bezug hierauf die völlige Freisprechung. Der Senat erkannte dennoch auf die Zurückweisung der Nichtigkeitsbeschwerde auch in diesem Falle, weil die Annahme des Appellrichters, daß durch die Manipulation der beiden Angeklagten bereits die Handlung, welche zur Verbüßung des Todesstandes der Unterschlagung führen sollte, eingetreten sei, als eine thatsächliche Feststellung angesehen werden müsse, an welcher nicht mehr gerüttelt werden könne. Hiernach ist das Erkenntnis des ostpreussischen Tribunals also vollständig bestätigt.

[Briefwechsel zwischen Kaiser und Papst.] Die „Post“ schreibt: Die „Daily News“ ließen sich gestern aus Rom melden, daß Kaiser Wilhelm ein neues eigenhändiges Schreiben an den Papst gerichtet habe. Da vor Kurzem die Nachricht der „Deutschen Zeitung“, der Papst habe ein Schreiben an Kaiser Wilhelm nach Baden-Baden gesandt, hier sofort ein Dementi fand, glaubten wir mit der Meldung der „Daily News“ zurückhalten zu müssen, bis dieselbe auch anderweitig bestätigt wurde. Heute bringt nun die römische „Fanfulla“ folgenden Näheren über den neuen Briefwechsel, dessen Existenz scheinbar nicht bestritten werden kann; das Blatt schreibt:

Vor geraumer Zeit schrieb der Papst eigenhändig und in sehr gemäßigten Ausdrücken an den Deutschen Kaiser und appellirte an dessen „christliche Gefühle“, damit jene „Verfolgungen“ enden, welche nach Ansicht des Papstes nur bezweckten, die Politik eines Ministers gegenüber dem socialistischen Elemente in Deutschland zu befestigen. Diesem Briefe antwortete nunmehr der Deutsche Kaiser und versicherte den Papst seiner immerwährenden achtungsvollen Gefühle gegen das Haupt der katholischen Kirche, indem er befügte, daß die von Seiner Regierung gegen einen Theil des katholischen Clerus in Deutschland beobachtete Politik, weit entfernt, einen feindseligen Geist zu entflammen, darauf abzielt, die unzureichend haltende Haltung der katholischen Partei gegen die Reichseinheit und den Willen der großen Majorität Deutschlands zu bekämpfen.

Allenstein (Prov. Preußen), 25. October. [Anklage.] Wie die „E. Volksbl.“ aus dem hiesigen Kreise hören, hatte Jemand die Annahme eines Ständesamtes abgelehnt und dieses damit begründet, daß er als Katholik nicht zur Ausführung eines Gesetzes mitwirken könne, dessen letztes Ziel sich gegen den katholischen Clerus und die katholische Kirche richte, welche dadurch auf den Aussterbe-Stat gesetzt werden solle. Dadurch habe das königl. Staatsministerium sich beleidigt gefühlt, insofern von ihm die Vorlage des Civilstandsgesetzes ausgegangen sei, und habe auf Grund des § 185 des Reichsstrafgesetzbuchs Anklage erhoben lassen.

Arnsberg, 27. Oct. [Das hiesige Kreisgericht.] hatte im Juli 14 geistliche Herren, die wegen Verlesung des bekannten Hirtenbriefes unter Anklage standen, freigesprochen. Auf eingelegte Berufung der Staatsanwaltschaft hat das hiesige Appellationsgericht dieser Tage das freisprechende Erkenntnis vernichtet und sämtliche 14 Angeklagte auf Grund des Ranzel-Paragraphe (S 130 a) je zu einer Woche Festungshaft verurtheilt.

Hadersleben, 27. Octbr. [Offener Brief des Dänen Ahlmann.] Der im 2. schleswigen Wahlbezirk zum Abgeordneten gewählte Däne A. Ahlmann hat in „Dybbölpösten“ folgenden offenen Brief an seine Wähler veröffentlicht:

„Von dem Wahl-Commissar bin ich davon benachrichtigt worden, daß ich mit der gewöhnlichen großen Majorität wieder zum Abgeordneten des preussischen Landtages gewählt worden bin. Ich habe dem Wahl-Commissar mit-

getheilt, daß ich diese Wahl nicht annehme. Meine Wähler benachrichtigte ich davon, daß ich dieselbe nicht annehmen kann. Vor der Wahl hatte ich keinen Grund, eine solche Erklärung abzugeben, denn die Wahlmänner haben mir nicht zu erkennen gegeben, daß sie mir ihre Stimmen wieder geben wollten. Aber diesem Abgeordnetenhaufe, welches im vorigen Jahre aus neuen Wahlen hervorging, kann ich die Wünsche der Nordschleswiger nicht wieder vortragen. Diese Kammer hat, ungeachtet unsrer, der nordschleswigen Abgeordneten, Wahl gut geheißen war, ungeachtet sie uns Sitz und Stimme einräumte, uns in unserer eigenen Sache das Wort verweigert, sie hat eines der Grundsätze des preussischen Reiches, den Prager Friedenstractat, ganz übersehen, sie hat unsere Petitionen, darunter eine von beinahe allen nordschleswigen Wahlmännern, nicht beantwortet, und hat sie mißbräuchlich eine der wichtigsten Fragen, welche zur Behandlung des Landtages kommen können, die Unterordnung der Stellung ihrer Mitglieder und deren Wähler zum Landtage und zum Staate, ganz unbeachtet gelassen. Dieses Abgeordnetenhaus hat durch die völlige Ignoranz des Art. V. des Prager Friedenstractats, welcher der nordschleswigen Bevölkerung das Recht giebt, zu bestimmen, ob sie zu Preußen oder zu Dänemark gehören will, den bestimmt ausgesprochenen Willen des Kaisers von Desterreich und des deutschen Kaisers, nicht geachtet. Die nordschleswigen Abgeordneten können deshalb in dieser Kammer nicht wieder Platz nehmen. Daß wir dagegen, die Deputirten Nordschleswigs, Kräger und ich, auf einem sichern und festen Rechtsboden stehen, wenn wir uns an den Prager Friedenstractat, jetzt ein Grundgesetz des preussischen Staates halten, daß wir uns in Uebereinstimmung, nicht in der Opposition, mit dem unbefriedigten Willen der beiden Kaiser befinden, und den Eid nicht ohne den Vorbehalt ablegen können, daß derselbe keinen Eingriff in den Prager Friedenstractat macht, bedarf nicht des Beweises. Durch unsere Wiederwahl haben die Wähler und Wahlmänner gezeigt, daß die nordschleswige Bevölkerung auf demselben Rechtsboden wie wir steht, und daß sie unsere Handlungsweise billigt.“

Anna, 23. Octbr. [Verurtheilung.] Der „West. Anzeiger“ schreibt: Heute verurtheilte die hiesige Gerichtsdeputation den evangelischen Pfarrer Buschmann aus Frömmern wegen einer am 11. Januar d. J. in einer Predigt von ihm gehaltenen Aeußerung über die damalige Regierungsvorlage, betreffend die Einführung der Civilehe, aus dem sog. Ranzelparagraphe zu einer Woche Festungshaft.

Barmen, 25. Octbr. [Freimaurer-Versammlung.] Der „Elbf. Ztg.“ zufolge fand hier am 18., dem Geburtsstage des deutschen Kronprinzen eine große Versammlung von Freimaurern aus Rheinland und Westfalen — etwa 300 Personen — statt. Die Anwesenden waren darin einig, daß es Pflicht eines jeden Freimaurers sei, in dem jetzt heiß entbrannten Kampfe des Staates gegen die widerstrebenden Kirchenmächte treu zu Kaiser und Reich zu stehen und mit allen erfligen Mitteln thätig für die Regierung zu unterflügen.

Münster, 28. Octbr. [Der Proceß gegen die Damen des westfälischen Adels.] welche die bekannte Adresse an den Herrn Bischof von Münster unterzeichnet haben, wird, wie der „Westf. Merkur“ vernimmt, am 12. Nov. in zweiter Instanz vor dem hiesigen Appellationsgerichte verhandelt werden, da sämtliche Verurtheilten gegen das erstinstanzliche Erkenntnis Berufung eingelegt haben. Nur die junge Comtesse Sophie v. Merveldt soll, so erzählt man dem „Merkur“, von der Appellation Abstand genommen und die Straf-gelder bezahlt, trotzdem aber eine Vorladung zum Termine am 12. November erhalten haben. Man sieht natürlich mit großer Spannung dem Ausgange des Processes entgegen.

Essen, 28. October. [Verhaftung.] Gestern Abend um halb 6 Uhr wurde der Redacteur H. Koenen der hiesigen „Volksztg.“ durch den Polizeicommissar Dähne verhaftet und in das Kreisgefängnis abgeführt. Die Verhaftung erfolgte wegen Verweigerung eines Zeugnisses. In einer Nummer der genannten Zeitung befand sich die Wiedergabe einer Regierungsverfügung an die Elementarlehrer, worin derselben die Mitgliedschaft an dem Bortomäus- und Görresverein verboten wurde. Diefertal wurde der Redacteur in einem zweimaligen Verhöre aufgefordert, den Namen des Einsenders anzugeben. Er verweigerte dieses, worauf das hiesige Kreisgericht seine Verhaftung anordnete.

Hannover, 29. Octbr. [Bildhauer Schaffer.] in Rom, der im Jahre 1870 den Grafen Arnim wegen persönlicher Verfolgungen des Amismissbrauches beim norddeutschen Reichstage vergebens beschuldigte, wurde privaten Meldungen zufolge vom Tribunal zu Hannover aufgefordert, seine Depositionen zu machen.

Hannover, 29. October. [Pastor Sander.] in Weismar bei Göttingen ist vor einigen Tagen gestorben. Sander, ein alter Burschenschaftler, war 1837 politisch thätig und gehörte von 1848—1854 der ersten Kammer als einer der Vertreter der evangelischen Kirche an, in der er zur ministeriellen Partei zählte.

Kassel, 27. Octbr. [Anlässlich der großen Exerzise.] welche

in dem oberheffischen Dorfe Dreihäusen die von dem abgesetzten Pastor Scheibler und dessen Frau fanatisirten renitenten Bauern wiederholt gegen die Anhänger des hiesigen Consistoriums verübt haben, so wie wegen der häufigen Insulten gegen den neuen Pfarrer hat die kirchliche Ober-Behörde jetzt gerichtliches Einschreiten gegen die Thäter und die intellectuellen Urheber der vorgekommenen Ausschreitungen beantragt. Außerdem wurde um polizeilichen Schutz der in der Mindeztal befindlichen regierungsfreundlichen Bewohner des Ortes gebeten.

Aus Heffen, 27. October. [Das bischöfliche Generalvicariat über die Civilehe.] Auch das bischöfliche Generalvicariat in Fulda hat anlässlich des in Kraft getretenen Gesetzes über die Civilehe einen Erlaß an die Diöcesangehörigen gerichtet, in dem so ziemlich dasselbe gesagt wird, was der Bischof Martin in dieser Angelegenheit zu decretiren für gut befunden hat. „Durch den Civilact kommt keine wahre, vor Gott gültige Ehe zu Stande“, die Verlobten haben sich nach dem vor dem Standesbeamten abgegebenen Erklärungen keineswegs als wirkliche Eheleute zu betrachten“, es ist Pflicht der Gläubigen, vor eingehendem Benehmen mit dem Pfarrer keinen Contract abzuschließen“, wer sich mit der Civilehe begnügt, ist von dem Empfang der Sacramente auszuschließen“, — diese und andere Kraftstellen werden zur Genüge bezeugen, wie groß der Geist der Verhöhnlichkeit ist, der in dem Fuldaer Domcapitel vorherrschen soll. Wenn jetzt das Oberpräsidium noch immer in der Erfüllung seiner Pflichten zögert, so giebt dies mindestens zu — denken.

Frankfurt, 24. October. [Conflict zwischen den städtischen Behörden.] Das „Fr. Z.“ schreibt: Vom auswärtigen Publikum in seinen Anfängen wohl kaum bemerkt, hat sich in unserer Stadt ein für das comunale Leben nicht nur Frankfurt, sondern auch der übrigen Stadt-Gemeinden der preussischen Monarchie bedeutsamer Meinungs-Streit zwischen dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung entwickelt und, nachdem nunmehr die königl. Regierung in die Angelegenheit eingezogen worden, zu einem Conflict von politischer Tragweite zugeführt. Für auswärtige Leser lassen wir den sachlichen Inhalt der Angelegenheit, welche alle Kreise der hiesigen Bürgerschaft lebhaft bewegt, dahin zusammen, daß es sich um den Bau einer neuen Main-Brücke handelt, bezüglich deren Herstellung (ob in Stein oder Eisen, ob durch allgemeine Concurrenz oder durch Uebertragung an eine im Voraus bestimmte Persönlichkeit) zwischen dem Magistrat und der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung von Anfang an Meinungsverschiedenheiten bestanden, welche auch im Laufe wiederholter Verhandlungen keine Ausgleichung, vielmehr durch die Art der Discussion nach und nach eine gewisse Verhärtung erfuhr. Der Magistrat behauptete seine Befugnis als Verwaltungs- und Executiv-Behörde zur Inanspruchnahme des Baues nach seinen Intentionen, wogegen die Stadtverordneten-Versammlung ihr Selbstverwiltigungs-, bezw. Verweigerungs-Recht in Sachen, wo ihr Votum ein von der Ansicht des Magistrats abweichendes ist, aufrecht erhielt. Schließlich glaubte der Magistrat, nachdem die Stadtverordneten ihren principiellen Standpunkt fortdauernd und mit immer größerer Entschiedenheit festhielten, an die königl. Regierung in Wiesbaden als staatliche Oberaufsichts-Behörde Berufung ergeissen zu sollen. Die königl. Regierung entschied zunächst im Punkte ihrer, auch von rechtskundiger Seite im Schooße der Stadtverordneten, wie der Bürgerschaft angezeigten Kompetenz zur Befassung mit dieser innercommunalen Streitfrage bejahend und gab des Weiteren, indem sie sich principiell auf Seite des beschwerdeführenden Magistrats stellte, den hiesigen Stadtverordneten anheim, sich mit der städtischen Executiv-Behörde ein von letzterer angebotenes Compromiss (auf „beschränkte“ Concurrenz) gütlich abzumachen, um fernerer Einflusnahme der staatlichen Behörden vorzubeugen. Diese Entscheidung kam in der letzten (gefristigen) Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zur Discussion, und diese führte zu dem mit allen gegen eine Stimme gefassten Beschlusse: eine Recurs-Schrift gegen das Verfahren und die Entscheidung der königl. Regierung einzulegen. Die Debatte bot überdies Gelegenheit zu energischen Ermahnungen der einzelnen Mitglieder gegen das die Würde und die durch die Gemeinde-Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung der Stadtverordneten-Versammlung schädigende Vorgehen des Magistrats. Man sieht leicht voraus, welche weiteren für die comunale Selbstständigkeit geradezu unheilvollen Folgen ein Verharren auf dem Wege, die staatliche Genehmigung in Selbstverwaltungs-Angelegenheiten der Gemeinden anzufordern, nach sich ziehen muß, und man darf daher auf die Entwicklung des nun offen ausgebrochenen Conflictes höchlich gespannt sein.

Aus Baden, 27. October. [Disputationen zwischen Alt- und Neukatholiken.] Im Oberlande wird in sehr wirksamer Weise durch öffentliche Disputationen vor versammelter Gemeinde mit römisch-katholischen Pfarrern Propaganda für den Ultracatholicismus gemacht. Ueber einen solchen Fall schreibt man der „Bad. Landes-Ztg.“ aus Friesen vom 25. d. M.:

Unter großem Andrang der Bevölkerung aus nahen und entfernten Gegenden fand heute hier die angekündigte Disputation zwischen Prof. Dr. Michels und hiesigem Ortspfarrer statt. Die Versammlung war eine öffentliche, da eine geschlossene Räumlichkeit die Menge des Volkes nicht hätte fassen können. Es mochten etwa 800 Zuhörer zugegen sein. Als (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Seite einer Reconvalescentin gehört der Platz dem Arzte. Geben Sie ihn also Herrn Perrier.“ Und lachend fügte er hinzu:

„Allons, geben Sie nach, und wäre es nur aus Rücksicht für meinen colossalen Appetit, der mich hindern würde, der Gräfin meine volle Aufmerksamkeit zu widmen und der andererseits gerade um einer so liebenswürdigen Nachbarschaft willen nicht in dem Maße befriedigt werden könnte, als ich es wünsche.“

Und ohne eine Antwort abzuwarten, eilte der Chevalier auf den kleinen Francis zu, der unterdessen von seiner Schwester herunter gekommen war und jetzt vereinsamt in einem Winkel des Saales stand.

„Komm mit mir, lieber Junge, ich weiß, wo die besten Bissen zu bekommen sind“, sprach er freundlich den Knaben an, den er bei der Hand nahm und an die untere Schmalseite der langen Tafel führte, wo er neben ihm Platz nahm.

Fünf Minuten später, nachdem schon Alles saß, sah Gabrino seinen kleinen Schwager und erkannte sofort seinen Fehler. Alle Plätze waren eingenommen und Jemanden ersuchen, aufzustehen und mit Francis zu wechseln, ging nicht mehr.

„Eine neue Ungeschicklichkeit“, dachte Herr von Fozères, der Alles beobachtet hatte, und als er Herrn von St. Dutasse neben dem Knaben sitzen sah, in Gedanken hinzufügte:

„Der gute Chevalier scheint mir ein Feinspinner zu sein, den man im Auge behalten muß.“ (Fortsetzung folgt.)

Ein vergessenes Buch und ein Gelehrtenleben.

Die glänzenden Blätter der Literaturgeschichte sind, beinahe durchgängig, zugleich die tragischen. In allen Fächern bringen sie uns vor Augen, wie in der Regel das Bortdienst hat warten müssen, bis die Narren ausgenarrt hatten, das Gelas zu Ende und Alles zu Bette gegangen war: dann erhob es sich, wie ein Gespenst aus tiefer Nacht, um seinen, ihm vorenthaltenen Ehrenplatz doch endlich noch als Schatten einzunehmen.

So äußerte sich Schopenhauer u. A. in seiner mit Recht berühmten Abhandlung „Ueber die Universitätsphilosophie“ über die Schicksale großer schriftstellerischer Leistungen. Diese Worte Schopenhauers wollen wir nicht aus dem Sinn, wenn ich an einen Fall denken will, wo auch „ein Verdienst“ noch immer auf die ihm gebührende Anerkennung warten muß.

Ich spreche von dem langjährigen Privatdocenten an der Berliner Universität, dem Philosophen Dr. Eugen Dühring. Von Dühring erschien im Jahre 1865 in Berlin unter dem Titel: „Natürliche Dialektik. Logische Grundlegung der Wissenschaft und Philosophie“ ein Werk, dessen Bedeutung ich ganz kurz mit dem Ausspruch eines österreichischen Professors der Philosophie (Prof. Dr. Niehl in Graz) charakterisiren will. Dr. Niehl äußerte sich gegenüber dahin, Dühring, „Natürliche Dialektik“ sei unsraglich das bedeutendste, aber auch schwierigste philosophische Werk nach Kants „Kritik der reinen Vernunft“. Ich habe diesem Urtheil nichts hinzuzufügen. Höchstens das, daß Unverständnis, sowie zünftiges Uebelwollen gleichermassen dazu beigetragen haben, eine entsprechende Würdigung der „Natürlichen Dialektik“ noch auf einige Zeit zu verschieben.

Von Dr. Dühring erschien ferner im Jahre 1865 (im Verlage von Eduard Treves in Breslau) die populär gehaltene Schrift „Der Werth des Lebens“, welche eine kritische Grundlegung der Moralphilosophie enthält. Ja ich stehe nicht an, es auszusprechen, daß „Der Werth des Lebens“ für die Moralphilosophie dasjenige bedeutet, was einst Kant „Kritik der reinen Vernunft“ für die Erkenntnistheorie. Und dieses herrliche Werk, das geistige Product eines Charakterphilosophen par excellence, denn ein solcher ist ja Dühring, hat bis jetzt noch keine entsprechende Würdigung gefunden! Ich habe in Wahrheit ein Recht, hier von einem „vergessenen Buch“ zu reden! Und doch ist kein philosophisches Werk so geeignet, dem Gebildeten eine so treffliche Grundlage philosophischen Studiums zu bieten! Bevor wir aber Einiges über das Buch mittheilen, wollen wir noch bemerken, daß Dührings „kritische Geschichte der Philosophie“, ein klassisches Werk, doch schon die 2. Aufl. (Berlin 1873) erlebt hat. Meines Wissens hat aber noch kein einziges „Zachlath!“ Dührings Geschichte der Philosophie günstig beurtheilt.

Das Buch „Der Werth des Lebens“ zeugt von einem seltenen Adel philosophischer Gesinnung und ist in einem edel populären Styl geschrieben, der in der That seines Gleichen sucht. Die Welt- und Lebensanschauung, welche aber Dühring in dem „Werth des Lebens“ entwickelt, ist von einer edlen Erhabenheit getragen, die alles Gemeine tief verachtet. Der „Werth des Lebens“ sucht uns mit der Wirklichkeit ohne jedwede Beschönigung der Uebel des Daseins und der Leiden des Menschen auszuöhnen; es ist eine heroische Lebensauffassung, die uns entgegentritt.

Optimismus und Pessimismus sind unserem Dühring einseitige Standpunkte. Der Optimismus geht von vornherein darauf aus, daß Alles vortheilhaft zusammenkommen müsse; er übersieht und ignort die Uebel, statt sie zu überwinden. Der Pessimismus wieder stellt sich so an, als ob es gälte, das Leben von einem übermenschlichen Standpunkte aus zu meistern. Er überhebt sich einer sorgfältigen Unterordnung des subjectiven Systems, welches das Maß der Zustände abgeben soll, und des objectiven Ganzen, aus welchem die Mittel zur Befriedigung des subjectiven Strebens zu entnehmen sind. Denn es handelt sich bei der Werthschätzung des Lebens um die Zusammenstimmung zweier Systeme, nämlich der subjectiven menschlichen Natur und ihrer Bedürfnisse einerseits und dessen, was die objective Welt bietet, andererseits. Es mußte aber auch anerkannt werden, daß die bloße Anordnung der Ideen nicht ausreicht, wenn es gilt, den Uebeln gewachsen zu sein. Die Lösung der Schwierigkeiten, welche das Leben mit sich bringe, könne nicht durch eine bloß theoretische Verhöhnung, sondern müsse durch eine praktische Ausgleichung geschehen. „Die That und das Bewußtsein der That müssen hinzutreten; die wirkliche Veränderung der Empfindungen muß dem Spiele der Vorstellungen eine andere Grundlage geben; kurz, der Grund der Stimmung muß geändert werden. Letzteres bloß durch die Theorie erzielen zu wollen, ist nicht Philosophie, sondern Thorheit.“ Die Ausöhnung mit der Beschaffenheit des Daseins könne nur in Gestalt einer Bestrebung vorhanden sein. „Sie ist eine Kraft, welche aus der Erfahrung und der Betrachtung des Ganzen geschöpft wird. Niemand ist es aber möglich, die Disharmonie gänzlich verschwinden zu lassen.“

Die heroische Lebensanschauung des edlen Philosophen tritt uns am schönsten in der prächtigen Abhandlung über den Tod entgegen. Dort sagt Dühring am Schluß: „Wenn es wahr ist (und wer zweifelt daran?), daß uns die tragische Dichtung am gewaltigsten erschüttert und unserer Theilnahme am würdigsten ist, so ist es auch ebenso wahr, daß das Leben seinen höchsten und vollkommensten Ausdruck nur in der tragischen Gestaltung seiner

Verwickelungen findet. Dieser Satz scheint bedenklich für eine Philosophie, die den Werth des Daseins gegen die Anlagen seiner Verächter vertheidigt. Erinnern wir uns jedoch, daß die letzten Grenzen, zu denen sich das Lebensgefühl steigern mag, zwar ein treuer Ausdruck seines innersten Gehalts und seiner höchsten Reize sind, daß aber gerade unterhalb jener Grenzen das normale Spiel der Breite des Daseins verläuft. Der Reiz liegt für das Ganze des Lebens mehr in der Möglichkeit, als in der Wirklichkeit der tragischen Gestaltungen. In der süßen Bewegung zu und von jenen Grenzen, in der entschlossenen Erprobung der ganzen Breite des Geistes, in dem Bewußtsein, die Schranke nicht zu scheuen, an welcher sich Leben und Tod berühren, liegt der wahre Reiz eines die Höhen des Gefühls suchenden Strebens. Der Tod ist daher ein Element, welches im Ganzen des Lebens nicht fehlen dürfte, ohne daraus ein schales, langweiliges Treiben zu machen.“

Zuletzt will ich noch aus dem Buche mittheilen, was Dühring unter dem „Glauben an den Werth des Lebens“ versteht. Der menschliche Verstand halte in seiner Forderung stets irgendwo an; was aber der Constitution der Dinge zu Grunde liege, sei über jede solche Schranke erhaben. Unsere Einsicht könne uns niemals von dem vollen und ganzen Zusammenhange der Dinge und Vorgänge unterrichten, sie könne nicht abschließend über den absoluten Charakter der Welt entscheiden. Allein die Einsicht werde durch das, was sie uns von dem sozusagen unendlichen Gewebe bloßlege, unsere Empfindungen bestimmen und unser Gemüth im Sinne irgend welcher Erwartungen bloßlegen. „Wenn nun die begrenzte Umschau, deren wir zu irgend einer Zeit und unter irgend welchen Umständen fähig sind, uns in der Erwartung bestärkt, die Dinge den Anforderungen unseres Wesens auch bei weiterer Untersuchung gemäß zu finden, so entsteht in uns das, was ich den Glauben an den Werth des Daseins nenne.“ Dieser „Glaube“ enthält wesentlich zwei Elemente. „Einerseits betrifft er die subjective Beschaffenheit der Natur unserer Gattung, und andererseits hat er die Uebereinstimmung der Anlage der großen Natur mit den Bedürfnissen und Zwecken des menschlichen Daseins zum Gegenstande. In beiden Richtungen sucht er nach Bestätigung seiner noch unvollkommenen Conceptionen; in beiden Richtungen führt er auf das, was für die tiefere Untersuchung als Kern und Wesen, als erhebliches Element der Religion und der Religionen erscheint.“

Aus diesen Proben und Andeutungen möge sich der Leser eine Vorstellung von dem Gehalte des Buches bilden. Der „Werth des Lebens“ ist ein herrliches Buch, auf welches das deutsche Volk stolz sein kann, eine Zierde unserer philosophischen Literatur. Mag unser Lob auch von Mäandern überschwänglich erscheinen, eine nähere Prüfung würde auch so manchem von der Wahrheit unseres Ausspruches überzeugen. Nur schade, daß bei vielen Gebildeten die Abneigung gegen Philosophie eine geradezu unüberwindliche ist.

Und ein Mann von der Bedeutung Dührings (Dühring ist im Jahr 1833 geboren), lebt in Berlin, der „Metropole der Intelligenz“, noch immer als einfacher Dozent!

Wollten diese wenigen Zeilen genügen, um den von gewissen Claqueur todtgeschwiegenen Dühring weiteren gebildeten Kreisen bekannt zu machen, auf daß der Ausdruck eines meiner gelehrten Freunde: „Die Deutschen haben einen großen Philosophen und merken es nicht einmal“ — recht bald Lügen gestraft werde.

Graz, im October. R. Ubell.

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

Dr. Michels die Rednerbühne betrat, bemächtigte sich eine ernste Stimmung aller Anwesenden, die sich noch erhöhte, als der Redner auf die Wichtigkeit des Tages hinwies und feierlichst zur ruhigen Prüfung aufrief. Nicht Neugierde war's, die die Bevölkerung zusammengeführt hatte; Jedermann schien sich bewußt zu sein, daß die Entscheidung nicht bloß für die um ein Glaubensdogma streitenden Gegner der Bedeutung sei, sondern vielmehr einen großen nachhaltigen Einfluß auf die gesamte Bevölkerung hiesiger Gegend ausüben müsse. Nach einer angemessenen Einleitung stellte Dr. Michels seine Behauptung dahin auf, nach geltenden Grundsätzen in der katholischen Kirche könne nur die Lehre als rechtskräftiges Dogma gelten, die in der heiligen Schrift begründet sei, durch die Tradition sich erhalten habe und durch ein allgemeines Concilium auf gesetzmäßige Weise festgestellt worden sei. Alle diese Eigenschaften geben dem baltischen Decret ab und müsse demnach die Lehre von der Unfehlbarkeit als eine der größten und größten Irrlehren bezeichnet werden. Allzu bescheiden und gleichsam unter die Zuhörer verflücht, versuchte nun unser Herrscher zu antworten. Da er von nur Wenigen verstanden werden konnte und das Volk auch den Mann sehen wollte, der sich die Kühnheit herausgenommen, jenes Dogma vor einem so erprobten und gewandten Streiter für die Wahrheit, wie Dr. Michels, zu vertheidigen, so ward der Redner vom Publikum auf die Rednerbühne gerufen. Unser Herrscher begann seine Rede, wie er sie sich mit Hilfe seiner geistlichen Kollegen zurechtgelegt hatte, ohne Rücksicht auf die so bestimmt an ihn gestellte Anforderung, mit der Erörterung, daß der Papst in seinen persönlichen Handlungen ebenso fehlerhaft sei, wie jeder andere Mensch, dagegen als oberster Richter über abweichende Meinungen und bei Lehrentscheidungen im Momente dieser Entscheidung unfehlbar sei. In diesem Augenblicke geschah es durch den heiligen Geist, durch den die Wahrheit sich offenbare, und es sei ganz gleich, ob dieser in einer Person, in und durch den Papst, oder in Hunderten von Bischöfen sich funde; überhaupt, sei es Wurst, ob man das unfehlbare Lehramt beim Papste allein oder bei der Gesamtkirche annehme. Dieses Gerede, womit der Versuch gemacht werden wollte, den streitigen Hauptpunkt zu umgehen, machte auf die Zuhörer einen für den Redner sehr ungünstigen Eindruck. Dr. Michels war es ein Leichtes, unter Anführung unzulänglicher historischer Thatsachen diese vagen Behauptungen zu entkräften, und bestand dieser energisch auf einlässlicher Antwort auf die Hauptfrage. Des Weiten und Breiten ausführend, der Papst sei kein unumschränkter und gewaltthätiger Herr und Gebieter, wie ihm vorgeworfen, mißbrauche auch seine Amtsgewalt nie u. a., wollte abermals der geistliche Herr sich aus seiner schlimmen Lage ziehen, doch dies gelang ihm nicht, denn seine sophistischen Auslassungen, wiewohl sie auf die Hauptsache gar nicht hinzielen, wurden Punkt für Punkt widerlegt. Lautlos mit der größten Aufmerksamkeit folgte das Volk den treffenden Beweisführungen Dr. Michels. Gleich Donnererschlägen fielen die Apoptrophen auf die Jesuiten und das ganze hierarchische Regiment, das das heiligste Mißbrauche, um seine unerfättliche Herrschbegierde zu befriedigen. Immer mehr und mehr in die Enge gedrängt, entnervt und hilflos stand der Angegriffene da, dem Mitleid des Publikums preisgegeben. Die Disputation dauerte wohl 2½ Stunden, aber der gute Herrscher war nicht im Stande, auch nur eine einzige Behauptung des Dr. Michels als unwarhaft darzustellen, oder auch nur anzugreifen. Wenn, so erklärte er schließlich, meine Ansichten irrig sind, so fällt die Schuld nicht auf mich, sondern auf die Verfasser von Büchern, die ich lese, und auf die Lehrer, von denen ich sie habe. Namentlich ist es auch Bischof Hefele, der solche Lehren verbreitet. Dr. Michels wies sofort nach, wie Bischof Hefele in einer während des Concils verfaßten Schrift die Verwerflichkeit der Unfehlbarkeitslehre bewiesen habe. So ließ denn zuletzt die Disputation auf die bekannten historischen Thatsachen bei den Concilien von Constantinopel und Chalcedon hinaus, aus denen die vollständigste Unterwerfung der Päpste unter das Concil hervorgeht. Der Herrscher läugnete diese Thatsachen und erhält hierauf von Dr. Michels die Antwort: „Entweder sind Ihnen diese Thatsachen aus Ihrem Gedächtnis entfallen, oder Sie sind ein Ignorant und so hat der Kampf ein Ende.“ Schließlich hielt Herrscher Oberimpfpler von Stählings eine vortreffliche Ansprache, in der er auforderte, der römischen Päpste mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und durch Abstimmungen in den Gemeinden der Wahrheit die Ehre zu geben. Besonders guten Eindruck brachte die Veröffentlichung einer Stelle aus einer brieflichen Ausrufung des Papstes Gregor I. hervor, wonach dieser selbst die Unfehlbarkeit des Papstes als Eigendünkel und Hochmuth erklärte.

Deisterich.

Wien, 29. October. [Ghyzys Finanz-Vorlagen.] Das Trugbild, als ob wir die chronischen Deficits losgeworden wären, schwindet mehr und mehr. Den 13 Millionen des Baron Depretis gefolgt, jetzt die 28 Millionen Deficit Ghyzys zu: rechnen Sie dazu die unvermeidlichen Nachtragscredite und die im cisleithanischen Präliminare nicht mit inbegriffenen notwendigen Auslagen für Eisenbahnen — und das Gesamtdesicit bleibt sicherlich nicht unter 50 Mill. Im nächsten Jahre die Mehrauslagen für Gussstahlkanonen, während die heutige „Börsenchronik“ uns zeigt, wie voreilig die Hoffnung war, es sei mit dem Krah schon vorbei! Schöne Aussichten! Aber Ghyzys Lage ist weniger beneidenswert, wohl noch weniger als diejenige des diesseitigen Finanzministers. Selbst die Blätter der Rechten ergreifen heute Partei gegen ihn; selbst die angesehensten Organe der Deutschen, wie „Klod“ und „Naplo“ sind von seinen Vorlagen nicht nur nicht erbaut — das wäre selbstverständlich — nein, sie erklären auch geradezu, Ghyzys ganzes Gropf habe gar keine wirtschaftliche, sondern lediglich eine rein fiskalische Bedeutung. Es ist das begreiflich genug und die Journale der Linken sind klug genug, den Vortritt in der Bekämpfung Ghyzys den Blättern seiner eigenen Partei zu überlassen; um so schärfer können sie selber nachher in's Zeug gehen, ohne sich dem Verdachte aussetzen, daß sie nur einen egoistischen Kampf für die eigene Wörfe führen. Man denke: schon im März 1873 hat dieser Reichstag dem Ministerium Sclavy, mit Ghyzys Unterstützung, der damals von der Opposition abfiel, für 5 Mill. fl. Steuerzuschläge bewilligen müssen. Jetzt kommt Ghyzys selber als Minister und verlangt die Vortritt weiterer Steuerzuschläge im Betrage jährlich 15 Millionen. Möglich, ja wir sagen wahrscheinlich, daß er seinen Willen durchsetzt: denn er stellt mit lakonischem Ernste den Reichstag vor die Alternative, die Steuer-Erhöhlungen zu gewähren, oder den Staatsbankrott zu erklären. Nun aber bedenken Sie, daß im nächsten Sommer spätestens die allgemeinen Neuwahlen erfolgen. Dann dürfte die letzte Stunde der Deapartei geschlagen haben: denn eine Majorität, die 20 Mill. jährlicher Steuerzuschläge dem Lande octroyirt hat, wird sicherlich nur in furchtbar decimirtem Zustande wieder aus der Wahlurne hervorgehen. Wird das Ministerium Witto-Ghyzys nicht bei der gegenwärtigen Budgetdebatte geworfen, was ich, ehrlich gesagt, trotz der kühn reservierten, ja, nahezu selbstfälligen Haltung der Rechten nicht glaube, dann zerfällt bei den Neuwahlen die Deapartei selber. Darüber ist für mich um so weniger Zweifel, als ja Ghyzys auch der nationalen Schwäche der Steuerunlust energisch zu Leibe gehen will. Er treibt die Steuer-Rückstände kräftig ein, denkt dem Schmuggel zu wehren, die Gemeindegemeinschaften fortan solidarisch für die Eintreibung der vorgeschriebenen Abgaben haftbar zu machen, endlich noch die Monopolpreise von Salz und Tabak zu erhöhen, lauter in Ungarn entsetzlich unpopuläre Maßregeln. Statt der erhofften Nationalbank aus dem letzten Anleihen aber giebt er seinen Landsleuten den trockenen Rath, die Bankfrage jetzt ganz ruhen zu lassen und nur an Verminderung der Insolvenzen zu arbeiten, die eintreten müsse, wenn auch diese letzte Anleihe gleich den früheren im Sande verinne. Nur an den Millionen für die „überflüssige und unnütze“ Honvedarmee (wie Heremeyi sie im Parlamente genannt) traut auch Ghyzys sich trotz des Bankrottes nicht zu rühren.

Wien, 28. October. [Abgeordnetenhause.] Wie bereits telegraphisch mitgeteilt wurde, hielt Finanzminister Ghyzys heute sein Finanz-Gropf. Das Deficit beträgt 27,490,978 fl. Bezüglich der

Beseitigung des Deficits bemerkt Ghyzys, die Ersparnisse könnten ohne Schädigung der Verwaltung nur bis zu einem gewissen Grade durchgeführt werden. Eine radicale Heilung könne nur durch zwei Mittel erreicht werden: die Staatseinnahmen müssen erhöht und es müsse dafür gesorgt werden, daß dieselben auch wirklich in die Staatskasse fließen. Dies werde durch die demnächst einzubringenden Vorlagen bewerkstelligt.

Redner schreitet sodann zur Analyse derselben und erwähnt zuerst den Gesetzentwurf über die Steuer-Manipulation. Von der Wirkung der gesamten Steuervorlagen erwartet Redner schon im ersten Jahre eine Einnahme von 12 Millionen, wodurch das Deficit auf 15½ Million reducirt würde. „Ich bin überzeugt“, sagte Redner, „daß, so lange wir die Ausgaben durch die Einnahmen nicht decken, auf dem bisher betretenen Wege verharren und Schulden auf Schulden häufen werden — d. h. so lange wir geborgt bekommen — wir schließlich dahin gelangen, wohin jede Familie geräth, welche Schulden auf Schulden contrahirt: zur Insolvenz-Erklärung, deren Folgen für einen Staat in unseren Verhältnissen unberechenbar sein würden. Gelingt die Erhöhung der Staatseinnahmen nicht, so wird auch das letzte Anleihen wie die früheren spurlos verschwinden.“ Von dem Deficit von 15½ Millionen, fährt Redner fort, seien 6 Millionen fruchtbringende Investitionen. Zur Bedeckung der fehlenden 9½ Millionen werde hauptsächlich der Verkauf der Seconden-Prioritäten der Dsbahn, die Einnahme aus den Rückzahlungen und der Vorschüssen auf vermehrte Fahrbedienmittel der garantirten Bahnen hinreichen.

„Alles das mag vielleicht eine groß angelegte Steuer-Reform, es mögen die angebotenen ganz gewöhnliche Maßregeln oder gar Fiskalwerk sein, aber ein vollkommenes Steuersystem existirt eben nirgends, und ein systematisches Reformwerk in so kurzer Zeit zu schaffen ist eben unmöglich. Wir müssen vor Allem die Bedingungen der Fortexistenz schaffen und brauchen keine gelehrten Abhandlungen, sondern Bargeld. Diese Arbeit erfordert einen ganzen Mann; daher war es auch nicht möglich, eine andere wichtige Angelegenheit, die Bankfrage, ihrer Lösung zuzuführen.“

Die Steuern sind hart, aber unerlässlich; der Einwand, daß dadurch die Kapitalbildung verhindert und das Kapital angegriffen werde, ist unhaltbar, weil nur eine gerechte Vertheilung vorgenommen und ein jahrelang geübter Mißbrauch beseitigt wird. Das Haus steht vor der weittragenden Entscheidung. Möge dieselbe zur Erhaltung und zum Fortbestande des Landes und der Nation führen.“

Schweiz.

Aus der Schweiz, 26. Oct. [Majestätsvereine.] — Strategische Eisenbahnen in Frankreich. Ein so vortreffliches Kommet-Weinjahr wie das heutige, schreibt man dem „Jes. Journ.“, muß jedenfalls der Propaganda für die Majestätsvereine und den Thee-Totalsismus nicht besonders günstig erscheinen; dennoch haben dieselben ihren Einzug in die Schweiz gehalten, und die erste Thee-Totals-Verammlung fand vorige Woche in dem Schulhause zu Rebillier (Canton Bern) statt. Der Saal war voll aufmerkamer Zuhörer. Hr. Thomas Richardson, Mitglied des Ordens der „Good Templars“, der vor einigen Wochen schon in Basel seine Werbungen versuchte, hielt eine Ansprache über die Schädlichkeit der geistlichen Getränke aller Art. Es unterzeichneten der Herrscher und seine Frau für eine Probe (1) von 6 Monaten, weil andere folgten dem Beispiel, und weitere Proben werden erwartet, — wenn der ausgezeichnete „Neue“ seinen Strich durch die Rechnung macht. — Frankreich ist eifrig für seine strategischen Eisenbahnen im Osten bedacht. Im Doubs-Departement ist soeben die große strategische Linie Besancon-Morteau in Angriff genommen worden; dieselbe soll in fünf Jahren vollendet sein. In Nieder-Burgund werden neue Linien abgetheilt; überhaupt herrscht an den französischen Grenz-Bahnen große Thätigkeit.

Bern, 26. October. [Zur Militär-Organisation.] Der Nationalrath nahm seine Beratung der neuen Militär-Organisation heute bei dem Abschnitt, betreffend die Ausbildung des Generalstabes (Art. 97—100) wieder auf, welcher nach längerer Debatte gemäß dem Antrage der Commission in der Fassung des Bundesrathes Annahme fand. Demnach wird der Generalstab für seinen Dienst ausgebildet werden durch a) die Generalstabschule, b) die Abtheilungsarbeiten und c) die Theilnahme an den Truppenübungen. Die Generalstabschule zerfällt in zwei Curse: den ersten von zehn Wochen, eine Generalstabsreise von zwei Wochen einbegreifend, für Lieutenants und Hauptleute, welche in den Generalstab eintreten wollen; den zweiten von sechs Wochen, eine Generalstabsreise von zwei Wochen einbegreifend, für Hauptleute und Majore des Generalstabes, welche den ersten Eursus mit Erfolg durchgemacht haben. Zu diesen Schulen können auch Officiere anderer Waffen einberufen werden. Zu den Abtheilungsarbeiten, in denen die Generalstabschule im Frieden obliegenden Aufgaben erlernt werden sollen, werden jenen mindestens sechs Officiere auf zwei bis drei Monate einberufen. Die Divisionen und Brigaden zugehörten Generalstabs-Officiere nehmen an den Zusammenkünften dieser Truppentkörper Theil. Das Militär-Departement wird zu diesen Übungen auch solche Generalstabs-Officiere commandiren, die dem Armeestabe zugetheilt sind. Ferner werden die jüngeren Generalstabs-Officiere zu Wiederholungscursen und Recrutenkursen derjenigen Waffen einberufen, aus denen sie nicht hervorgegangen sind. Dies erledigt, ging der Nationalrath zum Abschnitt, betreffend die Ausbildung der Infanterie über, von welchem bis jetzt drei Artikel (101—103) nach den Anträgen der Commission zum Abschluß gelangten. Den gefassten Beschlüssen zufolge wird der Unterricht der Infanterie und der Schützen in acht Curse eintreten, in der Weise, daß die gesamte Infanterie zu einer der acht Armees-Divisionen dem gleichen Curse zugetheilt wird. In jedem Curse findet jährlich die nöthige Zahl von Recrutenkursen statt, für welche die Dauer auf 45 Tage (der Bundesrath hatte 52 beantragt) festgesetzt wird. Acht Tage vor dem Beginne der Recrutenchule und für die ganze Dauer derselben wird ein entsprechendes Cadre einberufen, welches in erster Linie durch die neu ernannten Officiere und die zur Beförderung vorgeschlagenen Soldaten gebildet wird. Endlich beschloß der Nationalrath in seiner heutigen Sitzung noch seine Vertagung bis zum 16. November, sobald er die erste Beratung des neuen Militär-Organisations-Gesetzes beendigt haben wird, wozu noch zwei Tage nöthig sein werden.

[Der Ständerath] hat heute den Gesetzentwurf, betreffend Civilstand und Ehe in Angriff genommen.

Frankreich.

Paris, 28. Octbr. [Zum Programm des linken Centrums.] — Vorbereitungen für die nächste Sitzung der Permanenz-Commission. — Zu den Vorfällen in Nizza. — Die Kämpfe im Dis-Departement. — Eine Erklärung Dllivier's. — Die Denkschrift des General Petona. Die Blätter commentiren eifrig einen Artikel des Journals „l'Aube“. Die „Aube“ ist, wie man weiß, das Organ Casimir Perier's, und in ihr pflegt man bei wichtigen Veranlassungen Aufschluß über die Absichten des linken Centrums zu suchen. Diesmal constatirt das Blatt, daß sich die Gesinnung des linken Centrums seit dem Schluß der letzten Session nicht im Geringsten geändert habe. Die Partei beharrt darauf, nicht die Organisation der Gewalt eines Mannes zu verlangen, sondern die Organisation einer bestimmten, regelmäßigen Regierung, welche mit allen nöthigen Organen ausgestattet ist, um leben und fortbauern zu können. Diese Regierung kann aber heute nur die Republik sein, und das einzige Zugeständniß, welches sich den Hoffnungen oder den eigensinnigen Selbsttäuschungen der monarchischen Parteien machen ließe, bestünde darin, daß in die neue Verfassung eine Revisionsclausel aufgenommen würde. Darin besteht, wie die „Aube“ bemerkt, das Minimum der Bedingungen, an welche die Partei Casimir Perier's ihre Beihilfe zur Anfertigung der constitutionellen Gesetze knüpft. Diese Bedingungen sind bekanntlich schon einmal von den Monarchisten des rechten Centrums zurückgewiesen worden, und

es ist wahrscheinlich, daß ihnen nach den Ferien dasselbe Schicksal zu Theil werden wird, obgleich man gestern das Gerücht im Umlauf gesetzt hat, ein Theil des rechten Centrums werde zur C. Perier'schen Fraktion übergehen. Man wird alsdann die Auflösungsfrage wieder auf's Tapet kommen sehen, obwohl ihr ein Theil der gemäßigten Republikaner lieber aus dem Wege ginge. Der Uebelstand der gegenwärtigen Situation wird treffend in folgendem Satze, womit die „Aube“ ihren Artikel schließt, geschildert: „Drei Reisende geben einen Abgrund entlang und jeder von ihnen hat die bestimmte und wohl-bekannte Absicht, seine Gefährten bei der ersten günstigen Gelegenheit in die Schlucht hinabzuwerfen; und man bildet sich ein, daß man diese angenehme Promenade sieben Jahre lang dauern lassen wird, daß die Nation, um deren Existenz es sich bei diesem unsinnigen Unternehmen handelt, solche Zustände sieben Jahre lang ertragen wird. Dahin ist man gekommen, und darin sehen die Männer, welche doch durch so viele harte Erfahrungen gereift sein müßten, das nec plus ultra der Weisheit und Vorsicht.“ — Der Minister des Innern, General de Chabaud-Latour, trifft heute wieder hier ein, um morgen der Sitzung der Permanenz-Commission beizuwohnen zu können. Die verschiedenen Gruppen der Linken halten, wie gewöhnlich am Vorabend einer Sitzung dieser Commission, Beratungen ab, um die an den Minister zu richtenden Interpellationen festzustellen. Nicht nur der neue Deputirte Chiris hat sich aus den Seealpen eingefunden, um diesen Beratungen beizuwohnen, sondern auch dessen College Medecin und Lefevre, ein anderer Vertreter dieses Departements, halten sich hier auf. Die Vorfälle in Nizza werden als in erster Reihe zur Besprechung kommen. Lefevre hat eine Audienz beim Minister des Innern verlangt, um denselben von der Handlungsweise des Präfecten de Bille-neuve-Bargemont und des Bürgermeisters Reynaud zu unterhalten. Man glaubt vielfach, daß die Regierung der für morgen erwarteten Interpellation zuvorkommen und daß der heutige Minister-rath schon über das Schicksal der beiden genannten Beamten entscheiden werde. — Die Zwistigkeiten der Republikaner im Dis-Departement werden von den monarchistischen und bonapartistischen Blättern nach Kräften ausbeutet. Der „Gaulois“ erzählt heute, daß Levasseur seinen Nebenbuhler André Rousseau zum Duell herausgefordert habe. In demselben Blatte läßt Em. Dllivier einmal wieder von sich hören. Er protestirt in einem Briefe an den Redacteur L. Dupont dagegen, daß man ihn als einen Anhänger des Prinzen Jerome Napoleon darstelle. Er sei dessen Politik fremd und billige sie nicht, wie er das bei seinem Aufenthalt in Paris aller Welt und namentlich Herrn Rouher auseinandergelegt. — Wie man weiß, hat in Madrid seit einigen Tagen eine kleine Broschüre des Generals Petona großen Lärm veranlaßt. Kaum gedruckt, ist sie auf Befehl der Regierung bei dem Drucker in Beschlag genommen worden. Gleichwohl hat der Correspondent der „Debat“ sich von ihrem Inhalt Kenntniß verschafft und glaubt darüber Folgendes mittheilen zu können. Der General Petona ist bekanntlich von Serrano, als dieser den Befehl der Nordarmee übernahm, zum Generalleutnant und Generalstabschef dieser Armee ernannt worden. Kürzlich wurde er dieser Stellung entbunden und zum General-Capitän von Aragon ernannt, welche Würde er ausübt. Petona hat sich durch seine Abberufung verletzt gefühlt; daher seine Denkschrift. Er kündigt darin dem Marschall Serrano an, daß man in dem gegenwärtigen Zustand der Dinge niemals über die Carlisten triumphiren werde, weil die Armee keine Fahne der Fahne des Prätexten gegenüberstellen hat, und weil eine so unbestimmte Regierung wie die jetzige für Niemanden Sicherheit darbietet, weder denjenigen, die für sie kämpfen, noch denjenigen, welche sich ihr anschließen möchten und welche nach dem Ende des Krieges seufzen. Die Denkschrift Petona's ist eine alfonisistische Kundgebung, wie man schon inne geworden. Es finden sich darin Anspielungen auf die vermutheten Bestrebungen des Marschalls Serrano, und es ist sogar von der „künftigen Königin Spaniens“ die Rede. Motiones wird dargestellt als ein unfähiger General, dessen Bedeutung überschätzt worden und der in nichts die Hoffnungen, die man in ihn setzt, erfüllen könne. Topete wird nicht mehr geschont.

* Paris, 28. October. [Zur Verfassungsfrage.] Die Verlängerung oder, wenn man will, die Verfeinerung der National-Ver-sammlung bis 1880 ist ein Gedanke, der im Elysée geiznet hat; das steht fest. Wie weit der Gesetzentwurf, den heute der „Figaro“ bringt, diesen Plänen entspricht muß die Folge lehren; immerhin verdient dieser Entwurf als Symptom der jetzigen Stimmung bemerkt zu werden. Derselbe lautet:

Art. 1. Bis zum 20. November 1880 besteht die Regierung Frankreichs aus zwei Kammern und einem Chef der ausübenden Gewalt, der fortfährt, den Titel Präsident der Republik zu führen. Art. 2. Die Nationalversammlung wird bis zum 20. November 1880 in Geltung bleiben. Art. 3. Der Senat besteht aus 200 aus der Nationalversammlung genommenen Mitgliedern; dieselbe verliert die gleiche Anzahl; je ein Mitglied für die Departements von Frankreich und Algerien, welche ein bis drei Deputirte, zwei Mitglieder für diejenigen, die ihrer vier bis sechs, drei Mitglieder für diejenigen, die ihrer sechs bis zehn haben, vier Mitglieder für die übrigen Departements und ein Mitglied für die Colonien. Die Deputation jedes Departements erwählt den oder diejenigen unter ihren Mitgliedern, welche sie im Senat vertreten soll. Art. 4. Die jährliche Dauer der Session darf keine vier Monate übersteigen. Art. 5. Um die Wahlen zu ersetzen, die in den beiden Kammern entstehen könnten, wird nur einmal im Jahre zu Wahlen geschritten. Für den Senat finden sie den 1. Mai jeden Jahres für alle zu dieser Zeit vacanten Sitze statt. Für die Kammer der Volksvertreter wird die Wahl am ersten Sonntag im August stattfinden. An diesem Tage wird für die Ergänzung aller bis zum 1. Juni des Jahres, in welchem die Wahlen stattfinden, gestorbenen oder demissionirten Mitglieder gefordert. Art. 6. Der Sitz der Regierung ist in Versailles, und die beiden Kammern berathen sich in dieser Stadt. Art. 7. Im Einverständnis mit dem Senate kann der Präsident der Republik die Kammer der Volksvertreter auflösen. Art. 8. Bei Abwesenheit der ausübenden Gewalt sorgen die beiden vereinigten Kammern unter dem Vorstehe vom Präsidenten des Senats für deren Befehle.

[Gegen die umlaufenden beunruhigenden Gerüchte.]

Der officiöse „Soir“ veröffentlicht folgende Note: „Man sucht aus Neue beunruhigende Gerüchte über unsere Beziehungen mit gewissen fremden Mächten in Umlauf zu setzen. So verbreitet man wieder an der heutigen Börse eine Note der deutschen Kanzlei von 1872, die man für als in den letzten Tagen abgelassen ausgab. Wir sind ermüdet, zu behaupten, daß dieses reine Erfindungen sind, deren mehr oder weniger eingestandenem Zweck man leicht errathen kann. Wir glauben zu wissen, daß die Regierung entschlossen ist, dieser periodischen Fabrication falscher Nachrichten ein Ende zu machen und sich zukünftigen Untritten zu widersetzen, welche auf die Interessen störend einwirken müßten.“

[Zur den Herzog von Murat.] dürfte, wie man der „N. Pr. Ztg.“ schreibt, sehr wenig erfreulich der bevorstehende Familienprozeß sein, in welchem seine Gemahlin, eine geborene Prinzessin Murat, verwickelt ist. Durch Spiel und Wette gänzlich ruiniert, pocht der Vater Lucien Murat, Sohn des ehemaligen Königs von Neapel, auf die Thüre seiner reifen Kinder und obgleich er sehr geringe Ansprüche macht — er verlangt bloß eine Pension von 25,000 Frs. von seinen fünf Kindern — so muß er sich doch an die Gerechtigkeit wenden. Seine Tochter Anna, die Herzogin von Mouchy, hat von Napoleon III. einen Bräutigam von zwei Millionen Francs erhalten und das Einkommen ihres Gemahls wird auf 600,000 Francs berechnet. Der Reichthum seines Sohnes Achilles, des Gemahls der Prinzessin von Mingrelien, ist ein nicht minder bedeutender. Und so begüterte Kinder nahmen sehr

nen Zustand, es im vorigen Jahre zum öffentlichen Verkauf des Mobiliar-
besitzes ihres Vaters im Hotel de Bente kommen zu lassen.
[Curiosum.] Eine Gerichtszeitung berichtet über den vor dem Pariser
Kriegsgericht abgeurtheilten Project eines Communisten Namens Bindon, der
zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt wurde. Während der Verhand-
lung erklärte der Angeklagte, daß er einen Apparat erfunden habe, mit dem
man Elbst-Lothringen wieder erlangen könne. Das Auditorium brach in ein
heißes Gelächter aus; der Vorsitzende hingegen fragte mit äußerster Wichtigkeit
Wiene, ob Bindon seine Erfindung nicht schon dem Kriegsminister mitge-
theilt habe oder mittheilen werde.
Großbritannien.
* London, 26. October. [Die Actenstücke bezüglich der
Brüsseler Konferenz] werden hier nur mit sehr mäßigem Inter-
esse erörtert. Wie aus den Protokollen hervorgeht, gingen die Mei-
nungen gerade über die wichtigsten Punkte weit auseinander, so weit,
daß kaum eine Einigung zu erwarten wäre und unter solchen Um-
ständen lehnt der praktische Instinct des englischen Publicums in der
englischen Presse eine ernsthafte Besprechung über den Gegenstand ab.
Dazu kommt, daß die öffentliche Meinung in England, der unter dem
breiten Wassergraben gewöhnlich der Gedanke eines Kriegs im allge-
men Lande mit seinen Schrecken eben so fremd ist als die Ein-
richtung der allgemeinen Wehrpflicht, sich gegen den Gedanken einer
Ausschließung des allgemeinen Volkswaffentandes eben so sehr sträubt,
als gegen die Annahme, daß die Befestigung gewisser Theile eines Be-
zirks denselben unter gewissen Umständen ganz unter die Herrschaft
des Feindes stelle. Was die Einschränkung des Kriegs auf regel-
mäßig organisierte Truppen anbelangt, so bemerkt die „Times“, wolle
man zu diesem Vorschlage seine Zustimmung ertheilen, so bringe man
sich dadurch in die Nothwendigkeit, die deutsche Heeresorganisation über
ganz Europa auszuheben.
[Nena Sahib.] Trotz dem bestimmten Tode, mit welchem die Nach-
richten von der Verhaftung des wirklichen Nena Sahib aufrufen, werden
jetzt nachträglich Zweifel laut, ob der Gefangene in der That der Mörder von
Campore ist. Was zu der Verhaftung führte, war ein Brief Nena Sahib's
— so wollen wir den Mann noch vorläufig nennen, da die Wahrscheinlich-
keit doch für die Identität spricht — an den Maharadscha Scindia, in wel-
chem er sagte: „Seit den Ereignissen von 1857 bin ich ein elender Wande-
rer. Meine Kraft ist erschöpft. Ich komme zu euch als Schutzsuchender. Ihr
könnt mich tödten oder retten.“ Der Nena, sagt die „Times of India“,
und sein Bruder Bala waren als religiöse Bettler verkleidet. Sie wurden in
den Palast gebracht und vor den Residenten geführt. Der eine gefand zu
der Nena zu sein, läugnete aber jede Mitschuld an den Mordthaten und erklärte,
er habe sich drei Monate hindurch nach der Ankunft des Generals Gavelot
in der Nähe von Campore versteckt gehalten, sei von dort nach Bhatnagar
gegangen und habe sich sieben Jahre in den Schilfmooren umher getrieben.
Er sei nie in Nepal gewesen, habe aber ein Jahr lang verkleidet in der Um-
gebung von General Jentins Haus in Gomhatti und in Ajmair gelebt. Von
dort sei er nach Bareilly gegangen, wo er sich ein Jahr lang aufgehalten
habe, und sei nun am vorigen Dienstag nach Swatow gekommen. Den
Maharadscha hat der Gefangene um Schonung seines Lebens, und Ersterer
unterstützte diese Bitte bei dem politischen Agenten, lieferte aber den Mann
zuletzt doch ohne weitere Bedingungen aus. Nena wurde in Ketten nach
Morar gebracht. Dort tauchten die erwähnten Zweifel auf. Auf den Um-
stand, daß er selbst das frühere Eingeständniß jetzt zurückzieht, mag wenig
Gewicht zu legen sein; erheblicher sind die Meinungsverschiedenheiten der
Bezirke, von welchen einige die Identität des Mannes in Abrede stellen und
behaupten, der Gefangene könne nicht 40 Jahre alt sein, während andere die
Zeichen eines höheren Alters entdecken. Indessen versichert der Maharadscha
Scindia, beschwören zu können, daß der Verhaftete Nena Sahib sei. Der
Bruder Bala Rao wird gleichfalls einem strengen Urtheil entgegen sehen.
Er befehligte die Aufständischen in Ajmair, wo ihm zwar eine Kugel in die
Schulter traf, er sich aber nicht abhalten ließ, der Ermordung Thornhill's
und der vier anderen Männer beizumohnen, welche einige Stunden vor der
Niederwerfung der Weiber und Kinder erschossen wurden. Auch war er
einer der Anführer, die mit der Ausföhrung des vorhergegangenen Gemeths
auf den Rähnen beauftragt gewesen. Eine Reihe von Zeugen ist nach Morar
geladen worden und die nächsten Tage werden wohl die volle Gewißheit
bringen, ob der Gefangene der berüchtigte Nena, oder ob man wieder ein-
mal von einem Betrüger genarrt worden ist.
[Mr. Childers.] Der Ränker des Herzogthums Lancaster im Gladstone-
schen Ministerium, wird die Palamentssession zu einer Rundreise durch die
Vereinigten Staaten und Canada benutzen, vor der Eröffnung der nächsten
Session aber wieder heimkehren.
[Gladstone] beabsichtigt, die Ergebnisse seiner Homerischen Studien, die
er neuerdings in freigelegten Aufzügen in der „Contemporary Review“ nieder-
gelegt, gesammelt herauszugeben. Es soll die Sammlung den Titel tragen:
Homer und Egypten. Ein Beitrag zur Festsetzung der Stellung Homers
in der Chronologie.
* London, 27. October. [Nena Sahib.] Wenn die auch durch neuere
Telegramme nicht verdrängten Zweifel sich bestätigen, so wäre wieder einmal
ein falscher Nena Sahib den Engländern ausgeliefert worden. Ein eigen-
thümlicher Zug der Hin- und Her, ihre falsche Todesurtheilung, macht die Feststellung
noch schwieriger, als sie es ohnedies sein würde. Es liegen aus andern
Untersuchungen Fälle vor, in welchen Indier nicht nur mit dem größten
Gleichmuth und Standhaftigkeit sich der Todesstrafe ausgesetzt und dieselbe
geluldet haben, sondern dieselbe sogar unter Umständen, die ihren Beweggrund
für Europäer ganz unbegreiflich erscheinen lassen. Es lebt indessen ein Junge,
dessen Urtheil maßgebend sein muß. Wie im Falle Livingstone's, wo freilich
die Feststellung nicht so notwendig war, ist es ein Arzt, der den Nena vor
langer Zeit behandelt hat. Bei Livingstone war das Beweismittel der Arm,
hier ist es der Fuß, welcher als Folge eines eigenthümlichen Bruches eine
veränderte Knochenbildung aufweist, die als ein untrügliches ständliches
Merkmal angesehen werden darf. Der Arzt ist auf dem Wege nach Morar
und sein Gutachten wird möglicher Weise Gewißheit bringen.
[In Birmingham] wurde gestern eine Anti-Vaccinations-Con-
ferenz abgehalten, um die Zweckmäßigkeit der Bildung einer Central-Anti-
Vaccination-Vereinigung zu prüfen. Im Laufe der Verhandlungen ge-
langte ein Brief von Herrn John Bright zur Verlesung, in welchem der-
selbe seine Zweifel gegen die Weisheit des Impfwanges äußerte und die
Meinung ausdrückte, daß das Gesetz, welches einen Vater, der sein Kind nicht
impfen lassen will, mit irgend einer Strafe belegt, monströs sei und aufge-
hoben werden sollte. Die Konferenz beschloß, einen vereinigten Ausschuß
der verschiedenen Anti-Vaccinations-Vereine zu bilden, der u. A. einen Auf-
ruf an die Nation zu Gunsten der verfolgten Eltern erlassen soll.
London, 27. October. [Zur Armin'schen Affaire.] Damit
der Wirrwarr der Anschauungen über den Armin'schen Proceß im
Auslande wo möglich noch verwirrt werde, schickte, so schreibt man
der „K. Z.“, vor Kurzem der „New-York Herald“ einen besonderen
Correspondenten nach Berlin. Es ist dies ein höchst talentvoller und
unternehmender Journalist, der bald nach seiner Ankunft an den Ge-
ständen der Spree eine persönliche Unterredung mit dem gefangenen
Grafen anstrebte. Dieses Streben, so anerkennenswerth es auch von
seinem Standpunkte als Berichterstatter war, und so sehr es Zeugniß
abgab von der geistigen Freiheit der amerikanischen Correspondenten,
scheiterte leider an der Abneigung der bezüglichen Behörden, dem
fremden Herrn eine Gunst zu gewähren, die selbst den Angehörigen
des Gefangenen verweigert worden war. Die beabsichtigte Interview
wurde zu Wasser; ja, selbst gegen das unschuldige Vergnügen, die
Fenster des gräflichen Gefängnisses von außen zu studiren, um sich
danach dessen Inneres zu construiren, wurde durch die wachhabenden
Gendarmen erfolgreicher Protest eingelegt. Nachdem folgergestalt der
Hauptzweck der Sendung unerreich blieb, mußte besagter Bericht-
erstatter mit Enthüllungen aus zweiter Hand vorlieb nehmen. Es
wurden ihm von Freunden Armin's geliefert, und er beförderte sie
getreulich weiter an Herrn Gordon Bennett, den bekannten unter-
nehmenden Eigenthümer des „New-York Herald“, der sie seinerseits
in collegialer Höflichkeit den hiesigen Zeitungen zu Gebote stellte. Beim
besten Willen ist in ihnen nichts zu finden, was von den Freunden
des Grafen nicht schon früher zu dessen Vertheidigung angeführt worden
wäre. Nämlich dasselbe gilt von zwei langen Briefen des Berliner Bericht-
erstatters der „Daily News“, der, im Gegenjatz zum vorigen „Times“-
Correspondenten, überaus lebhaft für den Grafen Armin Partei nimmt.

Neu aus seinem Briefe ist allenfalls nur die Versicherung, daß in den
letzten Tagen die Stimmung der Arminianer sich außerordentlich ge-
hoben habe, und daß schon nach wenigen Tagen die Unschuld des
Grafen bewiesen und seine Freilassung zur Thatfache geworden sein
werde. Wie wenig dies mit anderweitigen Angaben stimmt, bedarf
nicht erst nachgewiesen zu werden.
[Ermarshall Bazaine] ist endlich auch an dem Ziele aller
politischen Flüchtlinge, in London, angekommen und machte gestern in
Begleitung eines gewissen Mr. Phillips, der ihm verwandtschaftlich
nahe steht, einen Ausflug nach Richmond.
Proceß Kullmann.
(Von unserem Special-Berichterstatter.)
Der Schwurgerichtshof, bestehend aus Appellrath Haus von Bamberg
als Präsident, Möller und Basser, Räthe, Krauer und Hirschgahner, Asses-
soren am Bezirksgericht Würzburg, tritt Schlag 9 Uhr in den Sitzungssaal,
Staatsanwalt Nidel, Vertheidiger kgl. Rechtsanwalt Ferk. Gerhard hier.
Der Angeklagte wird ungekesselt, aber von zwei Gendarmen bewacht,
vorgeführt.
Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Den Gegenstand der heutigen
Verhandlung bildet die Anklage gegen Eduard Franz Ludwig Kullmann,
led. Wöhrer, gegenwärtig in der Stadt-Verwaltung, wegen Mordversuchs. Es
ist vor Allem die Anwesenheit der Herren Geschworenen festzustellen. Herr
Secretair, wollen Sie das Verzeichniß verlesen; ich ersuche die Herren Ge-
schworenen, Ihre Anwesenheit bei Ihrem Namensaufrufe kundzugeben.
(Geleht; sämmtliche noch auf der Liste stehenden 24 Geschworenen
sind anwesend.)
Präsident: Ich schreite nunmehr zur Bildung des Schwurgerichtes, habe ich folgen-
des Erkenntniß des Schwurgerichtshofes zu verlesen.
(Dasselbe lautet auf Verweisung eines Ergänzungsgeschworenen bis zur
Berathung und Ertheilung des Urtheils.)
Präsident: Ich schreite nunmehr zur Bildung des Schwurgerichtes, werde zu
diesem Behufe die Namen der anwesenden 24 Herren Geschworenen in die
Urne legen, woraus dann 12 gezogen werden, welche das Schwurgericht bil-
den. Wegen Verweisung eines Ergänzungsgeschworenen können nur 11 Herren
abgelehnt werden und es steht wegen dieser ungleichen Zahl dem Angeklag-
ten das Recht der Ablehnung von 6, dem Herrn Staatsanwalt die Ableh-
nung von 5 Namen zu.
Angeklagter: Haben Sie das Recht, diese Ablehnungsbefugniß auszuüben,
vielleicht Ihrem Herrn Vertheidiger übertragen?
Kullmann: Ja, will ich Ihnen abgeben lassen.
(Es wurden nun die 24 Namen der Geschworenen in die Urne gelegt
und nach Durchsicht der Ziehung vorgenommen, wobei folgende Namen
unabgelehnt hervorgingen: 1) Sattler, Carl, Privatier und Magistratsrath
von Schweinfurt, 2) Job. Fadelmann, Bürgermeister von Krauthausen, 3)
Peter Heeg, Landwirth und Wöhrer von Schweinfurt, 4) Franz Anton Fischer,
Kaufmann und Fabrikant von Schweinfurt, 5) Salomon Birg, Gerbermeister
von Würzburg, 6) Franz Niedmann, Landwirth und Bürgermeister von
Stadelhofen, 7) Nicolaus Holzappel, Landwirth von Zeugleben, 8) Job. An-
dreas Bauer, Landwirth von Lettingen, 9) Carl Ludw. Roja, Kaufmann in
Schweinfurt, 10) Jacob Engelhardt, Kaufmann in Haffensburg, 11) Conrad
Dahlem, Bierbrauer von Haffensburg, 12) Job. Gg. Schleier, Landwirth
und borm. Gemeindevorsteher von Oberpöhlenried — Crp. Geism., 13) Egid
Kiliani, Schneidermeister in Würzburg.)
(Abgelehnt wurden von Seiten des kgl. Staatsanwalts: a. Ludw.
Bauch, Restaurateur von Würzburg, b. Mich. Heunemann, Privatier von
Würzburg, c. Job. Esen, Seilermeister und Magistratsrath von Haffert,
d. Michael Gidel, Landwirth und Bürgermeister von Allersheim, e. Hermann
Müller, kgl. Staatsanwalt von Schweinfurt.)
Präsident: Es sind nunmehr 12, bezw. 13 der Herren Geschworenen gezogen
und ist das Schwurgericht gebildet. Die übrigen Herren Geschworenen, welche
nicht gezogen sind, können bis Sonnabend Vormittag 9 Uhr frei über ihre
Zeit verfügen.
Angeklagter: Wie ist Ihr ganzer Name? — Eduard Franz Ludwig Kull-
mann. — Welcher Religion? — Katholisch. — Wie alt sind Sie? — 21
Jahre. — Wo sind Sie geboren? — In Neustadt-Magdeburg, eine Vorstadt
von Magdeburg. — Was ist Ihr Gewerbe? — Wöhrer. — Bestehen
Sie Vermögen? — Nein. — Sind Sie schon früher bestraft worden? — Ja.
— Weshalb? — Wegen Körperverletzung. — Welche Strafe haben Sie
erlitten? — 3 Monat Gefängniß.
Ich ermahne Sie, auf die vorzutragende Anklage und den Gang der
Verhandlung aufmerksam zu sein. — Den Herrn Vertheidiger habe ich nach
dem Gesetze an die ihm wohlbekannten Pflichten zu erinnern.
Ich schreite nunmehr zur Vereidigung der Herren Geschworenen und er-
suche die Herren, die Eidesformel stehend anzuhören und nach Vorlesung der-
selben auf Namensaufruf mit emporgewobener Rechte die Worte nachzusprechen:
Ich schwöre! (Geleht in der angegebenen Weise.)
Ich ersuche nunmehr den Herrn Secretair, das Verweisungs-Erkenntniß
des kgl. Appellationsgerichts in Bamberg vom 14. September 1874 und die
Anklageschrift zu verlesen. — (Geleht von 9 Uhr 14 Min. bis 9 Uhr
32 Min. Die Anklageschrift haben wir bereits mitgetheilt.)
Präsident: Ich ersuche den Herrn Staatsanwalt die Beweismittel zu be-
nennen.
Staatsanw.: Meine Herren Geschworenen! Wie Sie soeben vernommen
haben, hat der Angeklagte bis jetzt die ihm zur Last gelegte That unumwun-
den und rückhaltlos mit allen ihren Einzelheiten einbekannt. Gleichwohl ge-
staltete dies Geständniß des Angeklagten durchaus keine Abklärung der Ver-
weisselung in heutiger öffentlicher Verhandlung. Bei der Besonderheit und
Wichtigkeit des Falles erschien es vielmehr unabwieslich geboten, alle auf die
That, deren Vorbereitung und Ausführung bezüglichen Momente hier vor
Ihnen auf das Sorgfältigste zu erheben, um Ihnen ein möglichst getreues
Bild des Vorganges zu bieten und Sie auf diese Weise in den Stand zu
setzen, mit voller Ueberzeugung und Verhütung jeder Urtheilsfälschung und einen,
durch keine einseitige Parteilichkeit beirrten Wahrpruch abgeben zu können.
Ich mußte zu diesem Behufe in die öffentliche Verhandlung nicht weniger als
30 Zeugen und Sachverständige vorrufen lassen, — um deren eidliche Ver-
nehmung, soweit sie heute erzielbar sind, ich bitte.
Die Herren Geschworenen müssen aber auch über die in Frage kommen-
den Verhältnisse verständigt werden und zu diesem Behufe bitte ich, den
Herren im Laufe der Verhandlung den vom kgl. Baumeister gefertigten Situa-
tionsplan vorzulegen, ebenso die photographischen Abbildungen des Hauses
und der Nachbarhäuser, in dem der Herr Fürst-Reichskanzler in Kissingen ge-
wohnt hat.
Sie haben ferner, meine Herren Geschworenen, gehört, daß der Ange-
klagte eine weite Reise machte, um nach Kissingen zu gelangen. Es wird
Ihnen die Karte vorgelegt werden, auf der Sie zu Ihrer Information diese
Reise verfolgen können.
Schließlich bitte ich dann noch bekannt zu geben, was über die persön-
lichen Verhältnisse des Angeklagten und dessen Vergangenheit erhoben wor-
den ist, was auch bereits in der Anklageschrift erwähnt wurde. Ich muß
mir natürlich vorbehalten, wenn der Gang der Verhandlung es erheischen
sollte, auch noch die Verlesung einschlägiger Actenstücke hier zu beantragen;
ich kann in dieser Beziehung schon jetzt die Erklärung abgeben, daß ich selbst-
verständlich keine Actenstücke zur Verlesung bringen lassen werde, welche nach
dem Gesetze nicht bekannt gegeben werden dürfen. Noch sehe ich mich leider
veranlaßt, hier eine öffentliche Erklärung abzugeben. Die Anklageschrift, die
Sie eben vernommen haben, ist bereits gestern und schon vorgestern in
einigen öffentlichen Blättern abgedruckt und so zur Kenntniß des Publicums
gebracht worden. Nach den von mir darauf hier sofort gepflogenen Er-
hebungen hat sich herausgestellt, daß diese Veröffentlichung durch eine Pflicht-
widrigkeit eines Censur-Individuums ermöglicht wurde, welches sich auf
illoyale Weise eine Abschrift der Anklageschrift zu verschaffen wußte. Die
Maßnahmen, welche diese Pflichtverletzung veranlaßt hat, sind auf meinen
Antrag hin bereits eingeleitet worden.
(Als Zwischenfall sei noch erwähnt, daß während der Aufrufung der
Zeugen jemand dem Angeklagten ein Papier oder einen Brief überreichen
wollte, woraufhin der Präsident mit Energie diesen Versuch zurückwies und
jede Correspondenz mit dem Angeklagten untersagte. Letzterer beobachtete
während der Verlesung des Anklageschusses und des Vortrages des Staatsan-
walts dieselbe Haltung. Entschlossen ließ er seine Blicke bisweilen hin und
her schweifen und verzog selten eine Miene.)

ankstalten. Der Gottesdienst beginnt Abends 6 Uhr. Nach diesem
sowie nach den Gottesdiensten am Sonntage wird eine Collecte für
die Zwecke der Gustav-Adolf-Stiftung stattfinden.
* [Installation.] Nächsten Sonntag den 1. November findet
die Einführung des Herrn Pastors Weingärtner in sein neues Amt
an der XLII-Frauen-Kirche durch den Herrn Kirchen-Inspector
(Superintendent) Pastor Dr. Girth statt. Der Gottesdienst beginnt
dieselbst um 9 Uhr; die Einführungsgelieblichkeit findet schon vor der
Predigt statt. — Bisher sind zu solch jährlichen Akten immer Stadt-
verordnete deputirt worden; da aber eine Anzeige bis diesen Augen-
blick bei dem Stadt-Vorstande nicht eingegangen ist, hat natürlich
eine Abordnung von Stadtverordneten auch nicht erfolgen können.
[Zur Klassensteuer-Einschätzung.] Bei der gegenwärtigen
Einschätzung zur Klassensteuer, welche letztere am 1. Januar 1875 in Kraft
treten soll, sind von Seiten des Magistrats aus den verschiedenen Bezirken
Vertrauensmänner ernannt worden, welche über die Veranlagung der ein-
zelnen Steuerzahler ihr Gutachten abzugeben haben. In dem XI. Ein-
schätzungsbereich, zu dem unter Andern auch der Ritterplatz gehört, stellte es
sich heraus, daß die im Urkalkulationen befindlichen Personen, etwa 50 an der
Zahl, gänzlich unbesteuerbar sind, eine Thatfache, die das Ertrauen der Com-
missions-Mitglieder in hohem Grade erregte. Wenn auch zugegeben werden
muß, daß die allem weltlichen Berkehr ferne stehenden Personen über keine
Gelder verfügen und daher Steuern nicht bezahlen können, so muß das reiche
Kloster, welches großes Vermögen besitzt, dafür aufkommen, da dasselbe in
unserer Stadt belegen und seine Anwesenheit an den Vergütungen Breslau's,
als da sind: Bewachung in der Nacht, Pflaster, Bezug des Wassers, Gas-
beleuchtung u. c., und wofür Steuer entrichtet werden muß, participiren. Jeder
einzelne Familienhaushalt braucht Brot und Mehl zur Nahrung, mithin
auch das Kloster mit seinen 134 Personen. Während der Eröffnung der Wahl-
steuer befreite sich die Gesamtheit des Klosters in indirecter Weise, indem
jeder Einzelne das tägliche Brot versteuerte. Jetzt, nach Aufhebung der
Wahlsteuer, muß folgerichtig jede Nonne ebenso herangezogen werden, wie
jede in der Stadt lebende Lehrerin und Gouvernante. Letzteren wird sogar
die Kost mit 150 Thlrn. jährlich angerechnet, mithin muß ein gleiches Ver-
fahren bei den Nonnen in Anwendung kommen. Der Commune kann es
ganz gleichgültig sein, ob die Nonnen, die im Kloster als Lehrerinnen fungir-
en, für ihre Dienste Bezahlung erhalten oder nicht. Wenn sie dies eben
aus freiem Willen oder aus Frömmigkeit thun, so ist dies ihre Sache, aber
mit 150 Thlr., was ihre Kost beträgt, müssen dieselben unter allen Umstän-
den in die erste Steuerstufe veranlagt werden. Das Kloster, in welchem sich
ca. 80 reiche abgibt Pensionairinnen befinden, bezieht von diesen eine ziemlich
hohe Pensionssumme, sowie auch die Jüglinge der Schwedischschule ein beträch-
lich hohes Schulgeld bezahlen müssen. Also wer Geld einnimmt, muß auch
Steuern zahlen, und dürfte in Anbetracht dieses Umstandes das Kloster jedem
anderen Pensionatsinstitut gleichzustellen sein. So viel uns bekannt, muß jede
Nonne bei ihrem Eintritt in's Kloster eine Summe von 500 Thlrn. erlegen,
welche das Kloster verwaltet und wofür ebenfalls keine Steuer bezahlt wird.
Während jede arme Tagelöhnerin, Wäscherin und Haushälterin, sowie Ge-
sellinnen zur Klassensteuer herangezogen werden, darf mit den Nonnen in dieser
Hinsicht und im Hinblick der Gleichberechtigung keine Ausnahme von der all-
gemeinen Regel gemacht werden. In dem Gesetze vom 25. Mai 1873, be-
treffend die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer, sind in dem § 9 a
derartige Fälle vorgesehen. Es heißt darin: „In den nach dem Klassensteuer-
gesetz aufzubringenden Lasten der communalen und anderen öffentlichen Ver-
bände können in Ermangelung sonstiger Befreiungsgründe auch diejenigen
Personen herangezogen werden, deren jährliches Einkommen weniger als
140 Thlr. beträgt, und welche nicht im Wege der öffentlichen Armenpflege
eine fortlaufende Unterstützung erhalten. Die Veranlagung dieser Steuer-
pflichtigen erfolgt nach einem für Haushaltungen wie für Einzelne geltenden
festgestellten Klassensteuersatz von einem halben Thaler jährlich.“ —
Hoffentlich wird die städtische Behörde von dieser Gesetzesbestimmung Gebrauch
machen und die in dem Kloster befindlichen Nonnen zur Klassensteuer heran-
ziehen. Die Bezirksdeputirten haben bereits einstimmig Beschluß gefaßt, die
Versteuerung der Nonnen im Urkalkulationen zu beantragen.
* [Zur Schule.] Wie die „Schl. Schulzeitung“ meldet, hat Magistrat
beschlossen, diejenigen hiesigen Hauptlehrer, welche die Rectoratsprüfung
bestanden haben, nach ihrer städtischen Anciennität in Rectoratsstellen ein-
zusetzen. Da es jedem Lehrer freisteht, das Examen zu machen, so ist dies
Anciennitäts-Prinzip nur zu billigen. — Bisher mußte jeder Lehrer, welcher
beirathen wollte, sich von dem Magistrat einen Eidesbescheinigung erbitten. Da
das neue Eidesgesetz die Verhältnisse ganz geändert, hat Magistrat diesen
Brauch aufgehoben.
[Ueber die Kompetenz zur landespolizeilichen Prüfung
und Genehmigung von Eisenbahnbauten] haben die Herren Mini-
ster für Handel u. c. und des Innern kürzlich folgende principielle Verfü-
gung erlassen: „Durch die Bestimmungen der §§ 61 und 135 Nr. II. der
Kreisordnung vom 13. December 1872 sind, wie wir der königlichen Regie-
rung auf die Anfrage vom 5. Mai d. J. bei Rückgabe der Anlagen eröff-
nen, die bisherigen Vorschriften über die landespolizeiliche Prüfung und Ge-
nehmigung von Eisenbahnbauten unberührt geblieben, auch ist eine Verän-
derung in der Kompetenz der Behörden, welche über die in Folge von Eisen-
bahnbauten im Interesse der benachbarten Grundstücke oder im öffentlichen
Interesse erforderlich werdenden Anlagen an Wegen u. c. zu befinden haben,
nicht eingetreten. Es haben daher auch für die Folge in dem Bereiche der
Kreisordnung nicht die Kreisaußschüsse, sondern die Regierungen in Gemäß-
heit des § 14 des Eisenbahngesetzes vom 3. November 1838 über die Ein-
richtung und Unterhaltung solcher Anlagen, sowie über die Verpflichtung zur
Tragung der dadurch entstehenden Kosten zu entscheiden, und sofern diese
Anlagen — wie in dem von der königl. Regierung zur Sprache gebrachten
Falle, in welchem es um die Frage sich handelt, ob ein bestehender Eisen-
bahn-Neubauübergang durch eine Ueber- oder Unterführung von Wegen zu
erleichen sei, tritt — mit dem von dem Handels-Ministerium festgestellten
Bauprojecte der Bahnanlage collidiren, so Folge des § 4 a. a. O. zuvor die
Genehmigung dieses Ministeriums einzubolen. Diese Genehmigung des
Handels-Ministeriums, welche nach wie vor zu allen Änderungen in der
Construction oder in den baulichen Verhältnissen einer Eisenbahn erforder-
lich bleibt, ist auch von der königlichen Regierung in dem von ihr ange-
gebenen Specialfalle zur Befreiung des Ueberüberganges bei N. eingekauft
und durch das Rescript des Handelsministeriums vom 4. Januar 1870 er-
theilt worden. — In den Fällen, in denen bei der Einrichtung der für die
benachbarten Grundstücke oder im öffentlichen Interesse erforderlichen Anlagen
an Wegen u. c. eine Enteignung Platz greift, wird, worauf wir die könig-
liche Regierung gleichseitig aufmerksam machen, die den Regierungen nach
Vorliegendem zukommende Entscheidung in dem Bereiche der Kreisordnung
nach Maßgabe des § 56 lit. d. des Gesetzes über Enteignung von Grund-
eigenthum vom 11. Juni d. J. von den Verwaltungsgerichten, selbstständig
mit der vorerwähnten, aus § 4 des Gesetzes vom 3. November 1838 sich
ergebenden Einschränkung und vorbehaltlich der Recurs-Entscheidung in der
Ministerial-Instanz, zu treffen sein.“
* [Verheirathung Militärpflichtiger.] Da auch nach dem Reichs-
Militär-Gesetz vom 2. Mai d. J. (§ 22, Abs. 2) die erfolgte Verheirathung
eines Militärpflichtigen niemals dessen Zurückstellung begründen kann und
eben so wenig aus den durch eine solche Verheirathung herbeigeführten Um-
ständen Reclamationen entnommen werden dürfen, so sind die Landes-
beamten darauf hingewiesen worden, daß sie verpflichtet sind, von Männern
im Alter von 20 bis 25 Jahren, welche sich zur Geschlechtsbeziehung melden,
den Nachweis über ihr Militärverhältniß führen zu lassen, und falls sie der
Militärpflicht noch nicht genügt oder eine definitive Entscheidung als un-
brauchbar, resp. Ueber-Reservisten noch nicht erhalten haben, dieselben auf
die Gesetzesbestimmung zu Protokoll aufmerksam zu machen und ihnen die
Folgen für die Existenz der Familie im Falle ihrer Einschätzung vorzuhalten.
Eine solche Vorhaltung ist stets nur dann erforderlich, wenn die betreffende
Person, trotz der ihr gemachten Vorstellungen, bei ihrem Entschlusse der Ehe-
schließung verbleibt.
[Zur Kreisordnung. — Baupolizeiliche.] Auf Anordnung
der Herren Minister des Innern und für Handel u. c. sollen im Wege der
Polizeiverordnung einzelne von den Befugnissen, welche nach der Baupolizei-
Ordnung für das platte Land vom 13. October 1862 den Landräthen zu-
stehen, auf die Amtsvorsteher übertragen werden. — Die Redaction der be-
treffenden Verordnung hat der Herr Oberpräsident von Schlesien sich noch
vorbehalten, es soll aber schon jetzt nach den von den Ministern darüber fest-
gestellten Grundrissen verfahren werden. Der Entwurf der in Rede stehen-
den Polizeiverordnung ist folgender: Auf Grund des Gesetzes vom 11. März
1850 über die Polizeiverwaltung wird in Abänderung der durch die Bau-
polizei-Ordnung für das platte Land vom 13. October 1862 begründeten
Kompetenzverhältnisse festgesetzt, daß die nach § 5 sub b., e., f., g., h. der
erwähnten Baupolizei-Ordnung den Landräthen beilegte Befugniß, die
Amtsvorsteher abzurufen wird. — In den sub a. des § 5 näher bezeich-
neten Fällen hat künftig nach § 57 Nr. 5 der Kreisordnung nicht mehr der
Landrath, sondern nach der Bestimmung des Kreisaußschusses der Stellver-

Provincial-Beitung.
Breslau, 31. October. [Tagesbericht.]
* [Zum Reformationsfeste] wird Morgen, Sonnabend,
den 31. October, der hiesige Zweigverein der Gustav-Adolf-Stiftung
einen Abend-Gottesdienst in der erleuchteten St. Bernhardskirche ver-

Heiter des Amtsvorsteher oder ein benachbarter Amtsvorsteher die Bauerlaubnis zu erteilen. Der Consens zur Errichtung neuer Anstalten ist gemäß der Bestimmung in § 135 Nr. 7 der Kreisordnung von dem Kreisamt zu erteilen. Die Aufhebung der Bau-Erlaubnis nach erfolgter Errichtung des Anstalts-Consenfes aber, welche bisher den Landräthen oblag, wird durch die Verordnung auf die Amtsvorsteher übertragen. — Demgemäß sind fortan alle Anträge in Bau-Angelegenheiten, die bisher den königlichen Landräthen eingebracht werden mußten, direct den zuständigen Amtsvorstehern zur Genehmigung vorzulegen.

[Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.] Zu der von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung ausgegebenen Preisbewerbung für eine Gesetzs- und Verfassungskunde und für eine deutsche Geschichte sind bis jetzt 7 Arbeiten eingegangen, darunter ein Leisefeld für den Unterricht in der Verfassungskunde, für den Gebrauch an Fortbildungsschulen, ferner „Grundzüge einer populären Lehre des preussischen und deutschen Staatsrechts“, ein „Leisefeld der deutschen Geschichte“ und ein „Handbuch der Staatsverfassung, Verwaltung und Justiz im Königreich Preußen und im deutschen Reich“. Ausgabe für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern und Schlesien. Letztere Arbeit trägt das Motto: „Erst Gesetzkunde, dann Gesetzerfüllung.“

[Einführung einer fünften Briefbestellung bei den hiesigen Orts-Postanstalten.] — Notizen über den Bestellsdienst. Die Postbehörde, unausgesetzt bemüht, den Anforderungen des correspondirenden Publikums bezüglich eines bequemen Ortsbestellsdienstes bei den hiesigen Postanstalten nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, hat vom 1. November d. J. ab folgende dankenswerthe Anordnungen getroffen: Statt der bisherigen viermaligen Bestellung der gewöhnlichen und reccommandirten Briefe, der Postmandate, Postkarten, der Zeitungen, sowie der mit der Briefpost beförderten Drucksachen und Waarenproben durch die Briefträger an den Wochentagen werden vom 1. November d. J. ab fünf Bestellungen eingerichtet und zwar von 8 Uhr und 11 Uhr Vormittags, von 3 1/2, 5 und 6 1/2 Uhr Abends ab. An Sonntagen findet nur die erste Bestellung statt, an Festtagen, die nicht auf einen Sonntag fallen, die erste und die zweite Bestellung. Während früher das Weichbild der Stadt bezüglich dieser Briefbestellung in 74 Nebiere eingetheilt war, wird zum Zwecke der nothwendig gewordenen Verkleinerung einzelner, vorzugsweise ausgedehnter Nebiere, sowie aus Anlaß der Uebernahme einiger neuer Straßen, Stadttheile u. dgl. in der Nikolaivorstadt, welche seither zum Landbestellbezirk gehörten, in den Ortsbestellbezirk die Zahl der Nebiere auf 78 vermehrt. — Aus ähnlicher Veranlassung wird auch die Zahl der Nebiere für Geldbriefbestellung — Behandlung der Postanweisungen nebst den darauf eingehenden Gelddarstellungen, der Geldbriefe bis zum declarirten Werthe von 500 Thlr., der Formulare zu den Ablieferungschein über Briefe mit einem declarirten Werthe von mehr als 500 Thlr., sowie über Padeisenungen mit declarirtem Werthe von mehr als 500 Thlr. und über Padeisenungen mit declarirtem Werthe, welche der Besteuerung unterliegen — von 32 auf 33 vermehrt. Die Abfertigung dieser sogenannten Gelddarstellungsträger erfolgt wochentäglich um 8, um 11 Uhr früh und um 2 Uhr Nachmittags. — Bei der Bestellung der gewöhnlichen Padeise ohne declarirten Werth und der Postvorschriftenungen ist der Stadtbezirk in 14 Nebiere eingetheilt, welche an den Wochentagen dreimal täglich um 8 Uhr früh, um 1 Uhr und 5 Uhr Nachmittags bestellt werden. An Sonn- und Festtagen fällt die Padeisbestellung aus. — Endlich ist der Stadtbezirk zum Zwecke der Bestellung von Padeisen mit declarirtem Werthe bis 500 Thlr. in zwei Nebiere abgetheilt, welche wochentäglich um 8 Uhr früh und um 2 Uhr Nachmittags bestellt werden.

—d. [Referendariums-Examen.] Dem heute unter dem Vorsitz des Appellationsgerichts-Raths Holzappel abgehaltenen Referendariums-Examen hatten sich die Herren: Fabrici, Ferkel, Fünd, Kufel, Meyer und Piper unterzogen. Sämmtliche Candidaten haben das Examen bestanden, die beiden ersten mit dem Prädicat „gut“. — Examinatoren waren die Herren Appellationsgerichts-Räthe Merdies und Dames und Professor Dr. Giesler.

[Herr Nicolas Kaslow.] Gerade im Gebiete des „Zaubers“ sind wir durch die noch im guten Andenken stehenden Productionen eines Melini, eines Vach, eines Bellachini an hohe Ansprüche gewöhnt. Wenn Herrn Kaslow's Zaubersalon auch an Eleganz hinter denen der erwähnten Prestidigitatoren zurücksteht, so werden wir bei ihm durch eine gewisse natürliche Ursprünglichkeit, durch eine harmlose Gemüthslichkeit entzückt, deren Reiz durch den Vortrag des Künstlers, der im russischen, armenischen, türkischen, arabischen und persischen Sprachgebiet besser zu Hause ist, als im deutschen, nur noch erhöht wird. Die Experimente, die Herr Kaslow uns vorführt, zeichnen sich vor Allem dadurch aus, daß sie ohne alle Apparate, ohne jedes Hilfsmittel lediglich durch die faunenswerthe Fingergewandtheit zur Anschauung gebracht werden. Das reichhaltige Programm bot manches Neue, hier noch nie oder wenigstens in solcher Vollendung noch nicht Gesehene. Die beliebten „Rartenlunfstände“, die man fast oft zum Ueberdruß sieht, waren auf demselben nicht vertreten. Einzelne Nummern des Programms, die Aufmerksamkeit der Zuhörer, die trodene Fontaine“, eine vom Künstler selbst erfundene Piece, „das Abendessen“, und andere fanden stürmische Beifallrufe und ernteten wohlverdiente Anerkennung. Herr Kaslow befindet sich auf seiner ersten Tour in Deutschland. Königsberg, Stettin, Posen und Breslau sind die einzigen deutschen Städte, in denen der sibirische Magier bisher debütiert. Wie wir aus der Anfängungs des Künstlers erfahren, findet bereits am Sonnabend die letzte Vorstellung hier statt. Wir würden es Herrn Kaslow gern wünschen, daß es seinem Zauberkunst gelänge, an jenem Abend den Saal des Hotel de Silsie bis auf den letzten Platz zu füllen. Wer für zwei Abendstunden eine heitere Zerstreuung sucht, wird sie jedenfalls dort finden.

[Zoologischer Garten.] Das aus den Mitteln der Tigerlotterie zu den bereits vorhandenen weiblichen Tigern noch anzuschaffende Tiger-männchen ist soeben von London her in Aussicht gestellt und als ebenbürtiges Prachtexemplar geschifft worden. — Heute Nachmittags werden die zum Festen des Unternehmens zurückgebliebenen Gewinne im grünen Schiff zur Versteigerung kommen und steht dabei im Interesse der Sache lebhaftest Betheiligung zu erwarten.

—pp— [Der Wasserstand der Oder.] Im Unterwasser ist so klein, daß weder zum Schiffe noch zum Herrenpropheten Oberregulirungsbaum Materialien angeliefert werden können, weshalb Ende d. M. der Weiterbau sistirt wird. Die Hüttenverladungen am Schlinge für die Kamischer Zuckerrübe, welche circa 26,000 Centner betrug, hat nunmehr ihr Ende erreicht, die frei gewordenen Oberfähnen, ca. 50 an der Zahl, sind nach Dblau abgefahren, um dort am Rest der Rüben für dieselbe Fabrik einzunehmen. Die Wage ist bier am Rasthofen aufgestellt, wo ca. 40,000 Ctr. Rüben zur Verladung kommen; eine gleiche Verladestelle war in Schiednisch etablirt, wo ca. 30,000 Ctr. zur Abfuhr gelangt sind. — Sobald das Wasser einen einigermaßen günstigen Stand erreicht haben wird, beschäftigen die Schiffer das in Ober-schlesien lagernde Holz nach hier zu verladen.

[Polarkröße.] Auf dem Langesund bei Köpenick ist, wie dem „Tagbl.“ gemeldet wird, eine Polarkröße geschossen worden. Dieser Vogel vertritt sich nur äußerst selten in unser Klima und gilt als Vorbote eines harten und frühen Winters.

+ [Polizeizeichen.] Heute Vormittags ist aus hiesigem Gerichts-Saal der zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilte 20 Jahr alte Brauergeselle Heinrich Gert aus Magdeburg heimlich entflohen. Dieser höchst gefährliche Verbrecher ist von unterer Statur, 1,63 M. groß, hat blonde Haare, graue Augen und oboles Gesicht. An seiner Wiberregung ist der Verboide viel gelegen. — Auf dem Ober-schlesischen Bahnhof ist gestern eine mit P. A. und M. C. 2084 bezeichnete, 31 Pfund schwere Kiste aus Paris, enthaltend Hemden, gestohlen worden. Dieselbe war am Nachmittags des 20. als Gültgut eingekleidet und im Magazin V. vom Bodenmeister abgenommen worden. Die genannte Kiste ist ihres Inhalts beraubt am Bahnhof zwischen dem Bau-schuppen und dem Gartenschaus des Schiererschen Grundstückes am Eingang der Köpstraße gestern aufgefunden worden. — Einer Stillschreiberin aus Neisse ist gestern auf der Dblauerstraße ein Portemonnaie mit 40 Thlr. in Kassenscheinen auf unerklärliche Weise abhanden gekommen. — Einem auf der Albrechtsstraße Nr. 23 wohnhaften Brauereimeister wurde gestern aus seiner im ersten Stockwerk belegenen Wohnstube ein Unterbett, ein Dedbett und 2 Kopfkissen mit roth und grau gestreiften Juletten und blauen Ueberzügen im Werthe von 20 Thlr., sowie eine Anzahl Kleidungsstücke und Wäsche im Werthe von 25 Thlr. gestohlen. — Der Hausknecht eines Hoteliers auf dem Berliner Plage entwendete einem dort logirenden Getreidehändler aus Brau-nau drei Zwanzig-Markstücke. Der Thäter wurde jedoch seines Diebstahls überführt, und bei ihm noch 6 Thaler vorgefunden. Derselbe legte ein Geständnis ab, daß er die fehlenden 14 Thaler in Gesellschaft lüderlicher Frauenpersonen am Abend vorher vergeudet habe, in Folge dessen seine Verhaftung vorgenommen wurde.

+ Löwenberg, 30. October. [Krieger-Denkmal. — Trauung. — Woberversuche. — Sonstiges.] Der hiesige Kriegerverein, welcher die Errichtung eines Denkmals für die gefallenen Kameraden aus den Jahren 1864, 1866, 1870—71 vor wenigen Wochen angeregt, hat bereits die nicht unbedeutende Summe von 500 Thlr. verzinslich anlegen können. Voraus-

sichtlich wird sich an diesem patriotischen Unternehmen der ganze Kreis recht lebhaft betheiligen, um ein würdiges und geeignetes Monument herstellen zu können. — Kürzlich fand im benachbarten Deutmannsdorf eine eheliche Verbindung statt, wobei der gewiß seltene Fall eintrat, daß der Vater der Braut, als Standesbeamter, den staatslichen, und der Vater der Bräutigams, als Pastor, den kirchlichen Trauungsact — resp. Segen — vollzog. In den nahe gelegenen Ortschaften Nachwitz, Kunzendorf und Kesselsdorf werden in neuester Zeit ernstliche und auch lobenswerthe Bohrversuche auf Steinkohlen von einem Consortium Berliner Unternehmer gemacht, welche allem Anscheine nach, die gewünschten Erfolge haben werden, da man auf ein Flöz von bedeutender Mächtigkeit und recht soliden Qualität gestoßen ist. — Welche erfreuliche Aufschwung in hiesiger Gegend der Handel auf Obst und Gemüse nimmt, geht daraus hervor, daß beispielsweise im Laufe dieser Woche Händler aus Polen und Ausland Abfälle auf Lieferungen von 2—4000 Scheffeln Äpfeln und Hunderten von Gemüsesorten aller Art getroffen haben. Rame das Eisenbahn-Projekt Liegnitz-Löwenberg-Zittau endlich zur Ausführung, so würde nicht bloß in angeführtem Handelsartikel, sondern auch in anderen Erzeugnissen unseres reichgelegenen Kreises, sich ein entschiedener lebhafter und lobender Verkehr entwickeln. — Der neugewählte Bürgermeister Herr Marzahn in Landesput hat in voriger Woche die staatliche Genehmigung zur Uebernahme des hiesigen Bürgermeisters-Amtes erhalten. — Heute Morgen hatten wir 2 Grad Kälte und beginnt das Laub der Bäume nunmehr mächtig an zu fallen.

D. Frankenstein, 29. Octbr. [Hohe Preise. — Wochenmarkt.] Die hiesigen Vöcker liefern die verschiedenen Badwaaren ungeachtet der sehr mäßigen Getreidepreise fortwährend so klein und zart, daß der Wismuth der sonst ruhigen Bevölkerung im steten Wachsen begriffen ist und dies durch vielseitige Klagen zum Ausdruck gelangt. Das gleiche Verhältnis und ähnliche Zustände liegen bei den Fleischern vor. Obgleich auf das jetzt noch bestehende Steuer-System (die Mahl- und Schlachtsteuer) die möglichste Rücksicht genommen wird, so erscheint es trotzdem räthselhaft, aus welchen Ursachen nach einer guten Ernte das Brod so zart und aus den Fleischwaaren fortwährend unvernünftigermaßen hohe Preise haben, oder mit den letzteren in Bezug auf Größe im Widerspruche sich befinden. Wenn nun auch die Preise der gedachten Lebensmittel mit dem Aufhören der erwähnten Steuer und mit der sicher eintretenden Concurrenz anfänglich eine Ermäßigung erfahren werden, so dürfte dieser Zustand doch nur von kurzer Dauer sein, so lange nicht polizeiliche Vorschriften die Preise nach dem Gewicht und nach Lagen u. ordnen. Im allgemeinen Interesse, namentlich der ärmeren Bevölkerung, liegt es deshalb, daß der besprochene Zustand recht bald geordnet werde. — Der gestrige Wochenmarkt war wieder außerordentlich belebt und von auswärtigen Käufern stark besucht. Für 100 Kilogramm Weizen wurden durchschnittlich 6 Thlr. 20 Sgr., für Roggen 6 Thlr. 3 Sgr., für Gerste 5 Thlr. 15 Sgr. und für Hafer 6 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. bezahlt. Das große Quart Butter wurde mit 28 Sgr., die Mandel Eier 7 1/2 Sgr., eine magere Gans mit 25—30 Sgr., eine fette Gans mit 2 Thlr. bis 2 Thlr. 20 Sgr. bezahlt. Hühner und Enten stehen im verhältnismäßigen Preise zu oben genanntem Geflügel. Ein Schaf Kraut wurde mit 25 Sgr. (kleine Sorte), bis 50 Sgr. (große Sorte) gekauft.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 29. October. [Kreis-Schulen-Inspector. — Feuer.] Als im Frühjahr und Sommer so viele Pro-jektionen, geführt von den Geistlichen und begleitet von sämtlichen Lehrern und Schülern durch die Straßen und Gassen der Städte und Dörfer zogen, und als wir hörten, daß den Kindern in den Schulen von den Pfarr-ern und Caplänen der tägliche Besuch der Kirche unter Androhung harter Strafen und mit der Erklärung anbefohlen worden, daß in der Schule nur allein die Geistlichen und Lehrer zu befehlen hätten, sonst Niemand, selbst nicht die Regierung; — da äußerten wir in mehreren Zeitungen den Wunsch, die Regierung möchte doch auch in der Grafschaft Glatz die geistlichen Kreis-Schulen-Inspectoren durch weltliche ersetzen. Wir hatten damals nicht geahnt, daß unser Wunsch so schnell und zu einer Zeit in Erfüllung gehen würde, in welcher die jetzigen Kreis-Schulen-Inspectoren von ihrer Walfahrt nach Lourdes und Bois d'Haine zurückkehrten. Wir wollen damit nicht sagen, daß sie sich bei der stigmatisirten Louise die Abhebung geholt, aber eine Nothwendigkeit für die Grafschaft und eine Genugthuung für uns war diese Abhebung unbedingt. Sie soll auch an den betreffenden Stellen im höchsten Grade niederlagend gewirkt haben, obgleich die Wille mit der üblichen Anerkennung der bisher geleisteten treuen Thätigkeit überzudert war. Daß nun die neuernannten Kreis-Schulen-Inspectoren hier eine sonderlich freundliche Aufnahme finden werden, läßt sich wohl voraussetzen. Es beweist dies auch schon der erste Empfang des Herrn Rector Klose, aus Schweidnitz bei seiner Ankunft in Gabelschwerdt durch einen Kreisbeamten, der sogar auch ein entschiedener Gegner der Kreisordnung ist. Derselbe wollte anfänglich von der Ernennung des Herrn Klose gar nichts wissen. In noch weit unfreundlicher Weise wird gegen die Anstellung des Herrn Rector Schröter aus Neumarkt als Schulen-Inspector für die Kreise Glatz und Neurobe agitiert. Hier sollen Katholiken und Protestanten d. h. Ultramontane und Orthodoxe, sogar Mitglieder der letzten evangelischen Kirchen-Visitations-Commission alle Register ziehen, um die Ernennung des Herrn Schröter wieder rückgängig zu machen. Außer anderem will man ihm vorwerfen, daß Staatsexamen nicht bestanden zu haben und Mitglied des Protestantenvereins zu sein. Der Hauptstein des Anstoßes ist jedoch, daß er ein evangelischer Pastor ist und liberale Gesinnung hegt. Ob der zukunfts-gestoppelte Protest an maßgebender Stelle Beachtung finden wird, muß sich in kurzem erweisen. Vorläufig hat Herr Landrath Freiherr v. Seherz-Hof im „Glatzer Kreisblatt“ die Ernennung des Herrn Schröter mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß Letzterer sein neues Amt am 1. November antreten wird. Herr Landrath v. Hochberg dagegen hat die Ernennung des Herrn Rector Klose für den Kreis Habelschwerdt bis heute noch nicht bekannt gemacht. — Aus Wänschelsburg wird gemeldet, daß am Montag Mittag in dem nahegelegenen Dorfe Reichenforst die Stallungen und Scheuern des Dominialguts total niedergebrannt sind. Das Vieh wurde gerettet, dagegen sollen 400 Schock Getreide, 400 Scheffel Raps und sämtliche Wirtschaftsgüter ein Raub der Flammen geworden sein. Als der Brandstiftung geständig ist der 6 Jahr alte Sohn des Tagelöhners Aler zu Reichenforst verhaftet worden. Derselbe soll schon vor 3 Wochen einmal bei einem Brandstiftungsversuche an denselben Gebäuden erappt worden sein. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird wohl ergeben, ob der Knabe ein Werk der Dummheit ist oder an Pyromanie leidet.

□ Briesg, 30. October. [Städtische Angelegenheiten.] Ueber die in Nr. 503 der „Breslauer Zeitung“ nach einer communalen Denkschrift ausgearbeiteten Reform-Vorschläge zum städtischen Steuernwesen ist in vorgestriger Stadtverordneten-Sitzung Beschluß gefaßt worden und wenn, wie kaum zu bezweifeln ist, der Magistrat den mit seiner Vorlage vorgenommenen Veränderungen nicht widerstrebt, so dürfte in allem Wesentlichen der Weg gebahnt sein, auf welchem in Zukunft die hiesigen Communalsteuern erhoben werden. Zugestimmt ist, daß: in den nächsten Jahren nur der „ordentliche“ Bedarf des Stadthaushalts durch Steuern gedeckt wird, der „außerordentliche“ dagegen aus dem aus den Ueberflüssen der letzten Jahre gebildeten Dispositionsfonds (derselbe dürfte mit 60,000 Thlrn. am Ende dieses Jahres abschließen) zu entnehmen ist. Die eigene Einnahme der Kammerverwaltung soweit möglich und zulässig zur Herabminderung der Steuererhebungen erhöht werden, was sich namentlich auf eine gleichmäßigere und gerechtere Vertheilung des für die Leistungen des städtischen öffentlichen Wasserwerks zu entrichtenden Wassergeldes und auf eine durchaus billige Erhöhung des niedrigen Schulgeldes in den mit stets bereiten Opfern von der Stadt entwidelt und ausgestatteten gehobenen Unter-richts-Anstalten derselben und auf die Gemeindefschule bezieht. Die Communal-Steuer überhaupt in Form von Zuschlägen zu den Staats-Steuern (Klassen-Steuer und classificirte Einkommen-Steuer) erhoben wird. Abgelehnt wurde nach langem Meinungssturm und ungeachtet sehr nachdrücklicher, mit reichem Material belegter Vertbeidigung durch Kammerer Arndt die Forterhebung des Braumalzsteuer-Zuschlags und die Einführung eines Zuschlags von 50 Procent zur Grund- und Gebäudesteuer. Nach beiden Richtungen trafen beihelligte Stimmen mit großem Nachdruck gegen beide Zuschläge auf und gegen den Zuschlag zu Grund- und Gebäudesteuer erschien auch noch eine Petition des Grundbesitzer-Vereins, deren Ausführungen vom Kammerer als ledigliche Wiedergabe der bekannten allgemeinen Oppositionsgründe gegen stärkere Heranziehung des Grundbesitzes auch durch den Staat charakterisirt wurden. Mit Fortfall des Braumalz-Steuer-Zuschlags entfällt dem Stadthaushalt eine Jahres-Einnahme von etwa 700 Thaler; der neu einzuführende Zuschlag zur Staatssteuer für Grund- und Hausbesitz konnte auf etwa 2000 Thaler veranschlagt werden. Bezüglich des letztern ist übrigens die Ablehnung nur eine vorläufige, da nach einem Vermittelungsversuche beschließen wurde, dahin gehend, daß nur die Frage überhaupt bis zur nächstjährigen Berathung über den Stadthaushalt vertagt werde, um mehr Erfahrung zu gewinnen und die Schärfe der Gegenseite vielleicht zu mildern, überdies sei im Hinblick auf die gesammelten Ueberflüsse zunächst ein Mangel an Mitteln nicht zu befürchten. Endlich wurde nach der Vorlage des Magistrats nicht allein Beibehaltung der Hundesteuer beschlossen, sondern sogar Erhöhung, jedoch nicht um das

Doppelte, wie wohlhabende Opferwilligkeit sich bereit erklärte, sondern nur von zwei auf drei Thaler. — In derselben Sitzung wurden auch mehrere Haushalts-Entwürfe genehmigt: der Stadt-Ziegelei (1350 Thaler Ueberflüß bei 7750 Thaler Fabricationskosten) der Gasanstalt mit 9300 Thaler Ueberflüß bei mehr als 21,000 Thaler Kosten, der Sparkasse. — Genehmigt wurde die Bildung einer Verwaltung-Deputation für die städtischen Finanzen aus den getrennt bestehenden Curatorien der Kammer und der Sparkasse, eine bei der steigenden Wichtigkeit der städtischen Finanzfragen und deren ständige Vertretung im Magistrat sehr zu bewillkommene Erneuerung. — Die Aufschreibung des Bürgermeisterpostens ist nunmehr festgestellt und soll außer den von der Regierung genehmigten Bedingungen (2000 Thlr. Gehalt u. s. w.) davon ausgehen, daß diejenigen Bewerber den Vorzug erhalten sollen, welche das höchste richterliche oder Verwaltungs-Collegium abgelegt oder in leitender Communal-Stellung entsprechenden Umfangs sich bewährt haben. — Die Theaterfrage hat dahin ihre Lösung gefunden, daß nach Mitwirkung der Stadtverordneten-Versammlung bei dem Vertrags-Entwurfe und nach Mittheilung persönlicher Bewerbungen, Empfehlungen u. s. w., auch nach Erwählung einer von bekannter Seite angeregten und mit einer Anzahl Unterschriften versehenen Petition, auf deren Inhalt man verzichtete, dem Magistrat die Auswahl der Personen überlassen wurde. Dieselbe ist heute nicht auf die von jener Petition gewünschten Personen, sondern auf den Theater-Director Dr. Blume gefallen, welcher von Sr. Glogau aus wegen seiner dortigen Thätigkeit an hiesige Mitglieder der städtischen Behörden sehr warm empfohlen worden war. — An den Magistrat hieselbst ist auf eine an das königliche Hofmarschall-Amt gerichtete Anfrage von diesem in allerhöchstem Auftrage Mittheilung gekommen, daß Se. Maj. der Kaiser für die bekundete freundliche Ansicht einer Begräbnis bei demnachstiger Anwesenheit in Dblau durch eine Deputation der Nachbarstadt besondern Dank übermitteln, zugleich aber auch das Bedauern aussprechen lasse, „wie Se. Maj. auf der bevorstehenden Reise zur Jagd nach Dblau, zu welcher die Zeit sehr kurz — bis auf die Minute — bemessen ist, keine Deputationen empfangen können und daher diesmal auch auf die Begräbnis durch die städtischen Behörden zu verzichten leider sich genöthigt sehen.“

—ch— Dypeln, 29. October. [Die noch fortwauernde Gefährdung der öffentlichen Sicherheit] in den südlichen Kreisen des hiesigen Departements nimmt die pflichtmäßige Aufmerksamkeit der königl. Regierung in vollem Maße in Anspruch und stehen in Folge dessen binnen kurzem nächst den bereits getroffenen anderweitigen energische Maßnahmen zur Unterdrückung des verbrecherischen Treibens in Aussicht. Wir behalten uns deren Mittheilung seiner Zeit vor.

○ Gleiwitz, 29. October. [Philomathie. — Standesamt.] Der philomathische Verein hat gestern Abend seine Sitzungen eröffnet. Nachdem der Vorsitzende, Herr Director Niederding, Bericht über die Leistungen im vorigen Jahre erstattet hatte, wurde statutenmäßig zur Wahl des neuen Vorstandes und des Secretärs geschritten, und ist einstimmig der frühere wieder gewählt worden. Die Wiedergewählten nahmen die Wahl dankend an, und dem Kandidaten wurde über seine Casendverwaltung Decourage erteilt. — Der Herr Director Bernitz hielt dann den wissenschaftlichen Vortrag „Ueber das unsichtbare Licht“, in welchem er nachwies, daß über das sichtbare Farbenspectrum hinaus, über das Violet das Licht wegen der zu starken Schwingungen, und über das Roth wegen der zu schwachen unsichtbar, bei jenen seine chemischen, bei diesen seine Wärme-Eigenschaften doch immer bewahre, und nur in der Interferenz bei einzelnen Strichen die Kraft verliere. Einige interessante Experimente beleuchteten die ausgesprochenen Ansichten. Ein darauf folgendes Abendbrot hielt die Mitglieder noch lange beisammen. — Trotz aller Gegenbestrebungen haben sich auch hier die Anmeldungen zu Aufgeboten so vermehrt, daß der eine Kasten für den Aus-bang nicht mehr ausreicht, und ein zweiter dafür hergestellt werden muß.

○ Gohrau, 30. Octbr. [Feuer. — Schule. — Trauungen.] In dem, etwa 1 Meile von hier gelegenen Dorfe Gieschen, brach am 28. d. M., in der vierten Morgenstunde, auf einem dem Bauerntumstbesitzer und Gerichts-schulzen Wenzel gehörigen Bauergute auf noch unerklärte Weise Feuer aus und legte das Wohngebäude nebst der unmittelbar mit diesem verbundenen Stallung in Asche. Das niedergebrannte Gebäude war von einem Tischler bewohnt, der in demselben sein Gewerbe betrieb, während der Eigenthümer, Besitzer eines zweiten Bauerngutes des Dorfes, auf letzterem seinen Sitz, sowie sein gesamtes lebendes Inventar untergebracht hat. Diesem Umstande ist es zu danken, daß, außer dem Gebäude, nur noch allerdings nicht unbedeutende Vorräthe an Futtermaterialien ein Raub der Flammen wurden. — Unserer höheren Bürgerschule droht ein Verlust, da sich dem, seit kurzer Zeit an derselben wirkenden Oberlehrer, Dr. Döwenter, Seitens des Provinzial-Schul-Collegiums die Aussicht auf eine ungleich höher dotirte Stellung am königlichen katholischen Gymnasium in Glatz eröffnet hat. — Auch in unserer Stadt haben, seitdem das Civilehegesetz in Wirksamkeit getreten, bereits zwei Civiltrauungen stattgefunden, denen die kirchliche Einsegnung der einen in der evangelischen, der anderen in der katholischen Kirche, aber mit dem charakteristischen Unterschiede folgte, daß der evangelische Geistliche die Einzulegnende mit dem Namen ihres civilrechtlich angetrauten Gatte-anredete, während der katholische bei diesem Act sich ausschließlich ihres väterlichen Namens der Einzulegnenden gegenüber bediente.

[Notizen aus der Provinz.] * Friedeberg a. O. Dem „Niesengeb.-Boten“ wird von hier gemeldet: In der Nacht vom 26. zum 27. d. Mts. ertönte wiederum das Feuerhagel. In dem nahe gelegenen Dorfe Hühns-dorf wurden binnen kurzer Zeit bei dem heftigen Winde 23 Wohnungen, darunter 4 Bauergüter und der Kirchhof, ein Raub der Flammen. Bei der reichenden Schnelligkeit des Feuers konnte nur wenig von den Habelge-leiten gerettet werden und ist demnach das Unglück um so größer, als es meistens arme unbemittelte Leute trifft, welche dadurch obdachlos geworden sind und einem traurigen Winter entgegen sehen.

+ [Rofel.] Der königl. Landrath Himmil macht im neuesten Kreisblatt bekannt: Das älteste Mitglied unserer früheren Kreisvertretung, der gewesene Kreisdeputirte und langjährige Kreis-Stand des hiesigen Kreises, königlich preussischer Amtsrath und Ritter des Rothen Adler-Ordens Herr Himmil, früher auf Krjanowitz u. hiesigen, zuletzt Leisnisch, Gr.-Strehlitzer Kreises, ist am 26. October in dem hohen Alter von 88 Jahren zu Frei-Boigtei Leisnisch verstorben.

△ Rattowitz. Die „Rattow. Ztg.“ meldet: Herr Kreisrichter Storch, welcher die Untersuchung über den Thiele-Windler'schen Kassenhehlbruch leitet, hat einen Steckbrief hinter dem Freigäthner Lippel alias Lippser aus Klein-Dombrowka, welcher der Mithäterhaft dringen verdächtig ist, erlassen. Lippel ist 42 Jahr alt, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, mit einem schwarzen Anzuge bekleidet und hat als besonderes Kennzeichen eine Narbe zwischen den beiden Augenbraunen. Nachdem die von der hiesigen Polizei in vergangener Woche in Zalenzer Halbe vorgenommene Razzia einen guten Erfolg gehabt, indem man 3 männliche und 2 weibliche Individuen dingfest machte, befinden sich im hiesigen Gerichtsgewahrsam gegenwärtig 11 Personen, welche der Theilnahme an dem Kassenraube verdächtig sind.

Handel, Industrie u.

2. Breslau, 30. October. [Von der Börse.] Die Börse verkehrte heute in ziemlich fester Stimmung bei steigenden Coursen. Das Geschäft war nur in Creditatien einigermaßen belebt, wogegen Franzosen und Lombarden sowie einheimische Werthe vernachlässigt blieben. Gegen Schluß der Börse trat eine Abschwächung ein. Die Regulirung kann als beendet betrachtet werden, Geld blieb flüssig. — Creditatien 137—1/2 bez., zum Schluß 137 1/2, Lombarden 80 1/2—1/4 bez., Franzosen 182 1/2 bez., Schles. Bankverein 111 1/2 Br., Breslauer Discontobant 89 1/2—1/4 bez. Bahnen geschäftlos, Laurahütte 133 1/2—134 1/4 bez.

Breslau, 30. October. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe ohne Kauflust, ordinäre 11—12 Thlr., mittlere 12 1/2—13 1/2 Thlr., seine 13 1/2—14 1/2 Thlr., hochfeine 14 1/2—15 Thlr. pr. 50 Kilogr. — Kleesaat, weiße nominell, ordinäre 12—14 Thlr., mittlere 15—17 Thlr., seine 18—19 Thlr., hochfeine 20—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. — Roggen (pr. 1000 Kilogr.) höher, gel. 1000 Ctr., pr. October 57—6 Thlr. bezahlt, October-November 52 1/2—53 Thlr. bezahlt und Br., November-December 50 1/2—1/4 Thlr. bezahlt und Bd., December-Januar —, April-Mai 146 1/2 Markt Bd.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Ctr., pr. October 62 Thlr. Br. Gerste (pr. 1000 Kilogr.) gel. October 58 Thlr. Br. Safer (pr. 1000 Kilogr.) gel. 1000 Ctr., pr. October 55 1/2 Thlr. bezahlt, October-November 55—54 1/2 Thlr. bez., November-December —, April-Mai 165 Markt Bd.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) pr. October 84 Thlr. Br. Rübsöl (pr. 100 Kilogr.) matt, gel. — Ctr., loco 17 1/2 Thlr. Br., pr. October 16 1/2 Thlr. Br., October-November 16 1/2 Thlr. Br., November-

December 16% Zhr. Br., December-Januar 53 Mark Br., Januar-Februar 54 Mark Br., April-Mai 55% Mark Br., Mai-Juni 56% Mark Br.
Spiritus (pr. 100 Liter à 100%) matter, gel. — Liter, loco 17% Zhr. Br., 17% Zhr. Gd., pr. October 18% — 18% Zhr. bezahlt, October-November 18 Zhr. Gd., November-December und December-Januar 18 Zhr. bezahlt, Januar-Februar — April-Mai 55,5 Mark Br.
Spiritus loco (pr. 100 Quart bei 80 %) 16 Zhr. 10 Sgr. 1 Pf. Br., 16 Zhr. — Sgr. 11 Pf. Gd.
Zink ruhig, aber fest.
Die Börsen-Commission.
Posen, 29. October. [Börsenbericht von Edwin Berwin Sohn.]
Wetter: Schön. — Roggen ruhig. Gefund. — Ctr. Rindungspreis 50 Zhr. October 50 G. October-November 50 G. November-December 50 G. December-Januar 150 B. u. G. Januar — Januar-Februar 150 B. Februar-März — Frühjahr 147% Rmt. bez. u. G. April-Mai 148 B. Mai-Juni — Juni-Juli — — Spiritus lau. Gefund. 30,000 Liter. Rindungspreis 17% Zhr. October 17% bez. November 17% — 1% — 1% bez. u. B. December 17% — 1% — 1% bez. u. B. Januar 17% bez. B. u. G. (53, 25 Rmt.) Februar 17% B. (53, 62 Rmt.) März 18 B. (54 Rmt.) April-Mai 18% bez. B. u. G. (55 Rmt.)

□ [Schleifische Tuchfabrik.] In der letzten Sitzung des Aufsichtsrathes der „Schleifischen Tuchfabrik“ wurde beschlossen, die vorhandenen Vorräthe an Wollen und Fabricaten zu veräußern und nur die in der Fabrication befindlichen Tuche fertig zu arbeiten, ferner den Verkauf des Sorauer und des Janke'schen Establishments anzustreben.

□ [Ein Verein der deutschen Spiritushändler und Spiritusfabrikanten.] welcher sich die Aufgabe stellt, die Interessen sämtlicher Branchen der Spiritusindustrie wahrzunehmen und namentlich die Hebung der Production und Exportfähigkeit der deutschen Spiritusfabrikate mit vereinten Kräften anzustreben, ist am 22. d. M. in Berlin constituirt worden. Dem Comité, welches bis zur ersten ordentlichen Generalversammlung die Geschäfte führt, gehören vorläufig an die Herren Commerzienrath Stahlberg-Stettin, Vorsitzender, Consul Eisenmann-Berlin, Vice-Vorsitzender, Grunwald-Breslau, Vice-Vorsitzender, Mehlgarten-Leipzig, und F. Schloßbach u. Co. Diese Herren werden ihre Anzahl durch Cooptation bis auf neun verstärken. Zur Vermittelung eines regen Ideenaustausches des Comité's mit den Vereinsmitgliedern und der Vereinsgenossen unter sich wird ein Wochenblatt nach Art der englischen Vereinsbulletins herausgegeben, welches den Titel „der Spiritusindustrielle“ führt und gratis allen Vereinsmitgliedern zugesandt wird. Die agitatorische Thätigkeit des Vereins soll sich zunächst namentlich auf die Vorschriften in Betreff der Fälschungen, auf die Erneuerung des demnächst abzulaufenden italienischen Handelsvertrages, den englischen Spiritus-Differentialen und die Frachttariffen beziehen. Der Jahresbeitrag ist auf 10 Zhr. festgesetzt. Mitglieder des Vereins können Spiritushändler und Spiritusindustrielle werden, letztere mit Ausschluß derjenigen, welche nur Spiritusbrennerei betreiben. Als Redacteur des Vereinsbulletins und Vereins-Secretär ist der Syndikus der Breslauer Handelskammer Dr. Graß in Breslau gewählt.

Berlin, 29. Oct. [Victoriabühnen.] Zu der gestern Abend stattgefundenen General-Versammlung hatten sich 36 Actionäre eingefunden. Die Versammlung dauerte in Folge der mannigfachen Aufklärungen, welche von den Actionären verlangt wurden, ziemlich lange, doch wurden dieselben nur in sehr ungenügendem Maße gegeben. Die Dividende wurde in der Höhe von 5 pCt. festgesetzt.

□ [Eiliger Actien-Gesellschaft für Fabrication von Eisenbahnen.] Nach der „Eiliger Zeitung“ soll sich bei der vorgenommenen genauen Inventur sämtlicher Lagerbestände ein Ranto von 23,000 Centnern gegen die gebuchten Eisenbestände ergeben haben.

Berlin, 29. October. Versicherungs-Gesellschaften.
(Der Cours versteht sich pr. Stüd franco Zinsen.)

Name der Gesellschaft.	Stück pr. 1873.	Stück pr. 1872.	Appoints a	Eingahlung.	Cours.
Nachn-Münchener Feuer-Vers.-G.	46	51	1000 Th	20%	2550 G. o. Abg.
Nachn-Münchener Feuer-Vers.-G.	35	42 1/2	400	„	575 G.
Allg. Eisenb.-Vers.-Ges. zu Berlin	23	23	1000	„	490 B.
Berl. Land- u. Wassertransp.-B.-G.	25	25	500	„	—
Berl. Feuer-Vers.-Anstalt	19 1/2	22	1000	„	352 G.
Berl. Hagel- u. Feuer-Vers.-Ges.	0	0	1000	„	320 G.
Berl. Lebens-Vers.-Ges.	22 1/2	23 1/2	1000	„	680 G.
Colonie, Feuer-Vers.-G. zu Köln	55	55	1000	„	1930 G.
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	15	15 1/2	1000	„	—
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	0	0	1000	„	130 B.
Deutsche Transport-Vers.-Ges.	10	5	1000	„	315 B.
Dresdener allg. Transport-V.-Ges.	40	35	1000	10%	380 G.
Düsseldorfer allg. Transport-V.-G.	40	36	1000	„	894 B.
Elberfelder Feuer-Vers.-Ges.	32 1/2	37 1/2	1000	20%	285 G.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	6	6	1000	„	130 1/2 B.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	12 1/2	10	500	„	400 B.
Gladbacher Feuer-Vers.-Ges.	12 1/2	12 1/2	1000	„	131 B.
Kölnische Hagel-Vers.-Ges.	6	0	500	„	2000 B.
Kölnische Rückvers.-Ges.	13	12	500	„	98 bez. G.
Leipziger Feuer-Vers.-Ges.	90 1/2	96	1000	„	700 B.
Magdeburger Allg. Vers.-Ges.	0	7	100	voll	74 B.
Magdeburger Feuer-Vers.-Ges.	14 1/2	45	1000	20%	100 G.
Magdeburger Hagel-Vers.-Ges.	0	0	500	„	161 1/2 B.
Magdeburger Lebens-Vers.-Ges.	6	4 1/2	500	„	102 G.
Magdeburger Rückvers.-Ges.	5	12 1/2	100	voll	245 G.
„Nationale“ Lebens-Vers.-Ges. zu Berlin (Oblig.)	—	6	200	„	200 G.
Medlenb. Leb.-Vers.-u. Sparbank	7	7	200	„	101 G.
Niederr. Güter-Verf.-G. zu Wesel	45	40	500	10%	230 B.
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	5	6 1/2	1000	20%	—
Preuß. Hagel-Vers.-Ges.	0	0	500	„	—
Preuß. Lebens-Vers.-Ges.	7	7	500	„	—
Preuß. National-V.-G. zu Stettin	18	25	400	25%	—
Providencia, V.-G. zu Frankfurt a. M.	8	12	1000 St.	10%	—
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	12	14	1000 Th	„	—
Rheinisch-Westfäl. Rückvers.-Ges.	6	10	500	„	—
Sächsische Rückvers.-Ges.	20	40	500	5%	—
Schleifische Feuer-Vers.-Ges.	17 1/2	18	500 Th	20%	—
Thuringia, Vers.-G. zu Erfurt	0	0	1000 Th	„	—
Union, allg. deutsche Hagel-Vers.-Ges. in Weimar	5	5	500	„	—

Auszahlungen.

□ [Schleifische Kohlenwerks-Aktien-Gesellschaft.] Die Dividende für das Geschäftsjahr 1873/74 mit 1 pCt. wird von heute ab bei der Schleifischen Vereinsbank zur Auszahlung gelangen. (S. Jnl.)

Eisenbahnen und Telegraphen.

[Berliner Stadtbahn.] Wie mitgeteilt wird, schreiten die Verhandlungen bezüglich Feststellung der Trasse der Stadtbahn nur sehr langsam vor und läßt sich darüber, wann mit den Arbeiten begonnen werden können, eine Vermuthung kaum aussprechen. Namentlich ist die Frage, ob der Königsgraben zugeschüttet werden kann oder nicht, noch nicht entschieden; die technische Baubehörde des Handelsministeriums soll sich gegen die Zuschüttung ausgesprochen haben.

[Pommersche Centralbahn.] Der Handelsminister hat sich bekanntlich vor einiger Zeit bereit erklärt, den Ausbau der Pommerschen Centralbahn auf Staatskosten zu bewilligen, sofern der Concurrs über die Gesellschaft aufgehoben und nachgewiesen werden könnte, daß und wie die Gläubiger zu befriedigen seien. Das Stadtgericht hat darauf hin erklärt, daß es unzulässig sei, den Concurrs über eine Actien-Gesellschaft aufzuheben, daß vielmehr das einmal begonnene Concurrsverfahren auch zu Ende geführt werden müßte. Gegen diese Ansicht ist nun von Seiten des Handelsministers Appellation eingelegt worden.

[Kaschau-Oderberger Bahn.] Als die Kaschau-Oderberger Bahn-Gesellschaft die Nachtragforderungen der Bau-Unternehmer im Betrage von 4,600,000 fl. anerkannte, wandte sie sich an die ungarische Regierung, um ihre Ansprüche in gleicher Höhe geltend zu machen, da sowohl das Gutachten ihres Rechts-Consulenten, wie jenes ihres zur Prüfung der Mehrforderungen

seitens der Bau-Unternehmer ernannten Bau-Directors in der Ansicht übereinstimmte, daß diese Mehrforderungen nur den Regierungs-Organen zur Last geschrieben werden können, weil deren nachträgliche Abweichungen von den ursprünglichen Plänen, Terminverfügungen und sonstige unvorhergesehene Ansprüche die einzige Grundlage der Forderungen der Bau-Unternehmer bilden. Finanzminister Kertapoly erklärte sich — wie das „N. B. Z.“ schreibt — damals im Namen der Regierung bereit, 9,270,000 fl. zu der den Unternehmern bewilligten Entschädigung beizutragen, welchen Beitrag indeß die Bahngesellschaft als einen viel zu geringen resquirte, um ihre Ansprüche auf die volle Summe aufrechtzuerhalten, indem sie gleichzeitig auch die österreichische Regierung, auf welche ebenfalls ein Theil der Mehrforderungen entfällt, um die für die letzteren entfallende Summe anging. Das österreichische Ministerium zeigte sich zwar nach längeren Unterhandlungen im Principe geneigt, den an sie gerichteten Wünschen zu entsprechen, verließ jedoch dieser Geneigtheit keinen ziffermäßigen Ausdruck und machte ihr Entgegenkommen in dieser Angelegenheit von einer entsprechenden Reciprocität des ungarischen Cabinet's in der Entschädigungsfrage der ungarisch-galizischen Bahn abhängig. In den Kreisen des Verwaltungsrathes der Kaschau-Oderberger Eisenbahn giebt man nun der Hoffnung Raum, daß eine Verständigung beider Ministerien baldigt bevorstehe und damit auch eine Gledigung der hier erwähnten Bau-Entschädigungs-Ansprüche in einer für die Bahn günstigen Weise erfolgen werde. Die Summe, welche die Bahngesellschaft von beiden Regierungen vergütet zu erhalten hofft, wird auf zwei Millionen beziffert. — Einer telegraphischen Depesche zufolge hat übrigens die Direction der Kaschau-Oderberger Eisenbahn eine officielle Erklärung erlassen, dahin gehend, daß die Situation des Unternehmens sich seit der letzten Generalversammlung der Actionäre durchaus nicht verändert habe.

[Ueber die Zinsengarantie österreichischer Eisenbahnpapiere] schreibt die „N. Fr. Pr.“: „Es tritt stets deutlicher zu Tage, daß die einer großen Anzahl von österreichischen Bahnen gewährte Zinsengarantie jene absolute Sicherheit nicht im Gefolge hat, welche die Mehrzahl der ausländischen und wohl auch der inländischen Besitzer mit diesen Papierforten verknüpft glaubte. Der Staat hat nämlich den Actionären keineswegs unter allen Verhältnissen die fünfprozentige Zinsengarantie, sondern in der Mehrzahl der Fälle ein bestimmtes Reinertragsprocent per Meile, ein bestimmtes Ertragsprocent für die Gesamtlänge der Bahn oder aber, was auf dasselbe hinausläuft, die fünfprozentige Verzinsung eines vorher bestimmten Anlage-Capitals gewährleistet. Wenn nun die Bahngesellschaften mit diesem garantirten Capital nicht das Auslangen fanden, oder wenn sie hinterher neue Verpflichtungen eingingen, deren Erfüllung das Zinsenertragsprocent schmälern mußte, so ereignete es sich, daß die Actionäre ihre Zinsbezüge gefährdet sahen, ohne daß der Staat seiner Garantiepflicht untreu geworden wäre. So stellt sich die Angelegenheit in der Theorie dar. In der Praxis aber haben die Erwerber garantirter Eisenbahnpapiere die Actien oder Prioritäten im guten Glauben gekauft, ein Papier zu erhalten, für dessen Verzinsung der österreichische Staat haubar ist; in ihren Augen bestand und besteht kein Unterschied zwischen einer Zins-Reduction bei den garantirten Bahnen und zwischen der Zins-Reduction bei reinen Staatsobligationen. Auch das Abgeordnetenhaus scheint von dieser Ueberzeugung durchdrungen zu sein, da mehrere Abgeordnete in den Club-Verhandlungen über das Actiengesetz mit Bedauern auf dem Umstand hinwiesen, daß ein im besten Vertrauen erworbenes Anlage-Capital zu einem werthlosen Papier werden konnte. Die Erschütterung des Staatscredits ist in beiden Fällen nahezu die nämliche, und darin liegt das Auslangen der für einige garantirte Eisenbahngesellschaften drohenden Calamitäten. Die Regierung hätte in richtiger Erkenntniß dieser Verhältnisse ihr Ueberwachungsrecht jedenfalls energischer handhaben müssen, als sie es thatsächlich gethan hat; sie hätte erkennen sollen, daß sie den Inhabern garantirter Eisenbahnpapiere gegenüber nicht bloß in der Concessions-Urkunde ziffermäßig festgestellte, sondern eine noch viel weitergehende moralische Garantie-Verpflichtung übernommen hat. Sie hätte darüber wachen müssen, daß nichts geschehe, was in seinen Consequenzen dahin führen könnte, die Zinsengarantie zu entwerthen. Die Folgen der Unterlassungshünden, die auf diesem Gebiete begangen wurden, zeigen sich nur zu deutlich an den Curven unserer Rentengattungen. Das einmal rege gewordene Mißtrauen richtet sich nicht mehr gegen einzelne schlecht verwaltete Gesellschaften, sondern gegen alle österreichischen Bahnen und in weiterer Folge sogar gegen alle österreichischen Effecten. Daß diese Effecte des Mißtrauens ungeschädigt sind, daß schließlich die Regierung doch nur in zweiter Linie von der Verantwortlichkeit dafür getroffen ist, daß mehr als hundert Millionen Gulden österreichischer Eisenbahnwerthe nichtleidend geworden sind, und daß der größere Theil der Schuld den autonomen Verwaltungen und den Actionären der betreffenden Gesellschaften zuzuschreiben ist, kann allerdings nicht geleugnet werden. Aber die allgemeine Calamität, die in Folge des massenhaften Zurücktritts der im Auslande placirten österreichischen Capitalien hereinzubrechen droht, wird schließlich doch die Nothwendigkeit herbeiführen, daß sich die Gesetzgebung mit der Frage der Eisenbahn-Garantien ausführlich beschäftigt und auf diesem Gebiete einigstündig Ordnung schafft. Dies wird um so nothwendiger sein, als mit der Vollendung einiger wichtiger Nebe, die gegenwärtig als tod liegendes Stückwerk den Staatsfinanzen zur Last fallen und nur durch eine vernünftige Ueberwindung lebensfähig und rentabel gemacht werden können, nicht länger gezögert werden darf.“

Substationen im November.

Regierungs-Bezirk Breslau.

Breslau, Grundstück (Vand VII. Blatt 337 der Nicolai-Vorstadt an der Striegauer Gasse), 20. Nov. 11 Uhr, Stadiger. Breslau. — Grundstück Nr. 488, 16. Nov. 11 Uhr, Kr.-Ger. Schweidniz. Breslau, Grundstück Nr. 3a. Brüderstraße, 3. Novbr. 11 Uhr, Stadiger. Breslau.

— Grundstück der Berliner-Strasse Nr. 44a., 45 (sonst Nr. 177 der Fels- und Wiesengrundstücke), 13. Nov. 11 Uhr, Stadiger. Breslau. Töplitzoda, Mählengrundstück Nr. 16, 25. Novbr. 3 Uhr Nachm., Kreis-Gericht Münsterberg.

Mondschütz, Freiburggut Nr. 13, 28. Novbr. 3 Uhr Nachm., Kr.-Gericht Wohlau. Nieder-Jaulbrück, Bauergut Nr. 6, 5. November 10 Uhr, Kreis-Gericht Reichenbach.

Ernsdorf, Grundstück Nr. 93, 30. Novbr. 10 Uhr, Kr.-Ger. Reichenbach. Regierung-Bezirk Liegnitz.

Zauer, Hans Nr. 287, 2. Novbr. 11 Uhr, Kr.-Ger. Zauer. Goldberg, Hausgrundstück Nr. 108, 28. November 10 Uhr, Kreis-Gericht Goldberg.

Grünberg, Wohnhaus Nr. 379b. des IV. Viertels, 26. Novbr. 11 Uhr, Kreis-Gericht Grünberg. Reunborf, Reichthof Nr. 1, 2. Novbr. 11 Uhr, Kr.-Ger. Bunzlau.

Leubus, Haus mit Wagenremise (Grundbuchblatt Nr. 33 Stadt Parchwitz), 28. Novbr. 10 Uhr, Kr.-Ger.-Commission Parchwitz. Regierung-Bezirk Oppeln.

Woischnitz (Stadt), Sausgrundstück Nr. 55, 14. Novbr. 11, Kreis-Gericht Lublinitz. Rathmannsdorf, Bauergut Nr. 16, 10. Novbr. 9 1/2 Uhr, Kr.-Ger. Neisse.

Wronin, Mählengrundstück Nr. 52, 19. Novbr. 11 Uhr, Kr.-Ger. Cöfel. Balzenze, Grundstück Nr. 187, 21. Novbr. 11 Uhr, Kreis-Ger.-Comm. II. Rattowitz.

Babinitz, Stelle Nr. 140, 7. Novbr. 11 Uhr, Kreis-Gericht Lublinitz. Gr.-Döbern, Grundstücke (verzeichnet auf Blatt 14, 28 und 524), 27 Nov 10 Uhr, Kr.-Ger.-Comm. II. Rupp.

Klein-Graden, Bauergut Nr. 19, 19. Novbr. 11 Uhr, Kr.-Ger. Cöfel. Jawada, Besitzung Nr. 1, 12. Novbr. 10 Uhr, Kr.-Ger. Ratibor.

Lasfarsowka, Grundstück Nr. 47, 13. Novbr. 10 1/2 Uhr, Kreis-Gerichts-Commission II. Tost. Leobischütz, Besitzung Nr. 24 der Niederstadt, 5. Novbr. 10 Uhr, Kreis-Gericht Leobischütz.

— Aderstraße Nr. 21 (Fleischersfeld) und Nr. 112 (Oberfeld) 7. Nov. 10 Uhr, Kr.-Ger. Leobischütz. Ratibor, Hausbesitzung Nr. 189, 30. Novbr. 11 Uhr, Kr.-Ger. Ratibor.

Planitz, Grundstücke Nr. 243, 231, 239, 19. Novbr. 10 Uhr, Kr.-Gericht Ratibor.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 30. October. Bis Mittag sind über 200 Reichstags-Abgeordnete angemeldet; die morgige Beschlußfähigkeit des Hauses ist zweifellos. — Die Civilabtheilung des Stadtgerichts wies die Provo-cationsklage Banquiers Busse und Genossen gegen die Liquidatoren der Berliner Bank, Rönneemann, Kaufmann, Seydewitz auf. — In Bezugung wegen Unfähigkeit und Vertrauensmangels, eventuell auf Zuordnung eines fünften Liquidators zur Controlirung der vier übrigen Mitglieder, ab.

Berlin, 30. October. Die Fractionen der Rechten beschloßen, den Fürsten Hohenlohe-Langenburg als Candidaten für die erste Vice-Präsidenschaft des Reichstags und Puttammer-Laf als zweiten Vice-Präsidenten aufzustellen.

Würzburg, 30. October. [Prozeß Kullmann.] Die Verhandlung wurde um 9 Uhr wieder aufgenommen. Professor Reinecker giebt ein sehr ausführlich begründetes Gutachten dahin ab: Kullmann ist weder ein religiöser noch politischer Fanatiker, keine eigentliche Verbrechermatur, kein gewöhnlicher Meuchelmörder. Seine Verstandskräfte sind intact, dagegen ist Kullmann erblich belastet mit einem moralischen Defect; der Großvater mütterlicherseits war Selbstmörder, die Mutter ist in Geisteskrankheit gestorben; der Vater ist Gewohnheitsläufer, daher resultirt eine gewisse Unselbstständigkeit im Urtheilen, Gefühligkeit gegenüber der Einwirkung von Außen, Herzenskälte, Gewaltthätigkeit und Eitelkeit. Kullmann ist daher zwar zurechnungsfähig, aber es sind gewisse angererbte krankhafte Dispositionen vorhanden, geeignet die Freiheit seines Willens zu beschränken. Der Präsident resumirt das Gutachten dahin: Kullmann war zur Zeit der That und ist zurechnungsfähig, aber in beschränktem Grade. Es folgt Hubrich.

Würzburg, 30. October. Der Sachverständige Irrenanstalts-Director Hubrich nimmt ebenfalls die erbliche Belastung Kullmann's mit moralischem Defect an, jedoch von so geringgradiger Beschränkung der Willensfreiheit, daß schwerlich das Urtheil des Schwurgerichts dadurch beeinflusst werden könne. Der Präsident verliest den aufgenommenen Lebenslauf Kullmann's, den Bericht des Magdeburger Polizeipräsidenten an den Minister Eulenburg, den Bericht des Staats-Anwalts von Salzwedel über die Beziehungen Kullmann's zu katholischen Vereinen, über die Hausdurchsuchung beim Pfarrer Störmann und anonyme Zuschriften an Bismarck, unterzeichnet: „Einer für alle römisch-katholischen Christen“, und auf Antrag des Bertheidigers einige Stellen aus den Vorträgen Störmann's über die Gefahren, denen der Katholicismus gegenwärtig ausgesetzt sei, über die nothwendige Einigkeit, wie man sie nur im katholischen Vereine lehre.

Der Staatsanwalt Rüdell beginnt sein Plaidoyer mit einer Schilderung der dreifachen Meinungsäußerungen, welche kurz nach dem Attentat letzteres als veranstaltetes Gaufenspiel und Komödie zu bezeichnen wagten; er weist entkräftet die Verdächtigung, Bismarck habe das Attentat selbst veranstaltet, zurück. Es handle sich nur um zwei Fragen. Hatte Kullmann die Absicht, Bismarck zu tödten, und deshalb ein scharf geladenes Pistol auf ihn abgefeuert? Hat Kullmann die That mit Ueberlegung ausgeführt? Beide Fragen habe Kullmann unumwunden zugestehend beantwortet. Kullmann war nicht Fanatiker von Hause aus, er wurde erst in Salzwedel ein fanatisirter Mensch. Seine That war lediglich eine rohe Gewaltthat aus Rachsucht und raffinirter Bosheit, ein gemeiner Meuchelmordversuch, dem jeder ideale Zug fehlt. Der Staatsanwalt beantragt Schuldig.

Bertheidiger Gerhard wirft einen Rückblick auf den Kirchenconflit und die Entstehung der Maigesetze. Kullmann, der sich bis dahin um Religion nicht gekümmert, gewann in Salzwedel im katholischen Männerverein, in welchen er aus Langerweile eingetreten, Interesse für diese Dinge; er sei durch die dortigen Vorträge fanatisirt worden. Diesem unheilvollen Einflusse sei der Entschluß Kullmann's zur Ermordung Bismarck's zu danken, umso mehr als er nach dem Gutachten der Sachverständigen heriditär belastet ist. Kullmann habe sich in krankhafter, Zurechnungsfähigkeit ausschließender Gemüthsverfassung befunden; er beantrage Freisprechung.

Würzburg, 30. October. Prozeß Kullmann. Der Gerichtshof erkannte gegen Kullmann vierzehnjähriges Zuchthaus, zehnjährigen Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Staats-Anwalt hatte fünfzehn Jahre beantragt.

London, 30. October. Die Morgennummer der „Times“ bespricht die geistige Chronorde des deutschen Kaisers. Der Artikel hebt hervor: Das Geistes Deutschland sei sichtlich im Steigen begriffen; nachdem der auswärtige Feind besiegt, die inneren Gegner überwältigt, die Macht des Clerus gebrochen, seien die friedlichen Versicherungen der Chronorde geeignet, allen kriegerischen Gerüchten ein Ende zu machen. Auch die große Anzahl der dem Reichstage vorgelegten gesetzgeberischen Arbeiten lasse den Frieden nothwendig erscheinen. Eine so beschäftigte Nation könne nicht den Wunsch hegen, Andere zu bekriegen.

Bombay, 20. October. Der Baumwollen-Erntezustand der Präsidenschaft Bombay ist vorzüglich und verspricht den größten dagewesenen Ertrag. Die Ernte beginnt in 14 Tagen. Im Districte Domra-Butten begann bereits die Pflückung. Die Ernte ist gleichfalls gut.

Telegraphische Privat-Depeschen der Breslauer Zeitung.

Posen, 30. Octbr. Die Geistlichkeit hat bei dem Consistorium angefragt, ob von Rom erlaubt worden sei, mit Regierungscommissarien in Verbindung zu treten. „Kurper Poznański“ erklärt, daß ein Geistlicher mit keinem Regierungscommissarius, selbst nicht durch einen Reichsanwalt, correspondiren darf. — Das Kreisgericht in Strym (prach heute den Vicar Bonk von der Anklage der unbefugten kirchlichen Amtshandlungen frei.

Hamburg, 30. October, Abends 8 Uhr 48 Minuten. [Abendbörse.] (Orig.-Dep. der Bresl. Btg.) Oesterreichische Silberrente 67%. Ameri-taner —. Italiener —. Lombarden 305—307, 50. Dester. Credit-actien 208—209, 50. Dester. Staatsbahn 690—692. Dester. Nord-westbahn —. Anglo-deutsche Bank 50. Hamb. Commers.-u. Discontob.-. Rhein. Eisenb.-St.-Actien —. Bergisch-Märkische —. Köln-Minbener —. Laurahütte 138. —. Dortm. Union 37. Festst. — Glasgow eröffnet 83, 9.

[„Mit Vergnügen.“] Ein Rentier, sesshaft in einem kleinen böhmischen Städtchen, beschloß, um die Sommerfreuden zu genießen, mit der Frau und seinen beiden erwachsenen Töchtern, Ottilie und Olga, auf vier Wochen ins Bad zu reisen. Anfangs Juni kommt die Familie wohlgenuth in T... an. Im Hotel zur Stadt S... wird abgestiegen. Vater und Mutter beziehen das Zimmer Nr. 57, die beiden Schwägerinnen Nr. 59. Am ersten Abend geben die jungen Mädchen, ermüdet von der Reise, zeitlich schlafen. Gegen 11 Uhr erwacht Ottilie und empfindet das Bedürfnis, frische Luft zu schöpfen. Ohne Kerze verläßt sie das Zimmer und draußen ist's beschaffen. Nach wenigen Minuten kehrt sie in's Zimmer zurück; halb verschlafen sucht sie schnell in's Bett zu kommen. „Olga, ich bin erkältet, sagt sie zur Schwester... „laß mich neben Dich niederlegen und erwärme mich.“... „Mit Vergnügen!“ antwortet ihr eine rauhe Stimme, welche sie gleich als nicht die ihrer Schwester erkannte. Todterschreckt stößt das Mädchen einen Schrei aus und rennt der Thür zu. Sie befindet sich irrthümlich im Zimmer ihres Nachbarn in Nr. 60. — Abt Tage wachte sich Ottilie nicht aus ihrem Zimmer heraus. Endlich entschließt sie sich herabzusteigen und an der table d'hôte zu speisen. Sie kommt neben einem eleganten Herrn zu sitzen, der sich ihr gegenüber sehr vornehm benimmt. Es kommt der Braten. Ottilie findet ihn schwach gefalzen und ersucht ihren Nachbar, ihr das Salz zu reichen. — „Mit Vergnügen!“ sagte ihr eine Stimme, die sie nur zu gut kennt. Das arme Mädchen fällt in Ohnmacht, als sie in ihrem Nachbar jenen Herrn erkennt, in dessen Zimmer sie sich einige Tage zuvor verirrt. Der „Tages-bote“ kennt sogar die Fortsetzung der Geschichte und erzählt, daß Fräulein Ottilie vierzehn Tage nach dem Vorfall sich mit Vergnügen mit dem Herrn verlobt habe, dessen „mit Vergnügen“ ihr so viel Pein und Schmerz verursacht hatte.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Königliche Hof-Musikalien-, Buch- & Kunst-Handlung
Julius Hainauer,
 Schweidnitzerstrasse No. 52.

Leih-Bibliothek
 für deutsche, franz. u. engl. Literatur
 von **Julius Hainauer.**

Musikalien-Leih-Institut
 von **Julius Hainauer.**

Journal-Lese-Zirkel.

Abonnements zu den billigsten Bedingungen von jedem Tage ab. Cataloge leihweise. Prospekte gratis.

H. Scholtz,
 Buchhandlung in Breslau, Stadttheater.

Grosses Lager von Büchern
 allen Zweigen der Literatur.

Journal-Lesezirkel
 von 74 Zeitschriften.

Bücher-Leih-Institut
 für neueste deutsche, englische und französische Literatur.

Abonnements können täglich beginnen.
 Prospekte gratis und franco.

Der [5741]

„Kaktus“.

D. Becks Restaurant,
 Neuegasse Nr. 8,
 Breslauer

Handlungsdiener-Institut,
 empfiehlt vorzüglichste Küche, ausgezeichnetes Brierer und dunkles Trebnitzer, sowie verschiedene in- und ausländische Biere. [5719]

Geld.

Das billigste Geld in Breslau für alle Werthsachen: [5742]

pro Thaler und Monat 6 Pf.

Neues Pfandleih-Institut, Neuegasse 12, 1. Etage.

Avis für Grundbesitzer.
 4 1/2—5 % Capitale in Höhe von 1000—50,000 Thlrn., gegen pupillarisches Sicherheit, ohne Amortisation, werden reell befristet durch S. Hannig's Bw. in Leobschütz. [1695]

1000 bis 2000 Thlr.
 sucht ein strebsamer Geschäftsmann zu seinem seit 10 Jahren besteh. Lombardgeschäft. Geldgeber erhält völlige Sicherheit in Händen und kann mit seinem Gelde 60 % pr. Hundert verdienen. Gef. Anr. erbitten unt. Xela 17 Hauptpost Berlin. Gegenf. Discret. Ehrenfache.

2000—3000 Thlr.
 werden auf ein hies. neugeb. Haus hinter 6000 Thlr. zur 2. Stelle bald gesucht. Städtische Feuerkasse 14,000 Thlr. Gef. Offerten erbitten sub B. Nr. 80 in den Briefkasten der Bresl. Ztg. [4368]

3—4000 Thlr.
 werden auf ein in einer größeren Provinzialstadt belegenes, massiv erbautes Grundstück (großes Gebäude mit Hintergebäude) gesucht. Gef. Offerten erbitten man sub R. 500 poste restante Briesg. [1782]

Oberschlesische Eisenbahn.
 Am 1. November d. J. tritt zum Schlesiſch-Bairiſch-Württembergiſchen Verband-Gütertarif vom 1. Januar 1873 ein Nachtrag V. in Kraft. Druckeremulare deſſelben ſind bei den Verbandſtationen zu haben. Breslau, den 24. October 1874.

Vom 1. November c. ab tritt zum Preußiſch-Schleſiſch-Oeſterreichiſch-Ungariſchen Verbandtarife ein achter Nachtrag mit directen Frachtsätzen für Glas und mit ermäßigten Sätzen für Floridsdorf-Breslau in Kraft. Breslau, den 24. October 1874.

Im Oſtdeutſch-Moskauer Verbands tarifiert der Artikel „Thee“ im Verſehr zwiſchen Stettin und Moskau vom 15. October c. ab zur ermäßigten Kaſſe B. 2. Breslau, den 27. October 1874.

Am 1. December d. J. tritt der Schleſiſch-Böhmische Verbandtarif vom 10. Mai 1871 nebst Nachträgen außer Kraft. Breslau, den 30. October 1874. [5746]

Königliche Direction.

Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn.
 Die auf hieſigem Central-Bahnhof lagernden circa 268,24 Cent. Metall-Abgänge und 1 alte Kreisſäge im Gewichte von 70 Centner ſollen im Wege der öffentlichen Submiſſion in einzelnen Poſten oder im Ganzen meiſtbietend verkauft werden. Offerten ſind portofrei und verſiegelt mit der Aufſchrift: „Submiſſion auf den Kauf von Metall-Abgängen“ verſehen bis zu dem **auf Montag den 9. November c., Vormittags 11 Uhr,** in dem Bureau der Unterzeichneten, Väderſtraße Nr. 13a hieſelbſt, anbe- raumten Termine einzureichen, in welchem dieſelben in Gegenwart der etwa erſcheinenden Submittenten eröffnet werden. — Die Submiſſions-Bedingungen liegen im genannten Bureau während der Dienſtſtunden zur Einſicht aus und werden auch portofreie Anträge gegen Erſtattung der Copialien mitgetheilt werden. Posen, den 23. October 1874.

Königliche Betriebs-Inspection.

Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.
 Die Lieferung von 400,000 Kilogramm beſſerer-ſtahlſchienen, von 1,050,000 Kilogramm eiſenſchienen mit Reinfornkopf und von 110,000 Kilo- gramm Puddelſtahlſchienen ſoll im Wege der öffentlichen Submiſſion ver- bunden werden. Exemplare der Lieferungs-Bedingungen können von unſerer Kanzlei, Ver- linerſtraße 76 hier, bezogen werden. Offerten werden bis zum **18. Novem- ber d. J., Früh 11 Uhr,** an unſere Adreſſe erbeten. (H. 23272) [5571] Breslau, den 18. October 1874. Direction.

Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.
 Die Lieferung des pro 1875 erforderlichen Bedarfs an Klein-Eiſenzug für den Oberbau und zwar:
 A. 8000 Laiſchen,
 B. 24000 Laiſchenbolzen,
 C. 4000 ganze Unterlagſplatten,
 D. 5000 halbe Unterlagſplatten,
 E. 100000 Stahnnägeln,
 F. 1000 Stoßwinkel für unterſtützten Stoß,
 G. 2000 Stoßwinkel für ſchwebenden Stoß
 ſoll im Wege der öffentlichen Submiſſion vergeben werden. Die Lieferungs-Bedingungen können von unſerer Kanzlei hier, Berliner- ſtraße 76, bezogen werden. Offerten ſind bis zum **18. November d. J., Vormittags 10 Uhr,** an unſere Adreſſe einzuliefern. (H. 23271) [5572] Breslau, den 23. October 1874. Direction.



Die Arbeiten und Lieferungen zur Herſtellung der Bahnwärter-Buden und Häuſer auf der 5. Strecke der Posen-Grenzburger Eiſenbahn (Kempen- Niedzwiedz) ſollen im Wege der öffentlichen Submiſſion vergeben werden. Gefällige Offerten wolle man bis zum **16. November 1874, Vormittags 11 Uhr,** franco, mit der Aufſchrift „Submiſſion auf die Erbauung von Bahnwärter- Buden und Häuſer der 5. Bahnſtrecke Posen-Grenzburg“ verſehen, an den unterzeichneten Strecken-Baumeiſter, von welchem auch die Bedingungen und Formulare zu Koſtenanſchlägen zu beziehen ſind, einſenden. [1792] Schildberg, den 29. October 1874.

Der Strecken-Baumeiſter
W. Löhner.

Geschäfts-Eröffnung.
 Hiermit die ergebene Anzeige, daß an hieſigem Plaße, **Neuegasse 27, 1. Etage,** ich eine **Corset-Fabrik** errichtet habe. **Hohe Schultern** und Hüften werden, unter Garantie, ohne Polſter, noch Stahlſtäbe, durch kunſtvollſte Ausführung, die leicht und angenehm zu tragen und dauernd iſt, taſellos gleichgeſtellt. **Zu ſchöner Haltung** praktiſche Einrichtungen. Für корпулente, überhaupt normal ge- baute Damen bequem, ſchön ſitzende Corſets werden nach Maß angefertigt und halte in reicher Auswahl vorräthig. [5244] Breslau, Neuegasse. 27 l. **A. Franz.**

Die Herren Actionäre unſerer Geſellſchaft werden hierdurch unter Bezugnahme auf die §§ 25, 26, 27 des revidirten Statuts zu einer **außerordentlichen General-Versammlung** auf **Mittwoch, den 11. November a. c.,** Nachmittags 2 Uhr, im Saale des Herrn **Gnilka zu Bauerwitz** ergebenſt eingeladen. [5431]

Tagesordnung.
 Erſter und einziger Gegenſtand: Berichtſtattung über die Lage des Geſchäftes und die zum Zwecke des Wiederaufbaues der Fabrik gethanen Schritte. Diejenigen Herren Actionäre, welche ſich an der General-Versamm- lung theilnehmen wollen, haben ihre Actien ſpäteſtens drei Tage vor derſelben bei der Geſellſchaftskaiſſe gegen Empfangs-Becheinigung zu deponiren.

Der Auffichts-rath
 der Actien-Zucker-Fabrik Bauerwitz.

Für Landwirthe!
 Verlag von **Eduard Trewendt in Breslau.**

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen:

Die Censur des Landwirthes durch das richtige Soll und Haben der dop- pelten Buchhaltung, nebst Betriebsrechnung einer Herrſchaft von 2200 Morgen für den Zeitraum vom 1. Juli 1870 bis 1. Juli 1871. Be- arbeitet von M. v. Fontaine, Rittergutsbeſitzer auf Deutſch-Kramarn. Zweite Auflage. Gr. 8. 11 Bogen. Eleg. brosch. Preis 1 1/2 Thlr.

Der praktische Ackerbau in Bezug auf rationelle Bodencultur, nebst Vor- ſtudien aus der unorganischen und organischen Chemie, ein Handbuch für Landwirthe und die es werden wollen, bearbeitet von Albert von Roſenberg-Lipinski, Landſchafts-Director a. D., Ritter ic. Fünfte verbeſſerte Aufl. Gr. 8. 2 Bde. Mit 1 lithograph. Tafel. 80 Bogen. Eleg. brosch. Preis 4 1/2 Thlr.

Der landwirthſchaftliche Gartenbau, enthaltend den Gemüſebau, die Obſtbaumzucht, den Weinbau am Spalter, und den Hopfen- und Tabakbau als Leitfaden für Sonntagsſchulen und für Ackerbauſchü- len, bearbeitet von Ferdinand Hannemann, Königl. Inſtitutsgärtner ic. zu Proſtau. Mit in den Text gedruckten Holzſchnitten. 8. 12 1/2 Bogen. Eleg. brosch. Preis 15 Sgr.

Grundſätze zur Werthſchätzung des der landwirthſchaftlichen Benutzung unterworfenen Grund und Bodens der größeren und kleineren Land- güter der Provinz Schleſien, mit Gegenüberſtellung des wirthſchaft- lichen Werthes zu dem Reinertrage der nach dem Geſetz vom 21. Mai 1861 erfolgten Steuer-Veranlagung. Ein unentbehrliches Handbuch für Gutsläufer, Kapitaliſten, Hypotheken-Zuhaber und Communal-Behörden. Zum Beſten der Landesſtiftung „National-Dank“ herausgegeben von C. M. Wittich, Landesälteſter a. D., Ritter ic. Gr. 8. 6 1/2 Bogen. Eleg. brosch. Preis 20 Sgr.

Die rationelle Fußbeſchlagslehre nach den Grundſätzen der Wiſſenſchaft und Kunſt am Leitfaden der Natur, theoretisch und praktiſch bearbeitet für jeden denkenden Fußbeſchläger und Pferdefreund von M. C. A. Erdt, kgl. Departements-Thierarzt in Eſſlin. Gr. 8. Mit erläuternden Zeichnungen auf 5 lith. Tafeln und 1 Holzſchnitt. Eleg. brosch. Grmäh. Preis 1 1/2 Thlr.

Jahrbuch der Viehzucht nebst Stammbuch oder Zuchttheeren, heraus- gegeben von W. Janke, A. Körte, C. v. Schmidt. Mit Abbil- dungen berühmter Zuchtthiere. Jahrgang 1864 bis 1870. Gr. 8. Eleg. Herausgeber Preis pro Jahrgang 1 1/2 Thlr. Alle 7 Jahrgänge zuſammengenommen 8 Thlr.

Das Schaf. Seine Wolle, Racen, Züchtung, Ernährung und Benutzung, ſo wie deſſen Krankheiten, von Dr. Georg May, Profeſſor der Thierproductionslehre und Thierheilkunde an der Königl. bayer. landw. Centralſchule Weißenſtephan. Gr. 8. 2 Bände.

Band 1. Die Wolle, Racen, Züchtung, Ernährung und Benutzung des Schafes. Mit in den Text eingebrachten Holzſchnitten, 2 Tafeln Woll- fehler und 16 Tafeln Racenabbildungen in Fendrud. Eleg. brosch. Grmäh. Preis 3 Thlr.

Der Weihnachts-Ausverkauf
 beginnt am Montag, den 2. November.
Christ. Friedr. Weinhold,
 Ring Nr. 39. [5734]

Treibriemen offerirt billigt
 die Lederfabrik **Adolph Moll,**
 Breslau, Offenegasse 135. [3409]

Die Schloß-Fabrik
 von **Gebr. Dickertmann in Haspe (Westfalen)**
 liefert aufgezogene Schrant- und Schabloden-Schlösser, Einlaß- und Einſchießſchlösser unter Garantie und zu den niedrigſten Preiſen. [1776]

Glachs-Brech-Maschinen.
 in 3 verſchiedenen Conſtructionen, kniden 1/4—5 Ctr. Rohſchlach pro Stunde, [5709]
 ſowie andere landwirthſchaftl. Maſchinen, ſämmtlich eigener Fabrik, empfiehlt
F. W. Warneck, Dels i. Schl.

1 Brauerei
 mit großem Ausſicht in Ob-Schleſ., Gütegegend, iſt wegen Domicilver- änderung mit ſämmtlichem Lebend- und todtem Inventar für den feſten Preis von 27 Mill. ſofort zu ver- kaufen. Für 3000 Thlr. Ueberſchuß jährl. wird garantirt. Offert. ſind an Eugen Koppeler, Sonnenſtr. 35 abzugeben. [1746]

Das früher Maurermeiſter Jackiſche, auf der Krakauer- ſtraße in Doppel belebte Haus ſoll aus freier Hand verkauft werden. **Auskunft darüber ertheilt** **Baumeiſter Jackiſch** in Beuthen OS. [1746]

Concurs-Eröffnung. [348]
 I. Ueber den Nachlaß des am 23. September 1873 hieſelbſt verſtorbenen Kaufmanns **Alexis Nybla** iſt heute Vormittags 11 Uhr der gemeine Con- curs eröffnet worden.
 Zum einſtweiligen Verwalter der Maſſe iſt der Juſtiz-Rath **Plathner** hieſelbſt beſtellt.
 II. Die Gläubiger des Gemeinſchuld- ners werden aufgefordert, in dem auf den **11. November 1874,** Mittags 12 Uhr, vor dem Com- miſſar Stadt-Gerichts-Rath **Fürſt** im Zimmer Nr. 21 im 1. Stock des Stadt-Gerichts-Gebäudes anberaumten Termine ihre Erklärun- gen und Vorſchläge über die Verthei- lung dieſes Verwalters oder die Beſtellung eines anderen einſtweiligen Verwalters, ſowie darüber abzugeben, ob ein einſtweiliger Verwaltungsrath zu beſtellen und welche Perſonen in deſſelben zu berufen ſeien.
 III. Allen, welche von dem Gemein- ſchuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen im Beſitz oder Ge- walt haben, oder welche ihm etwas verſchulden, wird aufgeboten, Nichts an deſſen Erben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Beſitz der Gegenſtände bis zum **11. December 1874** einſchließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Maſſe Anzeige zu machen, und Alſes mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendaſin zur Concursmaſſe abzu- liefern.
 Pfandinhaber und andere mit dem- ſelben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinſchuldners haben von den in ihrem Beſitz befindlichen Pfandſtücken nur Anzeige zu machen.
 Breslau, den 29. October 1874.
 Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [349]
 In unſer Firmen-Regiſter iſt Nr. 2796 die Firma **Max Schlefinger** und als deren Inhaber der Kaufmann **Max Schlefinger** hier heute eingetra- gen worden.
 Breslau, den 28. October 1874.
 Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.
 In unſer Geſellſchafts-Regiſter iſt bei Nr. 966, die Actiengeliſchaft **Provinzial-Walkfabrik** betreffend, Folgendes:
 Die hieſige Zweigniederlaſſung der Geſellſchaft, aus deren Vorſtand die Herren **Otto Jaſchke** und **Siegfried Simmel** zu Breslau ausgeſchieden ſind, iſt aufgehoben; heute eingetragen worden. [350]
 Breslau, den 28. October 1874.
 Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

In dem Concurs über das Ver- mögen des Kaufmanns **Hermann Dünneberg** zu Pögnitz iſt zur Anmel- dung der Forderungen der Concurs- Gläubiger noch eine zweite Friſt bis zum **15. December 1874** einſchließlich feſtgeſetzt worden.
 Die Gläubiger, welche ihre An- ſprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieſelben, ſie mögen bereits rechtſchänlich ſein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vor- rechte bis zu dem gedachten Tage bei uns ſchriftlich oder zu Protokoll an- zu-melden.
 Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 24. September 1874 bis zum Ablauf der zweiten Friſt angemel- deten Forderungen iſt auf den **22. December 1874,** Vormittags 10 Uhr, in unſerem Ge- richts-Local, Goldbergerſtraße, vor dem Commiſſar Herrn Kreisgerichts- Rath **Holland** anberaumt und werden zum Erſcheinen in dieſem Termine die ſämmtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fri- ſten angemeldet haben.
 Wer keine Anmeldung ſchriftlich einreicht, hat eine Abſchrift derſelben und ihrer Anlagen beizubringen.
 Jeder Gläubiger, welcher nicht in unſerem Amts-Bezirk ſeinen Wohn- ſitz hat, muß bei der Anmeldung ſeiner Forderung einen am hieſigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevoll- mächtigten beſtellen und zu den Akten anzeigen.
 Denjenigen, welchen es hier an Be- kanntſchaft fehlt, werden die Rechts- Anwälte **Bohe** und **Siemon** (Juſtiz- Räte), **Frankel**, **Wefner** und **Dittmar** zu Sachwaltern vorge- ſchlagen. [884]
 Pögnitz, den 16. October 1874.
 Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.
 Der Commiſſarius des Concurses.

Bekanntmachung. [888]
 In dem Concurs über das Ver- mögen des Kaufmanns **M. Neek**, von hier, iſt der Kaufmann **Georg Neek**, hieſelbſt, zum definitiven Verwalter der Maſſe beſtellt worden.
 Pögnitz, den 24. October 1874.
 Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung. [885]
 In unſer Firmen-Regiſter iſt bei Nr. 126 der Uebergang der Firma **J. Bender** zu Priſtreichſcham durch Vertrag Seitens des biſherigen In- habers **Jaac Bender** aus den Kauf- mann **Hermann Nid** daſelbſt ver- merkt und demnach dieſe Firma, ſo- wie deren Inhaber ic. Nid, in das Firmen-Regiſter unter Nr. 473 zuſolge Verfügung vom 27. October 1874 an demſelben Tage eingetragen worden.
 Gleiwitz, den 27. October 1874.
 Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Offerten sub Chiffre T. 669
an die Annoncen-Expedition von
Rudolf Mosse, Breslau, gest.
einzusenden. [5737]

